

DIREKTE AKTION
anarchosyndikalistische Zeitung
H20318 · 36. JAHRGANG
217 | Mai/Juni 2013 EUR 1,50

Aus dem Inhalt







WWW.DIREKTEAKTION.ORG

DIREKTE AKTION · Schwanthaler Str. 139 Rgb. 80339 München
Deutsche Post AG · PVSt · „Entgelt bezahlt" · VKZ H20318

Viel Streik, viel Ehr?

Die Streikzahlen in Deutschland sind deutlich gestiegen. Außerhalb von Tarif- und Abwehrkämpfen sieht es aber mau aus

1726 Jahre Streik, also seit 287 n. Chr., als der römische Kaiser Maximianus germanische Stämme zurückdrängte, bis heute, wo die deutsche Regierung die Sparpolitik Europas diktiert – so viele Jahre würden die etwa 630.000 Ausfalltage aneinander gereiht ergeben, die es Schätzungen des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung zufolge im vergangenen Jahr in Deutschland aufgrund von Streiks gegeben hat. Rund 1,2 Millionen Beschäftigte, vor allem aus der Metallindustrie und dem öffentlichen Dienst, sollen sich dem WSI zufolge 2012 an Streiks und Warnstreiks in Deutschland beteiligt haben, ein deutlicher Anstieg im Vergleich zu lediglich 180.000 Streikenden 2011. Das wirkt beeindruckend, aber natürlich sagt dies wenig aus, zumal auch weniger als einen Tag dauernde Arbeitsniederlegungen gezählt werden.

Doch auch wenn sich das Arbeitskampfvolumen nach einem kurzen Höhepunkt 2006 und 2007 in den letzten drei Jahren wieder erhöht hat, bleibt Deutschland im internationalen Vergleich weiterhin eines der streikärmsten Länder. Der Arbeitskampfforscher Dr. Heiner Dribbusch vom WSI kommt für Deutschland 2012 auf 17 Ausfalltage pro 1000 Beschäftigte, 2011 sollen es nur 8,3 und 2004 bis 2010 im Jahresdurchschnitt 15 Ausfalltage auf 1000 Beschäftigte gewesen sein. Die Bundesagentur für Arbeit (BfA) kommt für Deutschland sogar nur auf durchschnittlich vier Ausfalltage pro Jahr von 2004 bis 2010. Weniger gestreikt als in Deutschland wurde 2004 bis 2010 Statistiken der International Labor Organisation (ILO) zufolge dann nur in der Schweiz (3 Tage) und Österreich (0 Tage), während es beispielsweise in Frankreich (162), Kanada (145) und Dänemark (123) im Durchschnitt weit über 100 Ausfalltage pro Jahr und 1000 Beschäftigte in diesem oder einem vergleichbaren Zeitraum gab.

Die Berechnungen von Dribbusch unterscheiden sich deutlich von denen der BfA, die für jedes Jahr weitaus geringere Zahlen angibt. Die Gründe hierfür sind unterschiedliche Erfassungsgrenzen, die unter anderem mit der Betriebsgröße, Dauer des Streiks und Anzahl der Ausfalltage zusammenhängen. Einige regionale und lokale Warnstreiks werden nicht immer erfasst, wenn sie unter bestimmten Grenzen liegen, oder Streiks werden gar nicht erst gemeldet. Das ist allerdings nicht nur in Deutschland ein Problem, auch in anderen Ländern gibt es Erfassungsgrenzen und Lücken. Je nach Erfassungsmethode dürften die tatsächlichen also von den offiziellen Streikzahlen abweichen. Doch selbst dann dürfte sich an der im internationalen Vergleich schlechten Streikposition Deutschlands wenig ändern. Wichtiger als die Zahl der Streiks und Ausfalltage ist vielmehr, ob sich an den Arbeitsbedingungen der Beschäftigten etwas verbessert hat.

Die realen Tariflöhne sind dem WSI zufolge seit 2000 tatsächlich um 6,9 Prozent gestiegen. Das ist schön für die Beschäftigten, die um Tarifverträge streiken. Da immer mehr Mantel-, Flächen- und sonstige Tarifverträge gekündigt werden, dürfte die Zahl der Streiks um Tarifverträge weiterhin hoch bleiben. Das zeugt aber nicht unbedingt von einer Stärke der Gewerkschaften. In vielen Fällen handelt es sich um sogenannte Abwehrstreiks, bei denen es nur darum geht, weitere Verschlechterungen zu verhindern. Außerhalb von Tarifverhandlungen ist nach dem deutschen Arbeitsrecht kaum ein Streik möglich, denn Streiks, die von keiner tariffähigen Partei, zum Beispiel einer Gewerkschaft, geführt werden, gelten als rechtswidrig. Für durch die Arbeitsniederlegung entstandene Einbußen auf Arbeitgeberseite können unter anderem Schadenersatzforderungen geltend gemacht werden. Vor allem für das Führen von sogenannten politischen Streiks und Generalstreiks ist das ein bedeutendes Problem (siehe Hintergrund-Artikel auf Seite 12). Für nicht abhängig Beschäftigte und diejenigen, die nicht nach Tariflohn bezahlt werden, sieht es also schlecht aus. Einer Mitteilung des WSI vom Februar zufolge sind die Reallöhne in Deutschland 2012 sogar im Durchschnitt um 1,8 Prozent niedriger als noch 2000, auch wenn seit 2009 einige Verluste wieder ausgeglichen wurden. Wirtschafts- und sozialpolitische Programme und Maßnahmen wie die Agenda 2010 trugen bedeutend zum Sinken der Reallöhne und einer allgemeinen Verschlechterung der Arbeitsbedingungen wie auch der Situation von Erwerbslosen bei. Streiks um Tarifverträge reichen nicht aus, um daran etwas zu ändern.

Nicole Tomasek

Ich will aber!

In Sachen „Tarifeinheit" setzt die Industrie auf Beharrlichkeit und auf die große Koalition

Ob es reiner Zufall ist oder nicht, irgendwie scheinen Streiks in der Luftfahrtbranche eine belebende Wirkung zu haben auf die Verfechter der sog. „Tarifeinheit", in deren Namen das Recht auf Streik jahrzehntelang eingeschränkt worden war. Kaum nämlich hatte ver.di in der Tarifauseinandersetzung im Sicherheitsgewerbe die Securities an den Flughäfen zu Warnstreiks aufgerufen, monierte der Personaldirektor der Lufthansa, Stefan Lauer, im Februar 2013, die DGB-Dienstleistungsgewerkschaft verhalte sich wie eine Spartengewerkschaft – in den Teppichetagen offenbar ein besonders deftiges Schimpfwort.

Angesichts der nahenden Bundestagswahl überrascht es kaum, dass der Bundesverband der deutschen Industrie (BDI) sein altes Steckenpferd nun im März wieder hervorkramte: „Tarifeinheit gesetzlich wiederherstellen", hieß es auf einer Tagung des BDI, des Handwerksverbands ZDH, der Arbeitgeberverbände BDA und des Industrie- und Handelskammertages, an der auch Bundeskanzlerin Merkel teilnahm. Die Aufgabe von Tarifverträgen, so verlautete die Erklärung der Bosse, sei es, „die Arbeitsbeziehungen zu ordnen und zu befrieden" – nein, es geht nicht um Verbesserungen für die Beschäftigten. Die Regierungschefin versicherte indes, sie werde beim „Thema Tarifeinheit ... nach wie vor für Mehrheiten werben."

In der Tat hat sich Merkel da nicht sonderlich viel vorgenommen. Denn die SPD, die sich für Hartz IV und den Aufschwung der Leiharbeit wesentlich verantwortlich zeichnet, geht mit der süßen Mär von der Tarifeinheit auf Stimmenfang im DGB-Milieu. Besonders willfährig übernimmt die SPD die Argumentation der Bosse, Tarifpluralität würde zur Zersplitterung der Tariflandschaft – und zur Schwächung der Gewerkschaften – führen. Seltsam, dass noch niemand kam auf die Idee kam, Haustarifverträge zu verbieten, die doch Branchentarife viel breitenwirksamer durchlöchern als die überschaubare Anzahl von Spartentarifen.

Wie auch immer; im „SPD-Regierungsprogramm 2013" heißt es kurz und knapp: „Wir bekennen uns zur Tarifeinheit." Im Klartext heißt das: Pro Betrieb maximal ein Tarifvertrag. Ein Tarif heißt aber auch: eine Friedenspflicht, ein Streikverbot. So behalten die Mehrheitsgewerkschaften (bzw. deren Vorstände) das Heft des Handelns in der Hand, die grundgesetzlich verbriefte Gewerkschaftsfreiheit wird zur Farce – deshalb ist auch weniger Merkels Überzeugungskraft als vielmehr die Spitzfindigkeit der Regierungsjuristen gefragt. Keine einfache Aufgabe, denn, so Steinmeier, die Tarifeinheit war „ein Prinzip, das uns von allen anderen in Europa unterschieden hat". BDI-Chef Hundt ficht das nicht an. Vielmehr scheint die beharrliche Wiederholung einer Forderung seine bevorzugte Rhetorik zu sein: nahezu wortgleich sein Plädoyer im März und das im Oktober 2012 beim „Arbeitgebertag".

André Eisenstein

Weitere Infos: www.fau.org/streikrecht

Catwalk



Lucky Strike
Streik macht glücklich, Streik ist Menschenrecht, Streik ist Klassenkampf.
Lobeshymnen und bestreiktes Weihwasser zum zentralsten Aspekt des gewerkschaftlichen Aktivismus erwarten euch in dieser Mai-Ausgabe auf den Seiten 1,3,4,5,8

Abi-Streik statt Abi-Streich
In Berlin streiken derzeit die Lehrkräfte. Der Aufreger: Es ist die Zeit der schriftlichen Prüfungen. In alter Manier wird nun auf die KollegInnen eingegangen „auf den Rücken ihrer SchülerInnen" zu streiken. Damit wird davon abgelenkt, dass die Verantwortung in der Verhandlungsbereitschaft des Berliner Senats steht.
Streik muss wehtun!

Neue Webpräsenz
Die FAU Berlin trägt ihrem Mitgliederwachstum Rechnung: Zur besseren Darstellung ihrer Aktivitäten und ihres Selbstverständnisses hat die lokale Basisgewerkschaft nun eine neue Homepage.
berlin.fau.org

Kauf dich glücklich!
Privatisierung, Neoliberalismus, die Schwächung der Gewerkschaften - eine Ikone dieser Schlaglichter ist vor wenigen Wochen gestorben: Margaret Thatcher.
Gewürdigt wurde dieses Ereignis durch den Chartsturm des Klassikers aus der „Der Zauberer von Oz"

Ding Dong the Witch is dead!



Unsere Redaktion entdeckte nun dieses Lied neu für sich und sagt: There's a Party!

FAU-Ticker

+++ Die FAU Münsterland beschäftigt sich mit dem Elend der Lohnarbeit und sammelt Texte für eine Buchveröffentlichung zum Thema (siehe S. 4) +++ Die FAU Solingen beteiligt sich an den Gedenkveranstaltungen 20 Jahre nach dem tödlichen Brandanschlag auf Flüchtlinge +++ Mitglieder der FAU Köln haben das neue Braunkohle-Widerstandscamp im Hambacher Forst unterstützt. Zudem hat die FAU Köln im Rahmen der IAA-Aktionswoche zu Wohnraumkämpfen mehrsprachige Plakate im Stadtteil Chorweiler zum Thema Zwangsversteigerung von Mietshäusern aufgehängt +++ Dresdner FAU-Mitglieder waren aktiv in der Organisationsgruppe der anarchistischen Veranstaltungsreihe „think about.", die im April stattfand. Außerdem bereitet die FAU Dresden gerade Aktionen bei zwei Betrieben vor. +++ Die FAU Freiburg beteiligte sich an der Rundreise von GenossInnen der CNT und organisierte einen Workshop im Rahmen des FAU-Regionaltreffens Süd, das in Freiburg stattfand. Sie demonstrierte darüber hinaus gegen Abschiebungen, Burschenschaften sowie Leerstand und steigende Mieten, stellte gemeinsam mit der Gruppe wildcat Überlegungen an, Worker Centers in Freiburg zu gründen und veranstaltet zum Workers' Memorial Day am 27. April eine Aktion in der Freiburger Innenstadt +++ Die FAU Berlin konnte in ihrem Arbeitskampf beim Biobauern Teltower Rübchen unter anderem eine Steigerung der Ausbildungsvergütung um 65 Prozent erreichen +++ Die FAU Hannover ermöglichte einem gefeuerten Genossen die Rückkehr an seinen Arbeitsplatz. Näheres dazu und weitere Meldungen auf Seite 7 +++

Gääääähn… ach schön, so ein Feiertag mitten in der Woche. Erstmal wieder umdrehen, ausschlafen, lange im Bett liegen bleiben und dann ausführlich frühstücken. Ach warte mal, jetzt hätte ich fast vergessen, dass heute der 1. Mai, der internationale Kampftag der arbeitenden Klasse, ist. Na dann: Auf aus dem Bett, auf zum Kampf und schnell vors Internet um zu checken was heute so geht.

Hmm, 11 Uhr DGB-Demo. Da ist meine Lust aber ziemlich gering, mir die DGB-Funktionäre in ihren Müllsäcken mit der Aufschrift „Wir sind es wert" anzugucken. Möglichst schnell huschen die immer durch die Stadt um dann bei Bratwurst und Bier sich selbst zu huldigen. Wenn ich diese Leute sehe, muss ich immer an die Szene aus Ken Loachs Film „Bread and Roses" denken, in der ein junger Gewerkschaftsaktivist vor ein paar Securitytypen durch ein Büro flüchtet, weil er gerade eine MitarbeiterInnenliste aus der Personalabteilung geklaut hat. Ich muss mir dann immer die gleiche Szene mit einem dicken deutschen Gewerkschaftsfunktionär vorstellen: Links eine Bratwurst in der Hand, rechts ein Plastikbecher Bier, schafft er es japsend und schwitzend nicht mal bis zum ersten Pfeiler.

Also was gibt es noch. Oh näää… Das StalininstInnengesocks ruft zur revolutionären Demo auf. Mit Männermacke-raggro-Videos und Parolen aus den 30er Jahren versuchen sie Jugendliche aus den „Problemvierteln" zu mobilisieren, und dies die letzten Jahre auch noch mit Erfolg. Die haben mit Emanzipation soviel am Hut wie ein japanischer Walfänger mit Artenschutz.

Vielleicht bleibe ich doch lieber im Bett und lese die neue DA. *Den Schwerpunkt bildet das Thema Streik. So erfahrt ihr, wie es mit der Streikwilligkeit in diesem Land aussieht und was es neues von der Tarifeinheit gibt. In der Zeitlupe gibt es zum 40. Jahrestag einen Artikel über die wilden Streiks 1973 bei Ford und Pierburg. Im Hintergrund geht es um eine kritische Betrachtung der aktuellen Generalstreik-Diskussion in den Mainstream-Gewerkschaften und bei Globales gibt es Berichte über Generalstreiks und Repressionen u.a. in Portugal.*

Darüber hinaus erfahrt ihr etwas über den erfolgreichen Arbeitskampf der FAU Berlin bei dem Bio-Hof Teltower Rübchen, die Diskussion über Kollektivbetriebe wird fortgesetzt und vieles mehr. Was die FAU am 1. Mai macht, findet Ihr übrigens auf www.fau.org.

Eure Redaktion „Letzte Seite"

Lokalföderationen, Syndikate und Kontakte der Freien Arbeiter/innen-Union (FAU-IAA)

Region Nord

Bremen .... FAU-IAA Bremen, c/o Kurzschluss e.V., Lahnstraße 16, 28199 Bremen, (0151) 17 93 52 90, <fauhb@fau.org>, fau-bremen.comeze.com
Flensburg........ FAU Flensburg, c/o Infoladen Subtilus, Norderstraße 41, 24939 Flensburg, <fau-flensburg@fau-fl.org>, www.fau-fl.org, .
Hamburg .... FAU-IAA Hamburg, Fettstraße 23, 20357 Hamburg, Offenes Treffen: freitags 19 bis 21 Uhr, <fauhh@fau.org>, (040) 78800783
Hannover .... FAU Hannover, UJZ Korn, Kornstraße 28-30, 30167 Hannover. Treffen jeden Di. 21.00 Uhr, letzten Di. im Monat offener Abend ab 20.00 Uhr, Allgemeines Syndikat, <fauh@fau.org>, 2. Di. im Monat 21.00 Uhr; Gewerkschaft Gesundheitsberufe (GGB), <ggb-hannover@fau.org>, 2. Di. im Monat 21.00 Uhr
Kiel .... FAU Kiel, Postfach 20 61, 24019 Kiel, (0177) 5601030, <fauki@fau.org>
Oldenburg ...... FAU Oldenburg, <fauol@fau.org>
Ostholstein ..... Kontakt über Kiel
Rostock .... FAU Westmecklenburg, Postfach 14 10 23, 18021 Rostock
Vorpommern.... Kontakt über Westmecklenburg
Wismar........... Kontakt über Westmecklenburg

Region Süd

Aschaffenburg. Kontakt über Frankfurt/M.
Darmstadt ...... Kontakt über Frankfurt/M.
Dreieich .... Kontakt über Frankfurt/M.
Frankfurt/M. ... FAU Frankfurt, c/o DFG/VK, Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt/Main, nach Absprache, Treffen: Sonntag um 19.00 Uhr. Offenes Büro: donnerstags von 19.00 - 21.00 Uhr nach Absprache, <fauffm@fau.org>, (0176) 51672990
Freiburg .... FAU Freiburg, <faufr@fau.org>, Treffen: jeden 3.Freitag im Monat ab 20 Uhr, Fabrik e.V., Habsburgerstr. 9, (Cafe im Hauptgebäude, 1 OG); Gewerkschaftliche Beratung: jeden 1. Donnerstag im Monat, von 20-21 Uhr, Strandcafe(Grether-Gelände), Adlerstr. 12
Fulda .... Kontakt über Frankfurt/M.
Karlsruhe........ FAU Karlsruhe, Viktoriastr.12 (Hinterhof), 76133 Karlsruhe, Treffen jeden 1.Samstag im Monat 16.00 Uhr, <fauka@fau.org>, www.fau-karlsruhe.org
Kassel............ Kontakt über Frankfurt/M.
Koblenz.......... FAU Koblenz, <fauko-kontakt@fau.org>
Lich............... FAU Lich, Postfach 1215, 35420 Lich, <fauli@fau.org>
Ludwigshafen .. FAU-Gründungsinitiative: faumalu@fau.org
Mainz............. Kontakt über Frankfurt/M.
Mannheim....... FAU-Gründungsinitiative: faumalu@fau.org
Marburg.......... Treffen montags ab 19.00 Uhr bei Radio Unerhört Marburg, R.-Bultmann-Str. 2b., <faumr@fau.org>
München .... FAU Lokalföderation München, Schwanthaler Str. 139 (Rgb.), 80339 München, www.fau-m.de, <faum@fau.org>, Allgemeines Syndikat: jeden zweiten Mittwoch (ungerade Kalenderwochen) ab 19 Uhr
Neustadt/W..... FAU Neustadt/Weinstraße, 67433 Neustadt/Weinstraße, (0157) 34668916, <faunw@fau.org>
Nürnberg .... FAU Nürnberg c/o Armer Teufel, Bauerngasse 14, 90443 Nürnberg, Newsletter faun_newsletter@fau.org, <faun_sekretariat@fau.org>, faunbg.blogsport.de,
Offenbach ...... Kontakt über Frankfurt/M.
Regensburg..... FAU Regensburg, Treffen montags ab 19.00 Uhr im L.E.D.E.R.E.R Lederergasse 25, 93047 Regensburg
Saarbrücken.... Kontakt über Neustadt/W
Stuttgart........ FAU Stuttgart, c/o Demokratisches Zentrum, Wilhelmstr. 45/1, 71638 Ludwigsburg, <faus@fau.org>, (0176) 9222 0137, Treffen jeden 1. und 3. Donnerstag im Monat, 19 Uhr
Wiesbaden ...... GNLL-Kontakt, Kontakt über Frankfurt/Main
Trier .... Initiative FAU Trier, Kontakt über Frankfurt/Main

Region Ost

Altenburg .... Kontakt über Leipzig
Brandenburg.... Kontakt über Berlin
Berlin .... FAU Berlin, Lottumstr. 11, 10119 Berlin (U2 Luxemburg-Platz/U8 Rosenthaler Platz), <faub@fau.org>, www.fau.org/berlin, (030) 287 008 04. Offenes Büro freitags 17.00–20.00 Uhr. Infoveranstaltung für Interessierte und Neumitglieder „FAU – Wie funktioniert das?", 1. Fr. im Monat, 19.00 Uhr. Allgemeines Syndikat (ASy), 2. Mi. im Monat 19.00 Uhr. Sektion Kultur, erster Do. im Monat 20.00 Uhr <faub-kultur@fau.org>. Sektion Bildung, 1. & 3. Di. im Monat 19.30 Uhr <faub-bildung@fau.org>, Sektion Bau und Technik, 3. Mo im Monat 19.00 Uhr, <faub-bautec@fau.org>, Branchenkontakt Pflege und Soziale Arbeit <faub-soziales@fau.org>, Foreign Members Section <faub-aus@fau.org>
Chemnitz .... FAU Initiave Chemnitz, <fau_chemnitz@gmx.de>, www.fau-chemnitz.blogspot.com
Dresden.......... FAU Dresden, Rudolf-Leonhard-Straße 39, 01097 Dresden, <faudd@fau.org>, asd.libertaeres-netzwerk.info, (0177) 5081171, Offenes Treffen: am 2. Mittwoch und 4. Freitag im Monat im „Trotzdem", Alaunstraße 81
Halle/Saale...... VAB FAU Halle, Ludwigstraße 37, 06110 Halle, <fauhal@fau.org>, Offenes Treffen: sonntags 19.00 Uhr Bildungsinitiative: <bildungsinitiative@fau.org>
Leipzig .... VAB FAU Leipzig – und Landkreise Leipzig und Nordsachsen, c/o „Libelle", Kolonnadenstr. 19, 04109 Leipzig. Präsenzzeit: donnerstags 17.00 – 18.00 Uhr, <leipzig@fau.org>, Tel. (0341) 22 46 650, Bildungsinitiative: <bildungsinitiative@fau.org>, IT-Kontakt: <it-l@fau.org>
Meiningen .... Kontakt über Thüringen, Postfach 100139, 98601 Meiningen
Magdeburg...... FAU Magdeburg, <faumd@fau.org>, c/o „Blaue Welt Archiv", Thiemstr. 13, 39104 Magdeburg
Thüringen .... FAU Thüringen, c/o veto. Papiermühlenweg 33, 99089 Erfurt, <fau-thueringen@fau.org>

Region West

Aachen .... FAU Aachen, <info@fau-aachen.net>, www.fau-aachen.net, Tel. (0176) 87519975
Bielefeld .... FAU Lokalföderation Bielefeld/OWL, c/o BI Bürgerwache e.V., Rolandstr. 16, 33615 Bielefeld, Themenabend jeden 2. Montag (ungerade Kalenderwoche) ab 18.30 Uhr, Raum 102 in der „Bürgerwache", www.fau-bielefeld.de.vu, <faubi@fau.org>
Bonn .... FAU Bonn, Netzladen, Breite Straße 74, 53111 Bonn, Treffen jeden Mi. 20.00 Uhr, außer am ersten Mittwoch im Monat. (0228) 90 93 171, <faubn@fau.org>, www.fau-bonn.de
Duisburg......... FAU Duisburg, Schwarz-Roter Stammtisch: Jeden 4. Do. im Monat um 19.00 Uhr in der Heimat Hochfeld, Gerokstraße 1, 47053 Duisburg, Info-Telefon und SMS: (0179) 325 86 48, <faudu@fau.org>, faudu.revleft.com
Düsseldorf ...... FAU Düsseldorf, Allgemeines Syndikat, Postfach 10 24 04, 40015 Düsseldorf, Fax: (01212) 5 110 29 174, Fon/SMS: (0179) 32 586 48, <faud@fau.org>, www.fau-duesseldorf.org
Köln .... FAU Köln, Öffentliches Treffen: jd. 2. Di im Monat 19 Uhr, Kontakt über <fauk@fau.org>, allgemeinessyndikatkoeln.blogsport.de
Krefeld .... Kontakt über Duisburg
Moers .... FAU Moers, c/o „Barrikade", Bismarckstr. 41a, 47443 Moers
Münster.......... FAU Münsterland, c/o Interkulturelles Zentrum Don Quijote, Nieberdingstr. 8, 48155 Münster, Präsenzzeit und offenes Treffen: 1.-3. Dienstag im Monat 19 Uhr, (0251) 5389797, <faums@fau.org>, www.fau-muensterland.de
Solingen .... FAU Solingen, www.fau.org/ortsgruppen/solingen/ Treffen jeden 3.Freitag im Monat 19.30 Uhr, Café Courage, Klemens-Horn-Str.3, 42655 Solingen, <fausg@fau.org>

AG Jugend & ASJ

Berlin .... ASJ Berlin, Lottumstraße 11 c/o FAU Berlin, 10119 Berlin <asj-berlin@riseup.net>, www.asjberlin.blogsport.de Vollversammlung: Jeden Dienstag 18.00 Uhr, Treffen der Jung und Billig Kampagne: 1. und 3. Do. im Monat 19.00 Uhr <info@minijob.cc>, www.minijob.cc
Bielefeld .... ASJ Bielefeld (Selbamachen), Infoladen Anschlag, Heeper Str. 132, 33607 Bielefeld <selbamachen@riseup.net> www.selbamachen.blogsport.eu Treffen: Jeden Dienstag 18.30 Uhr
Bonn .... ASJ Bonn, Le Sabot c/o ASJ Bonn, Breite Straße 76, 53111 Bonn, <asjbonn@riseup.net>, asjbonn.blogsport.de Offenes Treffen: 1. Mi. im Monat, im Netzladen, Wolfstr. 10
Göttingen ...... ASJ Göttingen, Nikolaikirchhof 7 c/o Buchladen Rote Straße, 37073 Göttingen, <asjgoe@riseup.net>, www.asjgoe.blogsport.de
Herne/ Recklinghausen .... ASJ Herne/Recklinghausen, Wickingstr.7 c/o Schwarz & Weidensdorfer Gbr. 45657 Recklinghausen, <asjruhrgebiet@riseup.net>, www.asjruhrpott.blogsport.de
Köln .... ASJ Köln, <asjköln@riseup.net> www.asjkoeln.blogsport.de
Leipzig .... ASJ Leipzig, Kolonnadenstr. 19 04109 Leipzig, Plenum: Jeden Montag um 20.00 Uhr, Tel./Fax: 0341/22 46 650 <asj-leipzig@googlegroups.com>, www.asjl.blogsport.de
Mainz............. ASJ Mainz, <asjmz@hotmail.de> www.asjmainz.blogsport.de
Moers .... ASJ Moers, Barrikade: Verein zur Förderung alternativer Kultur und Kommunikation e.V., Bismarckstr. 41a, 47443 Moers <asjmeors@riseup.net>, www.asjmoers.blogsport.de
NRW .... Regionalföderation NRW, <asj-nrw@riseup.net> www.asjnrw.blogsport.de

Bundesweite Branchen-Koordinationen

Bildungswesen . <bsy-public-info@list.fau.org>
Leiharbeit .... www.fau.org/leiharbeit
Gesundheits- und Sozialwesen, Lebensmittel und Landwirtschaft, IT: Regionale Kontakte siehe www.fau.org/syndikate

Regionalkoordinationen

Nord............. FAU Hannover <reko-nord@fau.org>
Ost .... FAU Berlin <reko-ost@fau.org>
West .... FAU Münsterland <reko-west@fau.org>
Süd .... FAU Frankfurt/M. <reko-sued@fau.org>

Geschäftskommission der FAU-IAA

FAU-IAA, c/o Buchladen Le Sabot, Breitestr. 76, 53111 Bonn, <geko@fau.org>

Internationales Sekretariat der FAU-IAA

FAU-IAA, c/o Buchladen Le Sabot, Breitestr. 76, 53111 Bonn, <is@fau.org>

Internationale ArbeiterInnen-Assoziation (IAA)

IAA/IWA/AIT-Sekretariat, Oslo (Norwegen), Secretariat of the International Workers Association, Boks 1977, Vika, 0121 Oslo, NORVÈGE, Tel./Fax: +47 22 30 06 40, <secretariado@iwa-ait.org>, www.iwa-ait.org

Schweiz

Bern.............. FAU Bern, Quartiergasse 17, CH-3013 Bern, www.faubern.ch

Österreich

Föderation der ArbeiterInnen-Syndikate (FAS) — www.syndikate.at
Die FAS besteht aus:
Wien.............. Wiener ArbeiterInnen Syndikat (WAS), c/o „Hängematte", Stiftgasse 8, 1070 Wien, <W-AS@gmx.at>, wiensyndikat.wordpress.com
Oberösterreich . Allgemeines Syndikat Oberösterreich, Infoladen Wels c/o ASOÖ, Anzengruberstr. 8, 4600 Wels, Tel. +43 (0)650 69 32 864, <syndikat_ooe@linuxmail.org>

Ein Schlag auf die Rübe

Der Bio-Hof „Teltower Rübchen" musste einlenken. Der exklusive Rückblick in einen Arbeitskampf

Ausbeutung in der Biobranche. Ein schreiender Widerspruch zwischen hässlicher Praxis und hehren Zielen, das alte Lied vom Mittel und vom Zweck. Die FAU Berlin hatte unlängst Gelegenheit, sich näher damit auseinanderzusetzen: Im Mai 2012 kam Conchita L. zur Rechtsberatung des Allgemeinen Syndikats Berlin der FAU. Conchita hatte ein ganz spezielles Problem: ihr Ausbilder, der Besitzer des Hofes „Teltower Rübchen" wollte ihr den Lohn in Naturalien auszahlen. In einem ersten Brief an den Unternehmer legte die FAU Berlin diesem die Rechtslage, auch was die Pünktlichkeit der Lohnzahlung angeht, dar. Der Besitzer des Hofes versicherte auch sofort, dass der Lohn nunmehr pünktlich ausgezahlt werde; von einer Bezahlung in Naturalien war nun keine Rede mehr. Bei einem weiteren Gespräch mit Conchita L. stellte sich heraus, dass in dem Ausbildungsbetrieb noch einiges im Argen liegt. Ausbildungsinhalte wurden z.B. nicht oder nur unzureichend vermittelt, die Ausbildungsvergütung lag weit unter dem gängigen Tarif der IG BAU und die sanitären Einrichtungen ließen sehr zu wünschen übrig. Daher bildete die FAU Berlin eine Arbeitsgruppe, die dem Bauern Beine machen sollte.



Foto: Dennis Reese

Die FAU Berlin informiert vor dem Kreuzberger Bio-Markt am Chamissoplatz

Die Vorarbeiten

Die Arbeitsgruppe entschied, nichts übers Knie zu brechen und erst einmal eine gründliche Recherche zu dem Hof zu betreiben. So wurde ein Betriebsspiegel erstellt, in den alle verfügbaren Informationen über den Hof eingearbeitet wurden: Seien es nun Lieferanten, Kunden, die Zahl der Beschäftigten oder die Namen der Bio-Verbände, in denen der Boss Mitglied ist. Nachdem dies getan war, war recht schnell klar, wie die FAU Berlin an den Konflikt herangehen wollte: Die übrigen Beschäftigten sollten mit einbezogen werden, es sollte ein Forderungskatalog aufgestellt werden, von dem alle Beschäftigten etwas haben. Dazu ging es zunächst an eine verdeckte Organizing-Kampagne. Diese beinhaltete etliche Gespräche mit den einzelnen Beschäftigten, teils auf dem Feld, teils auf Märkten oder bei ihnen zuhause. Auch Anwälte wurden zu Rate gezogen, um beschäftigungsspezifische Fragen zu klären; schließlich mussten Dolmetscher und Dolmetscherinnen gefunden werden. Die AG steckte sehr viel Kraft, Energie und Zeit in den Versuch, die restlichen Beschäftigten mit ins Boot zu holen. Letztendlich scheiterte dieser Versuch, was jedoch nicht daran lag, dass die Beschäftigten mit der Situation auf dem Hof zufrieden wären. Nein, Grund zur Klage hatten sie genug. Nur die Angst vor einem offenen Konflikt, gepaart mit einer sehr speziellen arbeitsrechtlichen Situation, war zu groß. Nunmehr hieß es für die FAU, den Konflikt allein im Namen ihres Mitglieds zu führen und zu hoffen, dass das Beispiel eines gewonnenen Kampfes Einfluss auf die anderen Beschäftigten haben würde. Zwischenzeitlich hatten sich einige andere Probleme im Zusammenhang mit der Ausbildung ergeben und Vertreter der FAU Berlin hatten mehrfach Gespräche mit dem Unternehmer geführt bzw. Briefe geschrieben: Dem Inhaber des Hofes war zu diesem Zeitpunkt klar, dass sich die FAU Berlin mit seinem Betrieb beschäftigt.

Der Konflikt

Mittlerweile war es September geworden. Die Forderungen waren formuliert, ein Zeitplan und eine Eskalationsstrategie für den Konflikt waren entworfen. Dem Besitzer des Hofes wurden die Forderungen schriftlich mitgeteilt und ein erstes Verhandlungsgespräch vereinbart. Dieses sollte Mitte Oktober 2012 stattfinden. Axel. S., der Inhaber des Hofes, erschien jedoch nicht zum vereinbarten Termin. Die AG beschloss daraufhin, die erste Stufe des Konfliktes zu eröffnen: Diese bestand darin, mit dem Ausbildungsträger (Demeter) erstmals Dritte über den Konflikt zu informieren, um so Druck auf den Betreiber des Hofes aufzubauen. Ziel war es, wie auch bei den weiteren Schritten, den Boss dazu zu bewegen, Verhandlungen mit der FAU Berlin aufzunehmen. Der Ausbildungsträger war indes nicht bereit, in den Konflikt einzugreifen, obwohl er nach den Ausbildungsrichtlinien zu einer Schlichtung verpflichtet gewesen wäre – die FAU hatte somit freie Hand, in ihrer Eskalationsstrategie fortzufahren. In einem zweiten Schritt wurden nun die Verbände wie Bioland aber auch Politiker, darunter MdB Behm (Die Grünen), die Linkspartei Teltow und die Grünen Teltow kontaktiert und über die Missstände auf dem Hof aufgeklärt – vermittelt wurde auch, dass sich die FAU Berlin auf einen Arbeitskampf vorbereitet. Die verschiedenen Politiker und Fraktionen der Stadt Teltow wurden angeschrieben, da der Besitzer des Hofes als Mitglied der Grünen auch kommunalpolitisch aktiv und Mitglied der Stadtverordnetenversammlung ist. Dieser Schritt war dazu gedacht, auf Axel S. Druck auszuüben; es ging nicht darum, über die Politik eine Lösung des Konfliktes zu erreichen. Des Weiteren wurden alle Abnehmer der Produkte des Hofes über die Zustände in dem Betrieb informiert. Schon dieses Vorgehen zeigte einige Wirkung, da der Besitzer des Hofes „Teltower Rübchen" die FAU aufforderte, dies zu unterlassen und eine Gegendarstellung zu verbreiten. Darauf ist die AG natürlich nicht eingegangen. Zu Verhandlungen war der Boss indes immer noch nicht bereit.

Die AG begann daher am 17. November, den Konflikt unter dem Motto „Für Ausbildung statt Ausbeutung! – Bio geht nur fair" öffentlich zu machen. Um ein möglichst breites und interessiertes Publikum zu erreichen, wurde hierfür die „Messe für nachhaltiges Wirtschaften: Heldenmarkt" gewählt: Es wurden erstmals Flugblätter verteilt und mit Kunden des Hofes, die auch einen Messestand hatten, Gespräche geführt. Seit November informierten FAU-Mitglieder jede Woche auf Wochenmärkten das interessierte Publikum über den Konflikt auf dem Hof „Teltower Rübchen". Die FAU Berlin wies den Inhaber des Hofes mehrfach darauf hin, dass sie einer Verhandlungslösung aufgeschlossen gegenüberstehe. Ende Dezember kam es dann zu einem Verhandlungstermin mit dem Besitzer des Hofes. Bei diesem Treffen kam es zwar zu keiner Einigung, Teilerfolge konnten aber erreicht werden.

Die Ergebnisse

Ab Januar 2013 hat der Besitzer des Hofes „Teltower Rübchen" die Ausbildungsvergütung einseitig um 65% erhöht – eine deutliche Verbesserung, die allerdings noch unter dem gültigen Tarif liegt. Die FAU Berlin hat daher keine Vereinbarung mit dem Betrieb unterschrieben. Darüber hinaus wurde eine Verkürzung der regulären betrieblichen Arbeitszeit erreicht und zwar von 52,5 Stunden auf 47 Stunden pro Woche. Der FAU Berlin wurde Zugang zum Hof zugesichert, um in regelmäßigen Abständen die Vorkehrungen zum Arbeitsschutz zu überprüfen. Die sanitären Zustände auf dem Hof sollen mittelfristig verbessert werden. Als Zwischenlösung werden zwei Dixiklos angeschafft. Auch hier wird der FAU Berlin das Recht zur Prüfung eingeräumt.

Allerdings wurde dem Betrieb zum März 2013 seitens des Ausbildungsträgers die Zusammenarbeit aufgekündigt, so dass das Ausbildungsverhältnis nicht mehr besteht. Damit besteht für die FAU Berlin aktuell keine Handlungsgrundlage mehr. Die Nachzahlung entgangener Lohnzahlungen wird nun rechtlich angestrengt. Denn allzu einfach sollte kein Unternehmer davon kommen, selbst wenn er sich so weltverbesserisch gibt wie der Grünen-Politiker Axel S., der das „Teltower Rübchen" leitet. Für die FAU Berlin stellt sich nun die Frage, wie sich die übrigen Beschäftigten verhalten werden, wenn die neue Saison beginnt. Zunächst werden sie über die Ergebnisse des Konfliktes informiert werden.

Die AG konnte eine Menge auf dem Hof bewegen, auch wenn sie die selbst gesetzten Ziele nicht ganz erreichen konnte. Es gelang nicht, alle Beschäftigten mit ins Boot zu holen, auch gelang es nicht, eine Vereinbarung über die Ausbildungsvergütung zu treffen, die mindestens den Tarif der IG BAU garantiert. Andererseits muss aber auch festgestellt werden, dass der Inhaber des Hofes „Teltower Rübchen" die FAU Berlin als Verhandlungspartner anerkennen musste und es zu recht ordentlichen Teilergebnissen kam. Durch die monatelange Kampagne konnte auch das Thema der Arbeitsbedingungen in Biobranche einer breiteren Öffentlichkeit bekannt gemacht werden – wobei das Spannungsfeld zwischen biologischen und sozialen Normen deutlich zutage tritt.

Markus Weise

Kolumne Durruti



Man sollte meinen, Anarchosyndikalisten würden vielleicht öfter streiken als andere Gewerkschafter. Schließlich spielt der Streik bei ihnen in der Theorie eine Sonderrolle und einen gewissen Hang zur Mystifizierung kann man ihnen auch nicht absprechen. Aber weit gefehlt, denn da gibt es ja noch die berühmten äußeren Umstände – ein Hauch von Determinismus –, zu denen etwa gehört, dass man im bestreikten Betrieb doch eine Mindestanzahl aktiver Mitstreikender benötigt.

Und so kommt es, dass ich in diesem Frühjahr in der Blüte meines Lebens meine ersten beiden legalen Streiktage im Rahmen eines Tarifkonflikts mitmachen durfte. Es ging um den öffentlichen Dienst. Zwar hatte mir niemand gesagt, dass gestreikt wird, das musste dann mein Chef übernehmen, aber es war immerhin noch früh genug, um teilzunehmen.

Nicht jedoch ohne eine gut gemeinte Warnung des nächsten Vorgesetzten: Es könne sein, dass der Streik vermerkt werde und es zu Lohnabzügen komme. Ich schaute etwas verwirrt, denn bislang hatte ich das mangels Streikerfahrung für normal gehalten. Weit gefehlt: Streik kann offenbar auch bedeuten, während der Arbeitszeit an einer Demo teilzunehmen und dafür sowohl den Lohn als auch ein Streikgeld zu erhalten – als von ver.di gut bezahlter Demonstrant sozusagen.

Wenn sich nun ver.di eine solche Demonstration etwas kosten lässt, dann sollte sie wenigstens wahrnehmbar sein. Tipp für die Zukunft: Das klappt besser in Fußgängerzonen oder bewohnten Vierteln als in Stadtparks zwischen zwei oder drei Taubenfütterern.

Die Demo war nicht nur gut versteckt, sie war auch gut besucht. Denn ver.di weiß, wie man die Leute ans Streiken bekommt: Ist die Demo erst um 11.00 Uhr angekündigt, kann man ausschlafen und geht gerne auf eine Fünfminutenlatschdemo, statt um 9.00 Uhr zu arbeiten. Am zweiten Streiktag, 14 Tage später, schrumpfte die Streikbereitschaft bei uns im Betrieb rapide: Der Bus in die Landeshauptstadt fuhr ja schließlich schon um 7.30 Uhr!

Aber zurück zum ersten Streiktag: Mit einem leckeren Mittagessen in der Mensa sind dann alle überzeugt. Nur etwas komisch, dass dieses Essen doch nur möglich war, weil die Mensa-Angestellten offenbar alle nicht gewerkschaftlich organisiert oder Streikbrecher waren... Letztlich war es dann im Nachhinein gar nicht so einfach, nicht doch versehentlich Streikbrecher zu werden: Die Personalabteilung musste erst mal überzeugt werden, dass ein Streiktag kein Überstundenabbau ist. Und Teilzeitkräfte mussten erst mal nachweisen, dass das überhaupt ihr Arbeitstag war.

Als ich im Nachhinein dann den Sinn meines Streiks anzweifelte, weil an dem Tag sowieso nichts zu tun war und ich eigentlich einen Urlaubstag in Erwägung gezogen hatte, wurde ich als Streikneuling noch dahingehend beruhigt, dass das offenbar Sinn und Zweck eines Streiks ist. Denn hätte ich tatsächlich gestreikt, wenn meine Arbeit benötigt worden wäre, dann hätte das womöglich ans Ministerium weitergegeben werden können. Und das wäre dann sauer auf die Gewerkschaften gewesen und hätte vielleicht nicht mehr so nett verhandelt.

Denn das war's auch schon wieder mit Streikerfahrung: Mit geballter Kraft haben wir eine Lohnerhöhung von 4,13 Prozent (gerechnet auf die zweijährige Laufzeit) erkämpft! Bei einer durchschnittlichen Inflation von zwei Prozent pro Jahr (2012) bliebe dann ein Plus von 0,13 Prozent. Okay, die angestellten Lehrer haben wir leider vergessen, aber: ich habe mich lange nicht mehr so revolutionär gefühlt!

Teodor Webin

TERMINE

☞Bonn
Mi. 1. Mai, 14 Uhr
Kaiserplatz
Demo: Libertäre 1. Mai-Demonstration
Anschließend Straßenfest am Frankenbad. Weitere Infos unter www.fau-bonn.de

Dresden
Mi. 1. Mai, 12 Uhr
Theaterplatz
Demo: „Wir kriegen nur wofür wir kämpfen! Organisiert Schule, Betrieb und Kiez"
Libertäre 1. Mai-Demonstration, unterstützt von der FAU Dresden

☞Düsseldorf
So. 5. Mai, 10 Uhr bis 18 Uhr
Solaris, Kopernikusstr. 53
Info: Infotag der FAU Düsseldorf
Organisiert zusammen mit UA (Unabhängige Arbeitslose) und ALAID (Antileiharbeitsinitiative Düsseldorf)

☞Freiburg
Do. 2. Mai, 20 Uhr
Strandcafe, Grether-Gelände, Adlerstr. 12
Info: Gewerkschaftliche Beratung
Jeden ersten Donnerstag im Monat für alle Interessierten

☞Halle
Sa. 4. Mai, 16 Uhr
Infoladen Glimpflich, Ludwigstr. 37
Info: Was ist die FAU?
Vortrag über die FAU mit anschließender Diskussion

☞Hamburg
Fr. 17. Mai, 19 Uhr
Libertäres Kultur- und Aktionszentrum „Schwarze Katze", Fettstr. 23
Lesung: Worte zum Überleben. Auf den Spuren von Robert Desnos

☞Mannheim
Fr. 7. Juni, 19 Uhr
wildwest, Alphornstr. 38
Vortrag: Sozial durch Arbeiterbewegung? Zur Entstehung des Modells „Soziale Marktwirtschaft"
Mit Uwe Fuhrmann, organisiert von der Rosa-Luxemburg-Stiftung BaWü

☞Münster
Do. 16. Mai, 19.30 Uhr
Interkulturelles Zentrum Don Quijote, Nieberdingstr. 8
Lesung: Arbeit, Wahnsinn, Widerstand

☞Rosenheim
So. 12. Mai, 19 Uhr
Linkes Zentrum, Innstr. 45a
Vortrag: „Wir wollen alles" – Theorie und Praxis des Operaismus und der Arbeiterautonomie
Mit dem Buchautor Roman Danyluk

☞Solingen
Sa. 25. Mai, 13 Uhr
Südpark (Bahnhof Solingen-Mitte)
Demo: Das Problem heißt Rassismus
Bundesweite Demonstration angesichts des 20. Jahrestages des rassistischen Brandanschlages in Solingen

Weitere Infos und Termine auf direkteaktion.org

WANTED!

Erfahrungsberichte gesucht!
Die FAU Münsterland plant ein Buchprojekt zum Elend der Lohnarbeit.

Hast du Scheiße erlebt, bei der Arbeit, bei der Jobsuche und beim Arbeitsamt? Hast du dich geärgert, gewehrt, gerächt? Warum (nicht)? Wie? Allein oder mit anderen zusammen? Was hast du damit erreicht?

Die FAU Münsterland plant ein Buch mit solchen Berichten, das in der *edition assemblage* erscheinen soll. Wir wollen zeigen, was (Lohn-)Arbeit mit Menschen macht, wie sie uns nervt, einschränkt und kaputt macht. Vor allem aber wollen wir zeigen, dass Widerstand möglich ist. Von den kleinen, ganz persönlichen Rache- und Sabotageakten über das, was mensch tun kann, um keinen Job zu bekommen bis hin zu kollektiven selbstorganisierten Aktionen.

Wir suchen die alltäglichen Geschichten, die nicht in der Zeitung oder irgendwelchen Pressemitteilungen stehen, sondern einfach nur Realität sind. Es ist uns wichtig, dass es wirklich passiert ist und dass die Geschichten von denen erzählt werden, die sie erlebt haben. Im Mittelpunkt sollen diese kurzen Erfahrungsberichte (von etwa einer halben bis zu mehreren Seiten) stehen, die nach Themen in Kapitel geordnet werden. Dazu werden wir einen kleinen Theorieteil am Anfang des Buches und kurze Einführungstexte zu den einzelnen Kapiteln schreiben. Bitte schickt eure Geschichten, Fragen und Anregungen an: faums20@fau.org

Anspruch und Wirklichkeit

Gericht zählt LeiharbeiterInnen nun voll zur Belegschaft

Erneut fiel in einem Erfurter Gerichtssaal ein alter Zopf zu Boden. Nachdem das Bundesarbeitsgericht (BAG) in den vergangenen Jahren bereits die eigene, höchstrichterliche Rechtsprechung u.a. in Sachen Solidaritätsstreik und Tarifpluralität korrigiert und auch neue Aktionsformen wie den Flashmob für zulässig erklärt hatte, befasste sich das BAG in diesem Jahr bereits mehrmals mit Fragen der Leiharbeit.

So entschieden die RichterInnen am 13. März in Bezug auf die Vertretung von LeiharbeiterInnen im Betriebsrat (Aktenzeichen 7 ABR 69/11), dass Leihkräfte „bei der für die Größe des Betriebsrats maßgeblichen Anzahl der Arbeitnehmer eines Betriebs grundsätzlich zu berücksichtigen" sind, wie es in einer Mitteilung hieß. So gaben die roten Roben 14 Beschäftigten Recht, was ihnen von unteren Instanzen verwehrt worden war. Der betreffende Betriebsrat – das Unternehmen ist nicht genannt – wird nun um zwei Mitglieder erweitert werden müssen.

Angedeutet hatte sich der Kurswechsel bereits im Januar 2013, als es das BAG in der Frage, ob eine Firma als Kleinbetrieb gelte und somit nicht dem Kündigungsschutzgesetz unterliege, für unerheblich erklärte, „ob die den Betrieb kennzeichnende regelmäßige Personalstärke auf dem Einsatz eigener oder dem [Einsatz] entliehener Arbeitnehmer beruht".

Ebenfalls Mitte März attestierte ein anderer BAG-Senat jenen LeiharbeiterInnen, die dem christlichen Dumpingtarif unterworfen waren, den „Anspruch auf das Arbeitsentgelt, das ein vergleichbarer Stammarbeitnehmer des Entleihers erhalten hat" – die Durchsetzung des Anspruchs auf gleichen Lohn bleibt jedoch weiterhin mit erheblichen Hürden in Form von Nachweispflichten über die Höhe des entgangenen Lohnes verbunden, was sich konkret als recht schwierig erweisen kann.

Nach dem Urteil vom 13. März müssen LeiharbeiterInnen bei Betriebsratswahlen ab sofort mit berücksichtigt werden, wodurch sich künftig die Zahl der Betriebsratsmitglieder in vielen Unternehmen erhöhen dürfte. Ja, unter Umständen wird sogar erst die Bildung eines Betriebsrats möglich, wenn so die Schwelle von mindestens fünf Beschäftigten überschritten wird. Das bedeutet zwar einerseits mehr Rechte für die KollegInnen. Andererseits aber festigt der Beschluss die Leiharbeit als „normale" Institution im Betrieb. Der Kampf gegen Leiharbeit ist eben nicht von den Gerichten, sondern von den Gewerkschaften zu führen.

> *„Nach dem Urteil vom 13. März müssen LeiharbeiterInnen bei Betriebsratswahlen ab sofort mit berücksichtigt werden, wodurch sich künftig die Größe der Betriebsräte in vielen Unternehmen vergrößern dürfte. Ja unter Umständen wird sogar erst die Bildung eines Betriebsrats möglich, wenn damit die Schwelle von mindestens fünf Beschäftigten überschritten wird. Das bedeutet zwar einerseits mehr Rechte für die KollegInnen. Andererseits aber festigt der Beschluss die Leiharbeit als „normale" Institution im Betrieb."*

Ringen um gleiches Geld

Die IWW Bremen fordert derweil vom DGB, die (allgemeinverbindlichen) Tarifverträge mit den Leiharbeitsverbänden BAP und iGZ zum nächstmöglichen Zeitpunkt zu kündigen. Damit könnte ab November 2013 der gesetzlich vorgesehene Grundsatz gleicher Entlohnung (Equal Pay) für die ca. 900.000 LeiharbeiterInnen gelten. „Üblicherweise haben Tarifverträge eine Nachwirkung", räumen die Wobblies ein, aber: „Dies ist bei den Leiharbeitstarifen, nach Meinung vieler Arbeitsrechtler, nicht der Fall. Denn die Nachwirkung des alten Tarifvertrages konkurriert in diesem Fall mit einem [geltenden] Gesetz, dem AÜG, das niedrigere Löhne nur dann zulässt, wenn ein Tarifvertrag gilt". Dieser Auffassung und Forderung schließen sich das Stuttgarter Bündnis „Wir zahlen nicht für eure Krise" sowie Mitglieder von DGB-Gewerkschaften an. Letztere wandten sich Mitte April in einem offenen Brief an die Spitzen ihrer Organisationen und beklagen, dass es „in den letzten Monaten keinerlei demokratische Diskussion und Meinungsbildung innerhalb unserer Gewerkschaften gab. Nicht einmal eine Information wurde darüber verbreitet, dass der Tarifvertrag bereits neu verhandelt wird. Dieses intransparente Vorgehen einiger Weniger widerspricht unserer Vorstellung einer demokratischen Gewerkschaft und offenen Diskussionskultur!"

Offenbar hat die DGB-Tarifgemeinschaft Zeitarbeit auch vor, die Verträge zu kündigen. Allerdings nur, um einen neuen Tarif auf dem Mindestlohnniveau von 8,50 Euro abzuschließen. So argumentiert Stefan Schaumburg, Leiter des Bereichs Tarifpolitik beim IG Metall-Vorstand, in einem Interview: „Das Gesetz sieht zwar eine Gleichbehandlung vor. Es wird aber nicht weiter beschrieben, wie das in der Praxis funktionieren soll. Für die Beschäftigten wäre unklar, welche Ansprüche sie besitzen. Und es ist zu befürchten, dass die Verleiher dann erst recht machen, was sie wollen." Daher wäre es vorzuziehen, den „tariflichen Weg weiterzugehen" – obwohl die vermehrten, aber nicht flächendeckenden Branchenzuschläge die Lücke zur Gleichbezahlung keineswegs schließen, sondern allenfalls verringern.

Es bleibt zu hoffen, dass sich der DGB – wie schon beim erstmaligen Abschluss der Leiharbeitstarife im Jahr 2003, wogegen auch Syndikate der FAU protestiert hatten – ein Vorbild nimmt an den christlichen Gewerkschaften. So versicherte die CGM hoch und heilig, ihr Engagement im Bereich Leiharbeit sei beendet, und gab, gelinde formuliert, zu: „Wir haben Fehler in der Zeitarbeit gemacht". Vergelt's Gott.

Andreas Förster

Streiken muss wehtun

Ein Kommentar von Sebastien Nekyia

In Berlin ist nicht nur Prüfungszeit für Abitur, den mittleren Schulabschluss und die DrittklässlerInnen, sondern auch für die Tarifpolitik des Stadtstaats: Angestellte Lehrkräfte traten in den Warnstreik und wollen im Mai nach eigenen Angaben eine Eskalationsstufe weiter gehen, wenn der CDU-SPD-geführte Senat verhandlungsunwillig bleibt. Auch MusiklehrerInnen zogen zur bösen Überraschung zumindest schon in den demonstrativen Aufstand: Wegen Einkommenseinbußen riefen sie am Tag der Warnstreiks ebenfalls zu einer Demonstration auf.

Nur einen Tag vorher, am Montag den 22. April, hatte das Arbeitsgericht die einstweilige Verfügung des Finanzsenators abgelehnt und den Streik für rechtmäßig erklärt. Damit steigt der Druck auf den Senat. Schlimm genug, sich ein erforderliches Druckmittel erst gerichtlich bestätigen lassen zu müssen – es ist umso befremdlicher, wenn Eltern- und Schülerschaft die GEW anflehen doch bitte nicht während der Prüfungszeit zu streiken. Befremdlich nicht deshalb, weil man die Sorgen der SchülerInnen nicht verstehen könnte – jedoch ist die Adresse ihrer Forderungen gänzlich die Falsche. Und genau darauf setzt auch der Senator. Ein Streik, der nicht wehtut, am besten noch in der Ferienzeit, das wäre doch super für alle Beteiligten – außer für die, die streiken müssen um die Verantwortlichen an den Verhandlungstisch zu zwingen. Berlin hat als letztes Bundesland keine Bestimmungen zu Erleichterungen für ältere Lehrkräfte und verwehrt ihnen Stundenermäßigungen. Schon im November 2012 forderten die Lehrkräfte die tarifliche Gleichstellung von angestellten LehrerInnen mit verbeamteten.

Und wenn die LehrerInnen Monate zuvor gestreikt hätten, wäre wohl der Aufschrei nicht minder leise ausgefallen. Schließlich wären das die wichtigen Monate vor den Prüfungen gewesen... Es zeigt sich immer wieder: Berufsgruppen mit sozialer Verantwortung werden schnell an den Pranger gestellt, wenn sie streiken. Die entscheidende Frage ist dabei, ob das gesellschaftliche Klima dies zulässt – ob also Streikende nur als egoistisch geleitete Interessengruppen wahrgenommen werden, wie man es bei ÄrztInnen und LokführerInnen oftmals vernommen hat, oder als verantwortungsvolle und doch zu schlecht bezahlte ArbeiterInnen.

Im März fand in Stuttgart die interessante Konferenz „Erneuerung durch Streik" statt. Dort sprach der Soziologe Prof. Klaus Dörre über die kommunikative Macht der Lohnabhängigen, die ihnen dann zufällt, wenn sie ihre Anliegen als gesamtgesellschaftliches Interesse vermitteln können und nicht als bloßes Partikularinteresse. Egal in welcher Gewerkschaft man letztlich ist: Gerade bei Arbeitskämpfen im sozialen Bereich hat man es mit der Kommunikation gegen die Moralkeule zu tun. Konfliktsozialisierung ist auch im Syndikalismus kein Fremdwort, sondern mitgedachtes Konzept um Betroffene oder KonsumentInnen mit einzubeziehen und damit eine Einkeilung auf mehreren Ebenen voranzutreiben. Der Berliner Fall zeigt symptomatisch das Gegenteil: Taktisch pünktlich wirbt der Finanzsenator nun „zur weiteren Steigerung der Attraktivität des Lehrerberufs". Eine Zulage für Lehrkräfte soll her; wer älter als 58 Jahre ist, erhält nun von Jahr zu Jahr eine Stundenermäßigung. Was als Fortschritt verkauft wird, sind derweil die abgeschwächten Forderungen der Lehrkräfte. Bei so viel politischer Vernunft kann man dann ja mal bitte dieses Streikgedöns lassen... Liebe Streikwillige: Spaß ist, was ihr draus macht. Streik auch.



Streiken gegen Nazis

Der Mössinger Generalstreik und der heutige Blick auf die Geschichte



Zum 80. Jahrestag des Mössinger Generalstreiks gibt es eine kontroverse Disskusion in Mössingen. Den einen geht die Ehrung von KPD-Mitgliedern zu weit, welche sie als ebensolche Feinde der Demokratie ausmachen. Den anderen geht es um das Bewusstsein, über die Tragweite des Protestes, denn der Mössinger Generalstreik gilt als einer von nur wenigen Versuchen, der Machtübernahme Adolf Hiltlers durch Massenaktion etwas entgegenzusetzen. Die KPD rief damals in einem Flugblatt reichsweit zum Generalstreik der ArbeiterInnen auf, diesem folgten allerdings nur ArbeiterInnen im 4000-Seelen-Ort Mössingen. Was folgte war dennoch die Zerschlagung des kollektiven Widerstandes der ArbeiterInnenschaft.

Nun herrscht erneut Aufruhr in der örtlichen Bevölkerung. Ein Theaterstück und die wissenschaftliche Aufarbeitung der Ereignisse sowie ein Protestmarsch spaltet den Ort über die Darstellung der eigenen Geschichte in zwei Teile. Das Ereignis selber steht für Menschen außerhalb von Mössingen ziemlich klar als einer der wenigen Widerstandsversuche bei der Machtergreifung der Nazis in der ArbeiterInnenschaft. Im Ort verläuft dennoch der Graben teilweise direkt durch ganze Familien. Die einen wollen die Geschichte zum 80. Jahrestag der Machtergreifung Adolf Hiltlers öffentlicher machen und diejenigen ehren, die damals am Generalstreik in der kleinen Ortschaft teilgenommen hatten. Die anderen wehren sich gegen vermeintliche Heroisierung von KommunistInnen, die ja letztendlich ebenfalls die Demokratie abgeschafft hätten, wären sie die an die Macht gekommen. Hier zeigt sich exemplarisch, wie sehr die Extremismusdebatte bereits im politischen Alltag angekommen ist und was sie anrichtet: WiderstandskämpferInnen gegen den Faschismus werden hier diffamiert und ihre eigentlichen Ziele verschwimmen in populistischen Thesen einer unwissenschaftlichen Betrachtung. Als am 2. Februar diesen Jahres dann, aufgerufen von AntifaschistInnen, den Couragefrauen, der IG Metall und ver.di bis zu 1200 Menschen in Mössingen zusammenkamen und unter den Parolen wie „Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen" oder „Generalstreik 1933 – Vorbild für Zivilcourage heute" ein Zeichen gesetzt wurde, wurde dies weit über die lokale Ebene hinaus sichtbar. Aber was ist damals eigentlich in Mössingen und Umgebung passiert?

Am 31. Januar 1933 waren 800 Männer und Frauen dem Aufruf der KPD gefolgt, auf die Übertragung der Macht im Staate an Adolf Hitler mit einem Generalstreik zu reagieren. Unter der Parole „Heraus zum Massenstreik!" zogen die ArbeiterInnen durch Mössingen und sie waren damit die ersten, die auf die Straßen drängten. Als Vorbild diente wohl der Generalstreik gegen den Kapp-Putsch 1920, der die junge Weimarer Republik damals strukturell lahmlegte. Nachdem der Protestzug einige der Betriebe erfolgreich zum Stillstand brachte, trudelte eine Staffel der Polizei ein und es war offenbar klar, dass in anderen Orten keine Streiks begonnen hatten. Der überwiegende Teil der ArbeiterInnen schaffte es, sich einer Personalienüberprüfung zu entziehen und konnte über die umliegenden Felder flüchten.

Bisher kaum bekannt ist allerdings noch eine weitere Tatsache: So ist von ZeitzeugInnen überliefert, dass auch in Bad Lauerterberg dem Aufruf der KPD gefolgt wurde. Allerdings nutzten die ArbeiterInnen hier ein anderes Mittel des Widerstandes. Sie sabotierten die örtlichen Produktionsanlagen der streikunwilligen Betriebe, indem sie dort unverzichtbare Teile entfernten. Somit standen die Bänder still und die Produktion lag darnieder. Schließlich musste hier die SA-Hilfspolizei den Generalstreik zerschlagen.

Doch beherrscht seit dem aktuellen ZDF-Dreiteiler „Unsere Mütter, unsere Väter" wieder ein anderer Tenor die öffentliche Debatte, nämlich dass die Entstehung des Dritten Reiches als „Übermacht" über alle hineingebrochen zu sein scheint. Während hier die Begeisterung der Jugend für Hitler verschwiegen wird, wird an anderer Stelle der Widerstand durch unliebsame Linke verdrängt. Wichtiger als ein Gedenken an die, die damals mitliefen, scheint ein Gedenken an die, die sich dem entgegenstellten. Denn wer schwieg, stimmte sicher nicht selten zu – wer streikte, sicher nicht.

Andreas Potzlow

§§§-Dschungel

Streikrecht als Menschenrecht? Eine rechtliche Revue zum Streikrecht
Nach Artikel 12 der Europäischen Menschenrechtskonvention ist das Streikrecht ein Menschenrecht.

Tariffähigkeit einer Arbeitnehmervereinigung

Auch eine relativ kleine Arbeitnehmervereinigung kann die für eine Gewerkschaft erforderliche Durchsetzungsfähigkeit besitzen, wenn in ihr spezialisierte ArbeitnehmerInnen organisiert sind, die von Arbeitgeberseite im Falle von Arbeitskämpfen kurzfristig nur schwer ersetzbar sind.
Beschränkt eine Gewerkschaft ihre Zuständigkeit auf eine Berufsgruppe, die sich räumlich auf wenige Schwerpunkte konzentriert, kann auch ein relativ kleiner organisatorischer Apparat leistungsfähig genug sein, um die gewerkschaftlichen Aufgaben wahrzunehmen.
Eine Gewerkschaft muss strukturell vom sozialen Gegenspieler unabhängig sein. Dabei ist beachten: Was für eine Berufsgruppe gilt muss auch für einen Betrieb bzw. für einen räumlich begrenztes Gebiet gelten.
BAG, Beschluss vom 14.12.2004 – 1 ABR 51/03

Gewerkschafter streiken gegen Gewerkschaft?

Der Verband der Gewerkschaftsbeschäftigten (VGB) hatte alle Beschäftigten der DGB Rechtsschutz GmbH im Februar 2013 zu einem eintägigen Warnstreik und der Teilnahme an einer Protestkundgebung vor der DGB-Bundesverwaltung in Berlin aufgerufen. Dass dieser Aufruf möglich war, ist einem Urteil des BAG in Erfurt zu verdanken.
„Tarifverträge zu fordern, zu verhandeln und auch durchzusetzen ist das legitime Recht aller Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften, auch bei den Kirchen und anderen Arbeitgebern, natürlich auch bei den Gewerkschaften als Arbeitgeber", verlautete es in der Pressemitteilung des Verbandes der Gewerkschaftsbeschäftigten (VGB) vom 20.11.2012. Zuletzt gab es eine Reihe von Urteilen, die das Streikrecht minimal verbessern. Noch vor einiger Zeit war dieser Gewerkschaft das Recht an Betriebsversammlungen teilzunehmen abgesprochen worden.
BAG, Beschluss vom 19.09.2006 – 1 ABR 53/05

Streikrecht für Beschäftigte in kirchlichen Einrichtungen

Auch Beschäftigte in kirchlichen Einrichtungen sind nicht wehrlos. In einem Urteil vom 20.11.2012 (1 AZR 179/11) hat das BAG das Streikrecht zwar eingeschränkt, wenn die Einrichtungen bestimmte Bedingungen erfüllen. Aber bisher erfüllt keine der Einrichtungen diese Bedingungen.
„Weder das Selbstbestimmungsrecht der Religionsgemeinschaften gem. Art. 140 GG, 137 WRV als solches, noch deren Entscheidung gegen konflikthafte Auseinandersetzungen um die Regelung der Arbeitsbedingungen durch Tarifvertrag und Arbeitskampf rechtfertigen den umfassenden Ausschluss von Arbeitskämpfen im Bereich kirchlicher Einrichtungen", so ein Auszug aus einem Urteil des LAG Hamm.
LAG Hamm, 8 Sa 788/10, 13.01.2011

Streikrecht für Beamte

Am 21.04.2009 hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg entschieden, ein allgemeines Streikverbot für Angehörige des öffentlichen Dienstes (also z.B. auch für Lehrerinnen und Lehrer und andere Beamte ohne hoheitliche Aufgaben) sei unverhältnismäßig und entspreche keinem dringenden sozialen Bedürfnis. (EGMR vom 21.04.2009 – 68959/01, NVwZ 2010, 1018).
Dem schloss sich auch das Verwaltungsgericht Düsseldorf mit Urteil vom 15.12.2010 (31 K 3904/10.0) an und hob eine Geldbuße gegen eine beamtete Realschullehrerin auf.

Schadensersatzforderungen nach einem Streik abgewiesen

„In dem vor der 9. Kammer des Arbeitsgerichts Frankfurt am Main unter dem Aktenzeichen 9 Ca 5558/12 gemeinsam geführten Rechtsstreit der Deutschen Lufthansa AG, Air Berlin PLC & Co. Luftverkehrs KG und FRAPORT AG gegen die Gewerkschaft der Flugsicherung e.V. (GdF) wurde die Schadensersatzklage auf Zahlung von insgesamt €9.187.834,00 nebst Zinsen mit dem heute verkündeten Urteil abgewiesen", verkündete das Arbeitsgerichtes Frankfurt am 25. März 2013. Worum ging es? Die Klägerinnen vertraten die Ansicht, der „Hauptstreik" wie auch der Aufruf zum „Unterstützerstreik" seien rechtswidrig gewesen und hätten für die Klägerinnen aufgrund der streikbedingten Flugausfälle hohe Schäden verursacht. Wie immer steckt der Teufel im Detail. So wurde der Unterstützerstreik zwar angekündigt. aber nicht durchgeführt. Der Aufruf an sich war somit unschädlich. Auch eine Schadensersatzpflicht aufgrund von Friedenspflicht oder unberechtigter Teilforderungen (da der Tarifvertrag in diesem Bereich nicht gekündigt ist) wurde hier verneint. Der Ausgang eines Revisionsverfahrens vor dem LAG ist noch offen. Die Klägerinnen haben jedoch klar gemacht, notfalls bis vor das BAG zu ziehen.
Arbeitsgericht Frankfurt am Main, Urteil vom 25.03.2013 – Aktenzeichen 9 Ca 5558/12

Zusamengestellt von Thersites

Arme Nazis?

Während die Bundesregierung wegen „Dummheit, die sich nicht verbieten lässt" (FDP-Vizekanzler Philipp Rösler) sich dagegen entschieden hat, einen erneuten Verbotsantrag gegen die neonazistische Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) beim Bundesverfassungsgericht zu stellen, plagt die Partei mal wieder akute Geldnot. Aufgrund der knappen Kassen sind aktuell alle MitarbeiterInnen der Berliner Parteizentrale entlassen worden. Zu den finanziellen Problemen kommt der noch immer schwelende Machtkampf zwischen dem „seriösen Radikalen" Holger Apfel, der mit einem bürgerlichen Auftreten Stimmen jenseits der rechtsradikalen Szene gewinnen möchte, und dem verbalradikaleren Udo Voigt hinzu. Apfel hatte Ende 2011 den Parteivorsitz von Voigt übernommen. Am Ende ist die NPD aber trotz allem noch längst nicht. Notfalls könnte sie versuchen, fehlende Mittel bei ihren fast 6.000 Mitgliedern einzutreiben. In vielen Gegenden, insbesondere im Osten von Mecklenburg-Vorpommern, verfügt die NPD über eine erschreckend starke politische Basis. Dort rekrutiert sie sich aus Kameradschaften, also den örtlichen Neonazi-Verbänden. So wurde bspw. der NPD-Landesvorsitzende Stefan Köster gerichtlich verurteilt, weil er gemeinsam mit anderen auf eine am Boden liegende Frau eingetreten hatte. Die bundesdeutsche Gesellschaft bietet Rassismus und Antisemitismus einen fruchtbaren Boden. Laut der im November vorgelegten FES-Studie „Zur Mitte im Umbruch" denken in Westdeutschland 20%, in Ostdeutschland gar 39% manifest ausländerfeindlich. 31,9% der Deutschen stimmen dem Satz „Die Juden nutzen die Erinnerung an den Holocaust heute für ihren eigenen Vorteil aus" zu. Der Apfel fällt nicht weit vom Stamm.

Hedwig Hegel

Dimensionen der Pressefreiheit

Pressefreiheit in Deutschland. Pressefreiheit im Kontext



Pressefreiheit ist ein hohes gesellschaftliches Gut. Wird die Pressefreiheit angegriffen, so ist dies ein Alarmsignal. Deutschland rangiert im Ranking der NGO „Reporter ohne Grenzen" (ROG) auf Platz 17 und hat damit eine mittlere Position. ROG bemängelt maßgeblich die abnehmende Vielfalt der Presse: „Aus Geldmangel arbeiten immer weniger Zeitungen mit eigener Vollredaktion, mehrere Redaktionen wurden 2012 komplett geschlossen", heißt es in dem Bericht. Abnehmende Pressevielfalt bedeutet eine abnehmende Pressefreiheit, beklagen die Reporter. Die Abhängigkeit von Werbung und PR bemängelt ROG ebenso wie die Schwierigkeit, an Informationen von Behörden zu kommen. „Sorge" bereitet ROG die Diskussion um ein neues Gesetz zur Vorratsdatenspeicherung. Aber auch Neonazis werden als reale Bedrohung für JournalistInnen erwähnt.

Skandalös wird es derweil, wenn der Staat JournalistInnen als „Hilfspolizisten" missbraucht, die sich unter anderem oder auch insbesondere um die Berichterstattung über soziale Bewegungen bemühen. Hier entsteht eine gefährliche Mischung für JournalistInnen wie für AktivistInnen, in der sich die Bewegung aus Schutz von JournalistInnen aktiv abwendet, dadurch aber Gefahr läuft sich zu isolieren – von Pressefreiheit bleibt ebenso wenig übrig.

Deshalb wurde der Fall der bundesweiten Razzien gegen Fotojournalisten, die den europaweiten antikapitalistischen Aktionstag M31 dokumentierten, im März auf einer Veranstaltung der Mediensektion der FAU Berlin mit einem betroffenem Fotografen und einem Anwalt noch einmal neu aufgegriffen und diskutiert. Dabei wurde in der Diskussion klar: Die willkürliche Grenze des Schutzes der Pressefreiheit für Personen (konkret: Redaktionsräume, und dazu zählen auch Wohnungen freier JournalistInnen, unterliegen einem besonderem Schutz) vollzog sich zumindest in diesem Fall politisch wie ökonomisch. Die Frage „Wo fängt Journalismus an und ab wann ist er schützenswert?" wurde im Fall der Fotojournalisten, welche zum Teil brachiale Durchsuchungen lediglich aufgrund ihrer Arbeit an jenem Aktionstag über sich ergehen lassen mussten und nicht einmal als Beschuldigte galten, exemplarisch aufgeworfen. Denn während jene, die ihren Journalismus später hauptberuflich nachweisen konnten, mittlerweile ihr Material zurück erhalten haben (die Razzien fanden unter der Begründung statt, nach Fotos zu suchen, welche eine Straftat dokumentieren), müssen die anderen, die im Rahmen des ehrenamtlichen Bewegungsjournalismus vor Ort fotografierten, weiterhin mit den Folgen leben. Das wirtschaftliche Gütesiegel der Hauptberuflichkeit, welches darüber entscheidet, ab wann etwas Journalismus ist, der durch die Pressefreiheit geschützt gehört, wurde von allen Anwesenden, Haupt- wie Nebenberuflichen, abgelehnt. Die Realität, in der viele Freie nicht von ihrem erstrebten Beruf leben können und anfangs, wenn nicht sogar jahrelang, in der journalistischen Nebenberuflichkeit stecken, muss in der Diskussion um den Schutz der Pressefreiheit ebenso – gerade aus einer gewerkschaftlichen Position – mitgedacht werden.

Alle betroffenen Fotojournalisten unterlagen letztlich auch der behördlichen „Disqualifizierung" als „Szenefotografen", was die politische Grundlage für eine Sonderbehandlung legte – ohne Schutz durch Pressefreiheitsrechte. Sie sollten der Polizei erhofftes Material in einem zweifelhaften Fall liefern. Dadurch wird Misstrauen gesät, gerade wenn das Resultat staatliche Repression ist. Gerade für JournalistInnen, die sich als bewegungsnah verstehen, kann das im Rahmen ihrer Arbeit sehr problematisch werden. Auch dieser Punkt wurde diskutiert. Resümee: Die Pressefreiheit zu stärken und weiter zu denken ist für emanzipatorische Bewegungen wie für journalistisch Arbeitende, egal ob ehrenamtlich, politisch und/oder hauptberuflich eine wichtige Aufgabe.

Mediensektion | FAU Berlin

Die Geister, die ich rief

Ein Kommentar von Nandor Pouget, GGB Hannover



Wer hätte das geahnt: Kurz nach Drucklegung der „Direkten Aktion" fegte eine Welle der Negativberichterstattung durchs Land, die gezielt eines der privatisierten niedersächsischen Landeskrankenhäuser aufs Korn nahm. Den Ausschlag dafür hatte nicht etwa die kleine Gewerkschaftszeitung gegeben, sondern der vertrauliche Bericht der Besuchskommission, eines trägerunabhängigen Gremiums, das für die Überwachung der Versorgung psychiatrischer PatientInnen in den niedersächsischen Krankenhäusern zuständig ist.

Der interne Bericht, der eine vorgefundene Nachtsituation Mitte Januar auf einer Station beschreibt, wo betagte demente PatientInnen mit psychiatrischen Erkrankungen behandelt werden, war dem NDR zugespielt worden. Seitdem will die Diskussion um die Qualität psychiatrischer Versorgung in der Klinik nicht mehr abreißen. Doch die ist weder von Objektivität noch von fachlicher Versiertheit geprägt. Dass Fehler gemacht wurden, hat niemand in Abrede gestellt. Auch die Krankenhausleitung nicht, die nach Bekanntwerden der Vorwürfe sofort reagierte.

Schnell war klar, dass es hier um ganz andere Themen ging. Seit Monaten stand der kommunale Klinikverbund „Klinikum Region Hannover (KRH)", zu dem die Psychiatrie Wunstorf als dreizehnte Klinik hinzukam, im Fokus medialen Interesses. Kostenintensive Baumaßnahmen und Zerwürfnisse der Geschäftsleitung mit der Aufsichtsratsspitze wurden zum Anlass genommen. Nach den jüngsten Vorwürfen traten nun auch Politik und Krankenkassen auf den Plan, genau die Stellen, die Gesundheitspolitik maßgeblich entscheiden und steuern. Gesetzliche Budgetdeckelung und damit latent einhergehende finanzielle Unterversorgung, die auch öffentliche und kirchliche Einrichtungen zum Wettbewerb zwingen, spielen in der Debatte jedoch ebenso wenig eine Rolle wie milliardenschwere Überschüsse in den gesetzlichen Kassen. Ursachenforschung? – Fehlanzeige! Viel zu zaghaft werden auch Fakten genannt: Das hohe Versorgungsniveau, das die Beschäftigten auch bei chronischer Unterbesetzung aufrechterhalten hatten. Das gebot ihnen ihr Berufsethos. Darauf wird gebaut, der wird gnadenlos ausgenutzt. Und zwar im gesamten Gesundheitswesen.



Der große Bruder schaut dich an.

KONTROLLE, ÜBERWACHUNG, EINSCHÜCHTERUNG

Neues Gesetz zur Mobilfunküberwachung

Am 21. März diesen Jahres wurde ein Entwurf der Bundesregierung zur sogenannten Bestandsdatenauskunft mit Stimmen der SPD beschlossen. Ein erster Gesetzentwurf scheiterte im Jahre 2012 am Bundesverfassungsgericht. Das Bundesverfassungsgericht verlangte damals erhebliche Nachbesserungen. So kam es jetzt zu einem neuen Entwurf aus den Reihen der Regierungskoalition von CDU und FDP. In diesem wird die Abfrage von Behörden nach sogenannten PIN- und PUK-Nummern und IP-Adressen präzisiert. Das Bundesverfassungsgericht hatte am ersten Entwurf bemängelt, dass die Hürde zum Zugriff auf Daten zu niedrig sei. Im neuen Gesetzentwurf wird zwar das Abfragen einer PIN-Nummer nur mit Zustimmung eines Richters erlaubt, doch gilt für andere Daten eine deutlich niedrigere Eingriffsschwelle. So sollen Behörden und Geheimdienste wie der Verfassungsschutz Zugriff auf Daten wie Namen, Anschrift oder PUK-Nummer von Mobilfunkkunden schon bei Verdacht einer Ordnungswidrigkeit erhalten. Um dies zu garantieren, sind künftig von Mobilfunkanbietern sogenannte elektronische Schnittstellen einzurichten, um das Verfahren schneller und einfacher zu machen.

AR

Verfassungsschutz soll für Überwachung an E-Plus Geld zahlen

Im Saarland hat E-Plus auf Grundlage des neuen Gesetzes zur Bestandsdatenauskunft gegen den Verfassungsschutz geklagt. E-Plus argumentierte vor Gericht damit, dass der Anbieter als Erfüllungsgehilfe hoheitlicher Aufgaben für den entstandenen Aufwand auch Entschädigung verdiene. Es gäbe zwar Regelegungen für solche Verfahren, sie seien aber nicht konsistent und für alle Betroffenen gleich, moniert E-Plus. Der Verfassungsschutz hatte im Gegensatz zur Polizei bis jetzt nicht die gleiche Summe gezahlt, der Aufwand sei aber der Gleiche. Das Gericht folgte der Argumentation des Konzerns und verurteilte den Verfassungsschutz zu einer Zahlung von 1.290 Euro. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig, laut E-Plus strebe man aber auch ähnliche Erfolge auf Bundesebene an.

AR

Taxifahrer in Bremen mit GPS überwacht

Der Taxi-Ruf Bremen e.V. bietet als Betreiber einer Taxi-Zentrale seinen Mitgliedsunternehmen eine lückenlose Überwachung der 1.500 Fahrer per GPS-Tracking an. Eine Regelung dazu gibt es in den Arbeitsverträgen nicht. So findet die lückenlose GPS-Überwachung ohne das Wissen der Fahrer statt, und die Daten sind selbst mit einem Smart-Phone abfragbar. So kommt es zur lückenlosen „Leistungs-"Kontrolle durch den Arbeitgeber. Doch auch Funkgespräche und Kundenanrufe werden von dem Unternehmen auf unbestimmte Zeit aufgezeichnet. Gegen dieses unverschämte Vorgehen hat sich nun in Bremen ein Zusammenschluss der Taxifahrer in der Interessengemeinschaft Bremer Taxifahrer (IG) gebildet, den der Unternehmerverband Taxi-Ruf e.V. aber bis jetzt ignoriert.

AR

Bayrischer Verkehrsüberwachungswahn

Der bayrische Innenminister Joachim Herrmann hat sich im Landtag zu seinen Vorstellungen einer allgemeinen Überwachung von Großstädten geäußert. Er empfahl, dass der gesamte bayrische Nahverkehr per Videokamera überwacht werden sollte. Am Mittwoch den 3. April kritisierte er gar die Deutsche Bahn, da sie in Augsburg, Regensburg, Ingolstadt, Fürth und Erlangen bislang keine Aufzeichnungen des Bahngeländes anfertigt. Nach Herrmanns Überzeugung würde nur eine flächendeckende Videoüberwachung potentielle Straftäter abschrecken. Der bayrische Datenschutzbeauftragte Thomas Petri sieht in derartigen Maßnahmen keinen Nutzen und verweist auf die fehlgeschlagenen Überwachungsmaßnahmen der Londoner Innenstadt. Dennoch spricht sich auch der Münchener Polizeipräsident Robert Kopp für die Pläne des Innenministers aus. Es bleibt abzuwarten welche Schritte nun in Bayern gegangen werden.

AR

Deanonymisierung von Smartphones

Wissenschaftler um den belgischen Mathematiker Vincent Blondel haben anonymisierte Daten eines Mobilfunkanbieters ausgewertet. Es lagen Telefonprotokolle von 1,5 Millionen Kunden über einen Zeitraum von 15 Monaten vor. Hier wurde gespeichert, mit welchem Funkmast ein Kunde bei einem ankommenden oder abgehenden Anruf verbunden war. Der Anbieter betreibt 6500 Funkzellen, in denen ein Kunde durchschnittlich 114 Mal pro Monat registriert wurde. Aus den Daten entwickelten die Forscher eine Formel, bei der es reicht, vier zufällig ausgewählte Standpunkte mit den Angaben der Zeit zu haben, um ein durch veränderten Usernamen oder Nummer anonym gemachtes Smartphone zu identifizieren. Das liegt daran, dass Bewegungsprofile sehr individuell sind und sich daher leicht Personen zuordnen lassen.

AR

Extremismus-Studie soll „Linksaffine" ausspähen

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend unter Ministerin Kristina Schröder hat im Rahmen ihres Programmes „Initiative Demokratie stärken" nun ein Programm aufgelegt, innerhalb dessen die Universität Luxemburg in Kooperation mit der Berliner Hochschule für Wirtschaft und Recht so genanntes deviantes Verhalten in der „linksaffinen Szene" erforschen soll. In der Berliner Universität ist auch der Fachbereich 5 „Polizei und Sicherheitsmanagement" angesiedelt, der auch Module in Sozial- und Politikwissenschaften anbietet. Es kann also davon ausgegangen werden, dass Erkenntnisse aus dieser Studie die in den Behörden verbreitete Extremismustheorie unterfüttern sollen. Die Studie trägt den Namen: „Zwischen Gesellschaftskritik und Militanz: Politisches Engagement, biographische Verläufe und Handlungsorientierungen von Jugendlichen in Protestbewegungen und linksaffinen Szenen".

AR

Schwarz.Rot.Scheiße.

Nachrichten zum Krisenparadies Deutschland



Vamos a la Elbe

Immer mehr Menschen aus den europäischen Krisenländern wandern aus, auch und gerade in die Bundesrepublik. So zogen im ersten Halbjahr 2012 über 50 Prozent mehr SpanierInnen nach Deutschland als im gleichen Zeitraum ein Jahr zuvor, aus Griechenland kamen sogar fast 80 Prozent mehr ZuwanderInnen. Von den gut 500.000 Eingewanderten im ersten Halbjahr 2012 kamen über 300.000 aus der EU. Die Eurokrisenflüchtlinge sind durchschnittlich um einiges jünger als die Mehrheitsbevölkerung und meist gut gebildet. Die langfristigen Folgen für die südeuropäischen Volkswirtschaften durch diesen „brain drain" dürften verheerend sein. Die deutsche Wirtschaft dagegen dürfte sich freuen. Und Angela Merkel spricht davon, dass Deutschland nun zu einem „Integrationsland" werden müsse.

HH

There is no alternative

Die Partei „Alternative für Deutschland", die einen Austritt aus der Euro-Zone fordert und die Bundesregierung rechts überholen will, hat bereits 7.500 Mitglieder. Bei einer Umfrage des Instituts Infratest dimap im Auftrag der *Welt am Sonntag* gaben 7 Prozent der Befragten an, bei einer Bundestagswahl die neue Partei sicher wählen zu wollen. Zusätzliche 17 Prozent wollten dies vielleicht tun. Die Partei besteht überwiegend aus gutsituierten konservativen älteren Männern wie dem Hamburger Wirtschaftsprofessor Bernd Lucke, der die Partei gegründet hat. Unterstützt wird sie unter anderem vom früheren BDI-Präsidenten Henkel.

HH

Alea iacta est

Der italienische Philosoph Giorgio Agamben hat sich für ein „lateinisches Reich" ausgesprochen, das die Vormachtstellung der Bundesrepublik in Europa brechen solle. Gegen den Krisengewinner Deutschland, der andere EU-Staaten zum Sparen zwingt und damit oftmals in Armut und Elend stürzt, solle ein Zusammenschluss der überwiegend romanisch-sprachigen westlichen und südlichen europäischen Länder unter der Führung Frankreichs in Stellung gebracht werden. Aufgeschnappt hat Agamben die Idee bei dem Hegelianer Alexandre Kojève, der 1945 in einem Essay vor dem wirtschaftlichen Wiederaufstieg Deutschlands gewarnt hatte und einen solchen Zusammenschluss vorgeschlagen hatte.

HH

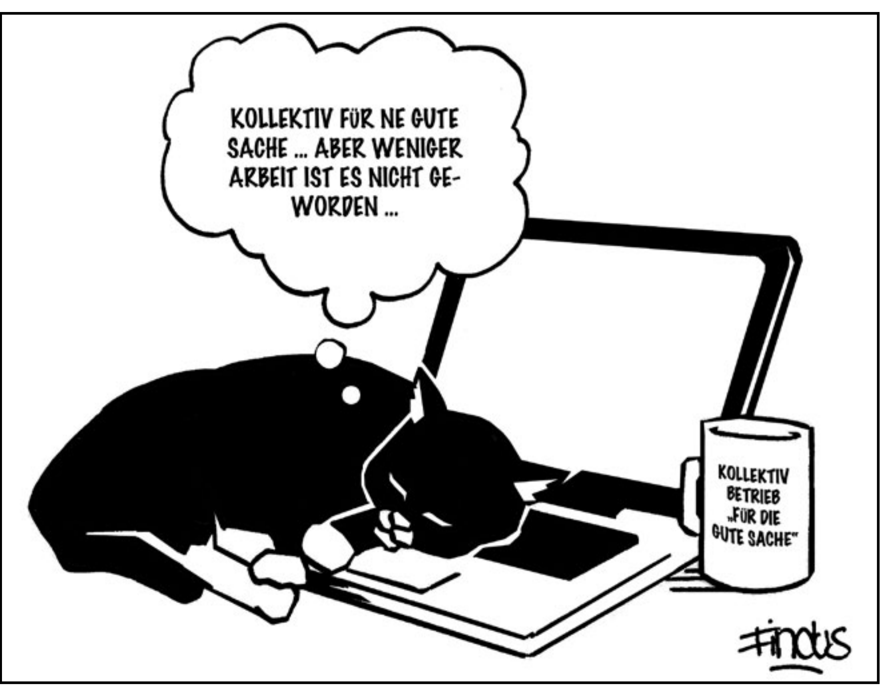
Unter dem Druck des Marktes

***DA*-Kollektivreihe: Selbstverwaltung zwischen Chance und Ideologie**

Mit der Verschärfung der Krise in Europa ist bei vielen GewerkschafterInnen das Interesse an der Arbeiterselbstverwaltung von Betrieben neu erwacht. Das zeigt sich u.a. am relativ breiten Echo, das die Übernahme der Baustoff-Fabrik Vio.Me im griechischen Thessaloniki1 durch die Belegschaft gefunden hat. Wieder scheint die Idee der selbstverwalteten Produktion als Alternative zum Jobverlust in der Krise attraktiv für Teile der Klasse zu werden. Manche mögen sich auch an die ArbeiterInnen der Keramikfabrik Zanon und etlicher anderer Betriebe erinnert fühlen, die im Zuge der argentinischen Krise von 2001/2002 ihre Betriebe übernommen haben 2.

Für die traditionellen Gewerkschaften hat die Idee der Arbeiterselbstverwaltung in den letzten hundert Jahren eine eher untergeordnete Rolle gespielt. Die klassische *Trade Union* will lediglich den Mehrwert aus der kapitalistischen Produktion etwas anders verteilen. An einer Änderung der Besitz- oder Machtverhältnisse hat sie kein besonderes Interesse. Für die anarcho-syndikalistischen Gewerkschaftsbewegungen war die Frage der Arbeiterselbstverwaltung hingegen immer wieder ein großes Thema. Das liegt nicht zuletzt daran, dass die gesellschaftliche Perspektive dieser Gewerkschaften der libertäre Kommunismus ist, eine Gesellschaft also, die sich auf eine von ProduzentInnen und KonsumentInnen selbstverwaltete Güterproduktion und Güterverteilung gründet.





Ideologische Überhöhung

Während allerdings in der generellen Frage weitgehende Einigkeit herrscht, gibt es hinsichtlich aktueller betrieblicher Selbstverwaltungsexperimente ganz unterschiedliche Diskussionen und Einstellungen. Immer wieder trifft man etwa auf eine regelrechte ideologische Überhöhung der Selbstverwaltung. Dahinter steckt die Vorstellung, es bräuchte nur genügend selbstverwaltete Betriebe als lebendiges Gegenbeispiel zum kapitalistischen Normalbetrieb und schon geriete die kapitalistische Form der Vergesellschaftung ins Wanken. Viele BefürworterInnen einer derartigen Selbstverwaltungs-Ideologie blenden allerdings aus, dass Arbeiterselbstverwaltung im Rahmen des kapitalistischen Weltmarktes zwangsläufig immer den Bewegungsgesetzen dieses Marktes unterworfen ist.

An dieser Tatsache ist in der Vergangenheit die übergroße Mehrheit der selbstverwalteten Betriebe gescheitert. Ein gutes Beispiel hierfür bieten hierzulande die 1980er Jahre. Damals gab es in der Nachfolge der Revolte von 1968 hunderte von selbstverwalteten Betrieben, die meisten im Dienstleistungsbereich, einige aber auch als Handwerks- oder andere Produktionsbetriebe. Viele davon, wenn auch nicht alle, verstanden sich ganz ausdrücklich als hierarchiefreie Alternativen zur kapitalistischen Wirtschaft, in denen die übliche Ausbeutung der Arbeitskraft anderer abgeschafft war und nur Leute arbeiten konnten, die gleichzeitig auch EignerInnen waren. Binnen weniger Jahre zeigte sich aber bei den meisten selbstverwalteten Betrieben, dass politischer Enthusiasmus die Marktzwänge nicht aushebeln kann. Fast alle wurden nach kapitalistischen Maßstäben unterkapitalisiert gegründet. Was an Kapital fehlte, musste durch Mehrarbeit der KollektivistInnen ausgeglichen werden. Das führte dazu, dass meistens die Löhne so niedrig waren, dass man mit Recht von einer Selbstausbeutung sprechen kann. Längere Arbeitszeiten bedeuteten, dass man weniger Zeit und Energie für den Versuch hatte, die bestehenden Verhältnisse umzustürzen. Manche Betriebe verbrannten schnell die meiste Zeit und Energie mit der eigenen Selbstverwaltung. Aus diesen und anderen Gründen gab es häufig nicht genug InteressentInnen, die für die Aussicht auf lange Arbeitszeiten und geringe Gehälter bereit waren, zum Kollektivisten bzw. zur Teilhaberin eines Betriebes zu werden, um dort zu arbeiten. In der Folge wurden aus vielen Betrieben „Geschäftsführerkollektive", in denen die ChefInnen die usprünglichen Mitglieder der Selbstverwaltung waren, die anderen Beschäftigten aber reguläre LohnarbeiterInnen. Die meisten selbstverwalteten Betriebe „professionalisierten" sich, um sich den Marktgesetzen anzupassen oder gingen an diesen und ihren eigenen Widersprüchen zugrunde.

Genossenschaften ohne GenossInnen

In viel größerem Maßstab noch hat sich die Gewalt dieses „stummen Zwangs der ökonomischen Verhältnisse" am (gewerkschaftlichen) Genossenschaftswesen gezeigt. Genossenschaften haben nicht notwendigerweise etwas mit Selbstverwaltung zu tun. Selbstverwaltung im anarcho-syndikalistischen Sinn ist nicht zuletzt die Frage nach der Kontrolle der ArbeiterInnen über ihre Produktion. In einem selbstverwalteten Betrieb entscheiden alle gemeinsam, was und wie produziert wird und was mit dem Ertrag aus der Arbeit geschieht. Das beinhaltet, dass alle, die in einem selbstverwalteten Betrieb arbeiten, auch an diesem beteiligt sein sollen. Genossenschaften hingegen sind zuallererst eine Rechtsform für gemeinsamen Kapitalbesitz mit erweiterten Mitspracherechten – aber auch Pflichten – für die KapitaleignerInnen. Die Form der Genossenschaft besagt also nichts darüber, wie die Arbeit organisiert ist. So machte es beispielsweise für die ArbeiterInnen des polnischen Haushaltsgeräte-Konzerns Fagor3 keinen großen Unterschied, dass die Firma von Mondragon und damit dem weltgrößten genossenschaftlichen Unternehmen (mehr als 100.000 Beschäftigte) mit Sitz in Spanien, günstig aufgekauft wurde. Ähnlich wie viele große Genossenschaften im Wohnungsbau-, Banken- und Konsumsektor hierzulande, agieren solche Firmen aus Sicht der Beschäftigten als normale kapitalistische Marktteilnehmerinnen.

Wenn in diesem Artikel die Selbstverwaltungsideologie kritisch hinterfragt wird, bedeutet dies nicht, dass wir Arbeiterselbstverwaltung unter Bedingungen des kapitalistischen Weltmarktes für überflüssig oder gar schädlich halten. Sie hat durchaus ihre Berechtigung und kann als Beispiel dienen. Zu einer kritisch-solidarischen Unterstützung sollte allerdings die Erkenntnis gehören, dass es sich bei Arbeiterselbstverwaltungs-Experimenten nur um eine Nische und nicht um eine generelle Strategie handeln kann. Solche Experimente unter dem enormen Druck des kapitalistischen Marktes verlangen allen Beteiligten viel ab. Es hat sich in der Vergangenheit gezeigt, dass es nur zu einfach und bequem ist, sich dem Zwang zur Professionalisierung, zur Anpassung und zur Abgabe der eigenen Verantwortung zu ergeben. Hier könnte eine in den selbstverwalteten Betrieben verankerte anarcho-syndikalistische Gewerkschaft ein wichtiges Korrektiv darstellen. Doch das ist eine Diskussion, die noch zu führen ist.

Gianna Med

Zum Weiterlesen:

[1] www.viome.org und biom-metal.blogspot.gr
[2] www.ila-bonn.de/artikel/ila357/argentinien_zanon.htm
[3] libcom.org/forums/news/mondragon-capitalists-exploitation-repression-poland-20072008

Ein Buchtipp:

Notz, Gisela: *Theorien alternativen Wirtschaftens*, Reihe theorie.org im Schmetterling Verlag, ISBN 3-89657-660-7

Eine Sprache, die jeder Chef versteht

Im September letzten Jahres hat sich eine Sektion nicht-deutschsprachiger ArbeiterInnen innerhalb der FAU Berlin gegründet, die Foreign Workers' Section. *In einem ersten Arbeitskampf hat die Sektion die kurzzeitige Rückkehr eines gefeuerten Genossen an seinen Arbeitsplatz erreicht. Die DA sprach mit dem Sektionsmitglied Mahmoud.*

Könnt ihr den Arbeitskampf beschreiben?

Ein griechischer Küchenhelfer fand eines Tages an seinem Arbeitsplatz jemand anderen vor, der ihn ersetzen sollte, ohne dass ihm zuvor schriftlich gekündigt worden wäre. Er wandte sich daraufhin an die Foreign Workers' Section. Einige Mitglieder besuchten gemeinsam mit ihm seine Arbeitsstelle und erklärten dem Chef, dass sie seine Kündigung nicht akzeptierten. Der Chef warf sie raus und sagte ihnen, dass sie mit seinem Anwalt reden könnten, wenn sie ein Problem hätten. Am nächsten Tag allerdings kam eben dieser Anwalt zu unserem Genossen nach Hause und teilte ihm mit, dass er nun doch noch einen Monat in der Küche arbeiten könne und damit doppelt so lange, wie es gesetzlich in seinem Fall vorgeschrieben wäre. Das zeigt, wie viel Respekt Chefs einfach gegenüber Gewerkschaften haben. Auch wenn er am Ende seinen Job dennoch verloren hat, konnte unser Genosse dadurch, dass er für seine Rechte eingestanden ist, noch ein weiteres Monatsgehalt verdienen, was keine leichte Sache für einen Neuankömmling in Berlin ist.

Was macht die Foreign Workers' Section momentan und was sind eure Pläne?

In den letzten Monaten haben wir AusländerInnen zu verschiedensten Arbeitsproblemen beraten. Viele kamen aufgrund unseres Infoflyers zu Arbeitsrechten in Deutschland, der jetzt in 13 Sprachen vorliegt und unter www.fau.org/the-basics heruntergeladen werden kann. Die ersten 2.500 Flyer sind bereits verteilt. Die Flyer der zweiten Auflage werden wir weiterhin vor den Büros verteilen, von denen wir gehört haben, dass dort AusländerInnen ausgenutzt werden. Außerdem haben wir in der Sektion eine Gender-Gruppe, die an einem ähnlichen Flyer zu Sexismus am Arbeitsplatz arbeitet.

Meldungen aus der FAU

Hannover

Die FAU Hannover hat einen Genossen bislang sehr erfolgreich in seinem Arbeitskampf unterstützt. Ihm wurde im September 2012 gekündigt. Die Gewerkschaft konnte seitdem die Kündigung zweimal zurückweisen und hat damit bislang sieben Monatslöhne sichergestellt. Die erste Kündigung war ungültig, weil sie nur mündlich erging. Der Genosse wurde auf den Einwand der Nichtigkeit einfach weiter beschäftigt. Gegen die zweite Kündigung wurde eine Kündigungsschutzklage angekündigt. Die Ankündigung alleine reichte aus, um die Weiterbeschäftigung sicherzustellen! Es zeigt sich, dass es etwas bringt, sich zu organisieren und zu wehren anstatt zu jammern und Opfer zu sein.

Solingen

Am 29. Mai 1993 verübten vier junge Männer einen Brandanschlag auf das Haus der Familie Genç. Gürsün Ince, Hatice Genç, Gülüstan Öztürk, Hülya Genç und Saime Genç starben in den Flammen bzw. beim Sprung aus dem Fenster, weitere Familienmitglieder wurden teilweise schwer verletzt. Drei Tage zuvor hatte der Deutsche Bundestag mit der Einführung der sogenannten Drittstaatenregelung das Grundrecht auf Asyl in Deutschland faktisch abgeschafft. Beide Ereignisse jähren sich im Mai 2013 zum 20. Mal. Gemeinsam mit weiteren Organisationen unterstützt die FAU Solingen die bundesweite Demonstration am 25. Mai unter dem Motto „Das Problem heißt Rassismus" sowie die zusätzlichen Gedenkveranstaltungen am 29. Mai.

Ein historischer Wendepunkt

Der Streiksommer 1973

Ein mittlerweile klassischer Text zur Geschichte des Klassenkampfs in Deutschland beginnt mit einer minutiösen Darstellung des wilden Streiks beim Traktorenhersteller John Deere in Mannheim, der am 22. Mai 1973 begann. Die treibende Kraft dieses selbstorganisierten Kampfes waren vor allem migrantische Arbeitskräfte, die sich gegen die mörderische Erhöhung des Arbeitstempos an den Fließbändern wehrten. Nach wenigen Tagen wurde der Streik durch die brutale Jagd von Werkschutz und Schlägertrupps auf „Ausländer" zerschlagen. „›Alte Betriebsräte, die schon seit Jahrzehnten im Werk sind, sagten nachher ganz blaß: Es war wie 1933.‹ Der Streik war nach einem genau ausgearbeiteten Plan zerschlagen worden." (Karl Heinz Roth, Die „andere" Arbeiterbewegung, 1974)


Szene aus dem Film „Pierburg - Ihr Kampf ist unser Kampf" (1974/75)

Innerbetriebliche Spaltungslinien

Es war der erste in einer ganzen Reihe von Streiks, die im August zu einer regelrechten Streikwelle mit fast 100.000 Beteiligten wurde, in der zwei Merkmale auffielen: Anders als in den Septemberstreiks von 1969, die das im betrieblichen Alltag auch in den Jahrzehnten zuvor durchaus normale Phänomen von wilden, also nicht gewerkschaftlich legitimierten Streiks ins öffentliche Bewusstsein holten, trat 1973 ein neues Subjekt auf den Plan, das in der Arbeiterbewegung bisher als nicht mobilisierbar galt. Migrantische Arbeiter und insbesondere Arbeiterinnen in der Metall- und Elektroindustrie, die als angelernte Maschinenbedienerinnen und Fließbandarbeiter zu geringen Löhnen für das deutsche Wirtschaftswunder schufteten, rebellierten gegen ihre Arbeitsbedingungen. Anders als es die klischeehafte Darstellung der durch staatlich organisierte Anwerbeverfahren ins Land geholten „Gastarbeiter" will, waren viele von ihnen in den 1950er und 1960er Jahren auf eigene Faust aus den perspektivlosen Verhältnissen in Spanien, Italien, Marokko, Portugal, Griechenland oder der Türkei aufgebrochen, um im Wirtschaftswunderland ihr Glück zu versuchen. Jahrelang hatten sie knechtende Arbeitsbedingungen, die Unterbringung in Baracken und Bruchbuden und rassistische Ausgrenzungen erduldet, um Geld ins Heimatdorf schicken oder sich die Grundlage einer selbständigen Existenz in ihrem Land aufbauen zu können. Als der *Spiegel* auf dem Titel seiner Ausgabe vom 3. September 1973 den Streikführer bei Ford in Köln mit der Schlagzeile „Wilde Streiks. Lohnpolitik auf eigene Faust" abbildete, ging er am Kernpunkt der Auseinandersetzung vorbei und widerlegte sich selbst mit den Worten eines Streikenden: „Für uns ist das Geld gar nicht mal so wichtig", berichtete ein Italiener, „der Arbeitsplatz muß menschlicher werden. Wenn einer von uns mal pissen muß, dann muß er ein dutzendmal fragen. Die Leute sind so erbittert, daß sie Eisen fressen könnten." Und ein Türke soll gesagt haben: „Macht kaputt, türkische Leute nix Menschen, wie Tieren".

Was hier mit der sprachlichen Verballhornung schon angedeutet wird, war das zweite Merkmal dieser Streikwelle: die extreme rassistische Mobilisierung von staatlicher und privater Gewalt gegen die Streikenden. In vielen Fällen gelang es der Unternehmensleitung – oft in Zusammenarbeit mit Betriebsräten und Gewerkschaften – die Streiks durch rassistische Spaltungen niederzuschlagen und aktive Kolleginnen und Kollegen zu entlassen. Trotzdem musste sie in der Lohnfrage Zugeständnisse machen, auch in Form von linearen Lohnerhöhungen (40 Pfennig, 50 Pfennig, 1 Mark usw. mehr für alle), die vor allem die Gewerkschaften störten, weil sie darin eine Verletzung der „Leistungsgerechtigkeit" sahen – die ideologische Rechtfertigung für innerbetriebliche Spaltungslinien, die in der Ausgestaltung der Tarifverträge so sorgsam zementiert werden. Umgekehrt war es für die Streikenden gerade diese Art der Forderung, mit der sie instinktiv die Spaltungen innerhalb der Klasse und den Lohn als individualisierende Fetischform der "bezahlten Arbeit" überwinden wollten.

300.000 Streikende in über 300 Betrieben

Auf den Streik bei John Deere folgten der wilde Streik im Juni auf der Klöckner-Hütte in Bremen und im Juli der Kampf von 3.000 Arbeitsmigranten bei den Hella-Werken in Lippstadt, die „50 Pfennig mehr für alle" forderten, nachdem kurz zuvor 800 der 2.000 deutschen Arbeiter einen Teuerungszuschlag von 15 Pfennig erhalten hatten. Als Reaktion wurde eine Hundertschaft der Bochumer Polizei nach Lippstadt verlegt und 50 Polizisten auf dem Werksgelände stationiert, die mit brutaler Härte gegen Streikende vorging.

Den Auftakt der dann einsetzenden Streikwelle bildete der Kampf beim Vergaserhersteller Pierburg in Neuss vom 13. bis 17. August – zu dem gerade das Buch „Wilder Streik – das ist Revolution" von einem der damals Beteiligten erschienen ist, dem auch der sehenswerte Film „Pierburg – Ihr Kampf ist unser Kampf" von 1973 beiliegt. Im Unterschied zu vielen anderen Kämpfen dieses Zyklus war es hier gelungen, die Spaltung zwischen deutschen männlichen Facharbeitern und migrantischen, vor allem aus Griechenland stammenden Frauen zu überwinden und gemeinsam für die Forderungen nach einer Mark mehr für alle und der Abschaffung der „Leichtlohngruppe" II – der tarifvertraglich legitimierten Frauendiskriminierung – einzutreten.

Streikforscher zählten am Ende des Jahres fast 300.000 Beteiligte an solchen wilden Streiks in über 300 Betrieben. Aufgrund der Größe der Fabrik und der dramatischen Zuspitzung im Streikverlauf wird diese Streikwelle im historischen Bewusstsein oft mit dem Streik bei Ford in Köln vom 24. bis zum 30. August 1973 verbunden, der allerdings nur *ein* Höhepunkt war. Dort arbeiteten damals 12.000 aus der Türkei stammende Menschen an den Maschinen und Fließbändern und traten sehr geschlossen und erkennbar als das neue Subjekt der Klassenkämpfe auf. Entsprechend repressiv reagierten Kapital und Staat, mussten sich in der Folge aber ernsthaft damit beschäftigen, wie diese für die reibungslose Produktion der deutschen Industrie nicht mehr verzichtbare Industriearbeiterschaft in die Gesellschaft „integriert" werden könnte.

„Donnerstag, 30.8., sieben Uhr fünfzehn morgens, war es dann so weit. Vor Tor III hatte Personalchef Bergemann den gesamten Werkschutz, als Arbeiter verkleidete Polizisten, Mitglieder des Betriebsrats und der IG Metall-Vertrauensleutekörperleitung und mittlere Manager, zusammen mehrere hundert Mann, um sich geschart. Ein Transparent und Plakate mit der Aufschrift: ›Wir wollen arbeiten‹, waren gemalt. Einheiten der Bereitschaftspolizei Nordrhein-Westfalens waren in taktisch günstige Positionen gegangen. Der Plan war wie bei John Deere in Mannheim, nur brutaler, in größeren Dimensionen entworfen: es sollte der Eindruck erweckt werden, als ob es zwischen arbeitswilligen deutschen Arbeitern und den Emigranten bei deren Demonstration während des Schichtwechsels zu einer Massenschlägerei käme; die Polizeieinheiten sollten dann dazustoßen, den Demonstrationszug der Streikenden vollends zerschlagen und das Streikkomitee verhaften. Tatsächlich verlief alles nach Plan." (Roth, *Die „andere" Arbeiterbewegung*)

Der Anfang vom Ende des Nachkriegsbooms

Die Kölner Boulevardpresse schrieb von „Türken-Terror" – und fragte ängstlich: „Übernehmen Gastarbeiter die Macht? Zum ersten Mal wurde ihnen ihre Stärke bewusst." In globaler Perspektive der für das 20. Jahrhundert prägenden Leitindustrie, dem Auto, betrachtet, wiederholte sich hier nur, was Mitte der 1930er Jahre in den großen Sit-Down-Streiks in den USA passiert war und später in den schnell expandierenden Automobilproduktionen Brasiliens und Südafrikas und dann Südkoreas geschehen sollte und heute in China und Indien stattfindet. Völlig unabhängig von den jeweiligen kulturellen Settings scheint die fordistische Massenproduktion von Autos (und Elektro-Waren) zum einen auf ein migrantisches, sprich bäuerliches, Subjekt als Arbeitskraft angewiesen zu sein, zum anderen aber durch ihre spezifische Produktionsweise auch eine spezifische Rebellionsweise zu provozieren. Die technische Art der Verkettung einer arbeitsteiligen Produktion durch Fließband- und Zuliefersysteme verleiht auch kleinen, unqualifizierten Arbeitergruppen an neuralgischen Punkten einen enormen Machthebel, der zum Ausgangspunkt massenhafter Kämpfe werden kann. Diese Form proletarischer Produktionsmacht hat sich zusammen mit den permanenten räumlichen Verlagerungen der Produktion über den Erdball verbreitet. Das Kapital flieht beständig vor den neuen Rebellionen, deren Basis es selbst geschaffen hat, um neue Orte mit ausbeutbarer Arbeitskraft zu finden. Der Theoretiker des kapitalistischen Weltsystems, Immanuel Wallerstein, hat jüngst in einem Kommentar auf die Endlichkeit dieser Reproduktionsstrategie des Kapitals hingewiesen: Nach China kommt Kambodscha, d.h. die noch anzapfbaren Arbeitskraftreserven werden immer kleiner!

Das „Déjà-vu" der Massenarbeiterrebellionen, das den geografischen Verlagerungen des Kapitals folgt und sie vor sich hertreibt (Beverly Silver), überlagert sich aber mit zwei weiteren Zyklen, die den Verlauf der kapitalistischen Entwicklungsdynamik bestimmen. Im so genannten Produktzyklus erschöpfen sich die Profite aus einer zunächst innovativen Technologie wie dem Automobil in dem Maße, in dem sich die Produktion immer mehr verbreitet und standardisiert wird. Mit dem Eintritt von China und Indien in die Weltautoproduktion scheint hier ein Endpunkt erreicht zu sein. Entsprechend heftiger dürften dort auch die Kämpfe werden, weil keine Monopolprofite mehr zur Verfügung stehen, um sozialpartnerschaftliche Deals wie in den USA oder Westeuropa zu finanzieren.

Die zweite Überlagerung ist mit dem geopolitischen Zerfall der hegemonialen Leitmacht verbunden, die für einen erfolgreichen Boom der Weltwirtschaft erforderlich ist. Als die aus dem verarmten und agrarisch geprägten Süditalien immigrierten Proletarier die modernen Massenfabriken der Auto- und Elektroindustrie in Turin und Mailand im Heißen Herbst von 1969 mit Streiks und Fabrikrevolten überzogen, schrieb die Presse: „Unser Vietnam haben wir im eigenen Haus". Der Vergleich hätte nicht treffender sein können, denn „1968", zu dem auch der deutsche Streiksommer 1973 gehörte, markierte sowohl das ökonomische Ende des Nachkriegsbooms, als auch die beginnende Krise der Weltmacht USA, die bisher den widersprüchlichen Laden der kapitalistischen Reproduktion flott gemacht und wieder in Schwung gebracht hatte. Die Massenarbeiterstreiks in Westeuropa, in die sich selbst die stabilitätsverwöhnte BRD im Sommer 1973 einreihte, markierten damit einen entscheidenden Wendepunkt in der globalen Entwicklung des Kapitalismus. Die Weltwirtschaftskrise von 1974/75 brachte zwar die Rebellionen von 1968 bis 1973 zum Halt, aber die darauf folgende Finanzialisierung und spekulative Blasenbildung von fiktivem Kapital konnte der Reproduktion des Kapitals keinen neuen Schwung verleihen, sondern sie nur simulieren. Heute, vierzig Jahre nach dem kurzen Sommer der wilden Streiks in Deutschland, sind all seine Impulse wieder virulent.

Christian Frings, Köln

Anatomie eines Protestes

Portugal wehrt sich gegen seine Regierung

Im Laufe der beiden letzten Jahre hat sich die internationale Wahrnehmung Portugals stark verändert. War 2011 ein Generalstreik beider grosser Gewerkschaftsverbände noch nahezu unbemerkt passiert — nicht nur im Ausland — so war dies spätestens mit dem iberischen Warn-Generalstreik vom November 2012 ganz anders geworden. Fast 40 Jahre nach der Aprilrevolution ist Portugal wieder ein Land geworden, auf das man schaut — es wird wieder das Lied von Grandola, der dunkelhäutigen Stadt gesungen, wie immer wenn mensch in Portugal zornig und aktiv wird.

Und aktiv sind viele, wie selten zuvor — in den letzten 35 Jahren. Waren es damals, im Zeitraum 1973 bis 1978 die Belegschaften großer Werften, der Metall- und Textilindustrie, die Betriebe besetzten, Fabrikräte unterschiedlichster politischer und gesellschaftlicher Reichweite organisierten, Stadtteilkomitees anregten oder bildeten, so sind es heute immer wieder die „Prekären", die die Meßlatte der letzten Jahre legen. Der März 2011 hatte dafür eine echte Signalwirkung. Ohne dass irgendwelche grossen Organisationen dazu aufgerufen hätten, demonstrierten etwa 300.000 Menschen quer durchs Land, selbst in einer Provinzstadt wie Faro waren es noch 5.000. Wobei zu betonen wäre, dass auch in Portugal „prekäre Arbeit" schon lange nicht mehr nur in bestimmten Branchen verbreitet ist, sondern in allen: Diverse Aktionen — beispielsweise — der Metro-Beschäftigten von Porto waren eben Aktionen von prekär beschäftigten Menschen. Deren massive Beteiligung auch einen wesentlichen Teil des Erfolgs des Streiks vom vergangenen November ausmachte, ein Erfolg, der im Wesentlichen aus zwei Entwicklungsschritten besteht: Seit dem Streik ist klar, dass eine Mehrheit der EinwohnerInnen die Austeritätspolitik ablehnt — und damit ist zweitens auch klar, dass die Situation der Regierung zusehends komplizierter wird.

Unabhängig Abhänginge

Insgesamt, nach offiziellen Statistiken, sind ab dem zweiten Halbjahr 2012 erstmals über 50 % der „Arbeitskraft" (rund 5,5 Millionen Menschen) entweder prekär beschäftigt oder erwerbslos, wobei bei den unter 24-jährigen 40 % erwerbslos sind. Rund 750.000 „unabhängige ArbeiterInnen" (also rund 15 % aller arbeitsfähigen Menschen des Landes) sind dabei. Beispielsweise sind nahezu alle Beschäftigten der Gastronomie solche Unabhängigen — was nichts anderes heisst, als dass sie ihre Sozialversicherung selbst bezahlen müssen und natürlich keinerlei Kündigungsschutz oder Ähnliches haben. Jeweils über 600.000 Menschen sind darüber hinaus entweder Teilzeitbeschäftigte oder LeiharbeiterInnen.

Es haben sich aus dieser Lebenslage heraus zahlreiche Organisationen und Gruppierungen gebildet, die bei der Organisation von Protesten und Widerstand eine bedeutende Rolle spielen, ohne direkt politische Organisationen zu sein. Eher sind das dann gewerkschaftsähnliche Vereinigungen zum einen, wie etwa die Unflexiblen Prekären oder der Euromayday Lisboa; zum anderen — insbesondere im von Kürzungen besonders betroffenen Ausbildungswesen — Zusammenschlüsse von Menschen verschiedener gesellschaftlicher Sektoren, wie LehrerInnen mit Eltern und AktivistInnen aus dem jeweiligen Stadtteil. Zum Teil sind darin gewerkschaftliche Organisationen, vor allem aus der CGTP-Intersindical beteiligt (auch einige des kleineren UGT Verbandes — in Opposition zum eigenen Vorstand), zum Teil wird auch bewusst Distanz gehalten — zu sehr ist die CGTP an der KP Portugals orientiert (auch wenn sie, ähnlich wie der DGB mit CDU-Leuten, immer eine „katholische Fraktion" im Bundesvorstand haben).

Ihre politischen Aktivitäten sehen Gruppierungen wie die oben kurz erwähnten oft weniger bei den Parteien oder Wahlen, mehr in solchen Aktionen wie einer „Volksinitiative für ein Gesetz gegen Prekarität". Mit anderen zusammen hat die Vereinigung zur Bekämpfung der Prekarität die nötigen 40.000 Unterschriften in der vorgegebenen kurzen Frist übertroffen und somit muss der Entwurf des „Gesetzes gegen die Prekarität", das den grössten sozialen Mißständen einen Riegel vorschieben würde, im Parlament entschieden werden. Man kann lange über die Sinnhaftigkeit dieser Initiative diskutieren — hier steht sie zunächst einmal, inklusive der zahlreichen Manöver insbesondere, aber nicht nur, der Mehrheitsparteien, für die politische Wirksamkeit solcher Aktivität.

Kein Vertrauen in Parteien

Bei den letzten Parlamentswahlen beteiligten sich 58,7 % der Stimmberechtigten, wovon 2,5 % leere Wahlzettel abgaben: die Kommunistische Partei erhielt 7,9 %, der Linksblock 5,1 % und die Kommunistische Arbeiterpartei verfehlte mit 1,2 % den Einzug ins Parlament. Offensichtlich ist ein bedeutender Teil der kritisch bis widerständig eingestellten Bevölkerung der Wahl eher fern geblieben, und überhaupt hat die parlamentarische Volksvertretung einiges an Prestige eingebüsst. Dass gerade eben zum zweiten Mal ein verabschiedeter und vom Staatspräsidenten unterzeichneter Haushalt vom Obersten Gericht als in mehreren Punkten nicht verfassungsgemäß beurteilt wurde, wird diesen Prozeß sicher nicht bremsen.


Quelle: Vera Drake

Talfahrt für Portugals Regierung

Dass sich in dieser Situation staatstragende Einrichtungen wie das Oberste Gericht direkt in Widerspruch zur Regierung setzen, oder auch, dass der Rektor der wichtigsten Universität des Landes die Regierung heftig kritisiert, hat auch etwas mit Erscheinungen der Auflösung und vielleicht einer Neuzusammensetzung des bürgerlichen Gesellschaftsblocks zu tun.

Militär sieht Gefahr für die Souveränität

Gerade vor dem Hintergrund der portugiesischen Geschichte wurden die kritischen Stellungnahmen aus Militärkreisen mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgt. Die Vereinigungen Associação de Oficiais das Forças Armadas (AOFA), Associação Nacional de Sargentos (ANS) e Associação de Praças (AP) sahen im März 2013 einen „Pfeiler des Staates" in Gefahr — sich selbst. Die Reduzierung um 8.000 (Berufs-) Soldaten, die in der Debatte stand, sei eine Gefahr für die nationale Souveränität.

Dass diese Kritik auch von Teilen der Linken insofern positiv aufgenommen wurde, als sie fälschlicherweise in eines gesetzt, bzw. verglichen wurde mit der historischen Rolle der Bewegung der Streitkräfte (MFA) im Jahre 1974 zeigt, dass in all den Ländern, die unter dem Austeritätsdiktat der EU insbesondere Deutschlands, zu leiden haben, immer auch nationalistische Strömungen vorhanden sind, die von der Rechten naheliegenderweise leicht besetzt werden können. Denn der „konservative Portugiese" sieht es besonders ungerne, wenn bei Privatisierungsprojekten brasilianisches Kapital erfolgreich mitbietet.

Protest und Tradition

Was damals anders war: Die Mehrheitsfraktion der MFA war 1974 der Sammelpunkt all jener Strömungen gewesen, die sich nicht von Parteien vereinnahmen lassen wollten. Dies betraf auch die KP Portugals, deren Bestreben es damals war, gegen radikalere Kräfte zu mobilisieren. Wer bei den Präsidentschaftswahlen 2011 die KP-Argumentation gegen den vom Linksblock unterstützten unabhängigen Kandidaten Alegre verfolgte — der als Zweitplatzierter knapp unter 20 % der Wählerstimmen hatte, allerdings gerade einmal runde 800.000 — sah sich übrigens durchaus an jene Zeiten erinnert. Damals war das Militär, neben der Geheimpolizei, von vielen als die einzige noch funktionierende staatliche Einrichtung betrachtet worden – alles dies ist heute ziemlich anders.

Die Auseinandersetzungen um solche historischen Rollen haben, ausser bei recht kleinen Gruppierungen, keine Kontinuität. Der Traum vom Wohlstand im einstigen Armenhaus Europas hat vieles eine Generation lang zugeschüttet. Wenn jetzt wieder „Grandola" gesungen wird, ist dies auch eine Besinnung auf Traditionen, die vielfältig sind. Und auch die damalige Parole „pobres nos querem, rebeldes nos terão" (sie wollen uns arm, sie werden uns als Rebellen haben) ist wieder aufgetaucht — mit „prekär" statt „arm".

Helmut Weiss (LabourNet Germany)

Die Welt zu Gast in Paris

Großes Potpourri beim Treffen alternativer Gewerkschaften



Quelle: Andreas Förster

Internationales Treffen der alternativen Gewerkschaften

Paris präsentierte sich frühlingshaft an jenem Abend des 22. März 2013. Nach und nach trafen die Teilnehmenden der internationalen Konferenz im Gewerkschaftslokal von SUD Rail ein. Hier in Saint-Denis, einem Vorort der französischen Hauptstadt, belegt die Eisenbahngewerkschaft die gesamte oberste Etage eines alten Hotels. Mit Blick auf die Seine und auf das schier unendliche Häusermeer ging es reihum, es waren Kolleginnen und Kollegen von allen Kontinenten angereist. Aus der Bundesrepublik nahmen die FAU-Syndikate Berlin und Bonn als Beobachter teil; ebenfalls vertreten waren KollegInnen der IWW, des Arbeitskreis Internationalismus der IG Metall, der Baso (Basisinitiative Solidarität), des Labournet-Projekts und des TIE-Netzwerks.

Am Samstagmorgen begann das Programm pünktlich um 10 Uhr im Saal der Arbeitsbörse von Saint-Denis, wo die CNT-F vor sieben Jahren die Konferenz zum 100-Jahr-Jubiläum der Charta von Amiens, einem Kerndokument des revolutionären Syndikalismus, organisiert hatte. Dieses Treffen nun wurde von der französischen Linksgewerkschaft SUD Solidaires, von der spanischen CGT und der brasilianischen, erst 2010 gegründeten CSP Conlutas ausgerichtet. Debattiert werden sollten die großen Fragen unserer Zeit: Welche gewerkschaftliche Antwort auf die kapitalistische Krise? Welches Verhältnis der Alternativgewerkschaften zu Zivilgesellschaft und anderen sozialen Bewegungen? Wie lässt sich international gemeinsam kämpfen?

Insbesondere die OrganisatorInnen brachten Gedanken ein, die vielleicht nicht der Weisheit letzter Schluss, aber durchaus diskussionswürdig sind. Etwa, dass ein Wiederbeleben des sozialstaatlichen Keynesianismus nicht möglich sei. Dass sich ein Paradigmenwechsel vollziehe, der soziale Rechte nur mehr als Kostenfaktoren betrachte und selbst die repräsentative Demokratie untergrabe und autoritären Tendenzen den Weg ebne. Dass schließlich, mit Blick auf die Umweltkrise, das produktivistische Paradigma ausgedient habe. In diesem sozialen Schlamassel sei es eine zentrale Aufgabe der Gewerkschaften die gesellschaftliche Umverteilung der Arbeit in den Blick zu nehmen. Ein Vertreter der kolumbianischen SINALTRAINAL, die hierzulande durch ihre Coca-Cola-Kampagne bekannt ist, regte an, soziale Fragen wie etwa das Rentenalter auch in Tarifverträgen zu regeln. Erwähnung fand neben einem Mindestlohn auch der Gedanke eines Maximallohnes. Leider fand all das keinen Widerhall, ebenso wenig wie die mehrmals von der IWW angesprochene Organisierung entlang der industriellen Lieferketten eines Firmenkomplexes. Auch am Folgetag jagte in dem großen Saal eine fünfminütige Stellungnahme die andere: ohne internationale Zusammenarbeit ist Widerstand gegen die Krise unmöglich. Meist geschah dies jedoch ohne gegenseitige Bezugnahme, so dass die Konferenz v.a. Sitzfleisch erforderte. Scheinbar sind Austausch und Kooperation das Einfache, das schwer zu machen ist, wie Brecht vom Kommunismus sagte.

Kurz: Die Konferenz verfolgte einen Ansatz wie die syndikalistischen Treffen i02 und i07, war aber weniger gut strukturiert – offenbar mangelte es am Austausch im Vorfeld. Obwohl sich alle Anwesenden auf einen sozial-transformatorischen Gewerkschaftsbegriff bezogen und das Co-Management ablehnten, dürfte das Ziel einer neuen Etappe in der internationalen Koordinierung alternativer Gewerkschaften kaum erreicht worden sein. Auffallend auch, dass die deutschen Gewerkschaften mit keinem Wort Erwähnung fanden – sicherlich zu Recht. Eine schmerzliche Leer- und Schwachstelle bildet diese Situation aber trotzdem.

Andreas Förster

strug·gle ['strʌgl]

Nachrichten von der Klassenfront

China: Hongkonger Hafen liegt lahm

Seit dem 28.3. streiken nunmehr 500 HafenarbeiterInnen, die bei der „Hongkong International Terminals Ltd" (HIT) ihren Lohn verdienen, darunter auch 200 der logistisch sehr bedeutsamen KranführerInnen. Es geht um Gesundheitsschutz, sichere Arbeitsbedingungen, sowie Lohnerhöhungen (von bis zu 20 %), aber auch um ein Ende der Outsourcing-Politik. Die Angestellten des weltwirtschaftlich sehr bedeutsamen Hafens und gleichzeitig einem der profitabelsten chinesischen Unternehmen werden via Subunternehmen angestellt um so Arbeitsbedingungen und Lohnstandards zu drücken. Jeder Streiktag verursacht knapp fünf Mio. US-Dollar Schaden Mittlerweile konnten sich die „Hutchison Port Holdings", welche den Hafen betreibt und die federführenden Gewerkschaften, u.a. die „Union of Hong Kong Dockers" (UHKD) zu Verhandlungen durchringen. Allerdings blieben diese bisher erfolglos. Hinzu kam, dass der Belegschaft unbekannte Gewerkschaften auf einmal mit am Verhandlungstisch saßen – mit weit niedrigeren Forderungen.

Dänemark: Schulpersonal im „Zwangsstreik"

Anfang April - Dänemarks kommunale Behörden blasen zum Angriff: Per Aussperrung von knapp 70.000 LehrerInnen und BetreuerInnen von sämtlichen Gesamtschulen des Landes läuteten sie als Arbeitgeber aktiv einen Arbeitskampf ein. Streitobjekt ist eine umfassende Reform, welche den Unterricht flexibler und länger gestalten soll und das Schulpersonal zu mehr Pflichtstunden drängt. Nachdem sich die Pädagogen weigerten diese anzunehmen, kam es zu der drastischen Maßnahme, deren Länge nicht absehbar ist. Auch rund 900.000 SchülerInnen sind betroffen. Die Gewerkschaften geben sich jedoch selbstbewusst und haben eigenen Angaben zufolge genug Geld in ihren Kassen, um ihre Mitglieder für den Lohnausfall zu entschädigen. Die Regierung mischte sich bislang nicht ein, wahrscheinlich ist jedoch eine staatliche Zwangsschlichtung, kommt es zu keiner Einigung. Anders als in Deutschland sind LehrerInnen in Dänemark nicht verbeamtet, dürfen streiken und sind zu 95 % gewerkschaftlich organisiert.

Polen: Größter Streik seit 1989

Am 26.3 beteiligten sich in Oberschlesien etwa 85.000 ArbeiterInnen an einem Generalstreik. Die Gewerkschaft „Solidarnosc" rief zu der mehrstündigen Aktion auf. Die Folgen waren vor allem im Nahverkehr zu spüren: 105 liegengebliebene Züge, 120 verspätete Busse. Hinzu kam ein Ausstand der LehrerInnen an 160 Schulen, sowie Arbeitsniederlegungen in Industriebetrieben und Bergwerken. Das Forderungspaket der Gewerkschaft umfasst viele wirtschaftliche und politische Aspekte, u.a. Reformen im Schul- und Gesundheitswesen, sowie Maßnahmen gegen eine weitere Prekarisierung des Arbeitsmarktes. „Solidarnosc" hatte 1989 mit rund zehn Millionen Mitgliedern für den Fall der Diktatur gesorgt. Trotz der nunmehr weit unter eine Million liegenden Mitgliederzahlen, kam es landesweit zu kleineren Solidaritätsaktionen. Präsident Tusk zeigt in den wichtigen Punkten kein Entgegenkommen, die anderen verlagerte er in die von vielen GewerkschafterInnen als uneffektiv empfundene „Dreiseitige Kommission", einem Verhandlungsgremium aus Regierung, ArbeitgeberInnen und Gewerkschaften. Anders als der sozialdemokratische DGB sympathisiert „Solidarnosc"-Chef Duda mit dem konsvervativen politischen Lager.

Tunesien: Flüchtlinge im Hungerstreik

Nahe der libyschen Grenze liegt das von 4000 Personen bewohnte Flüchtlingslager Choucha. Letztendlich sind 40 von ihnen seit dem 28.3. vor dem Gebäude der UNHCR, einem Flüchtlingswerk der Vereinten Nationen, in einen Hungerstreik getreten. Im Vorfeld wurden viele Protestbereite von der Armee eingeschüchtert und ließen von ihren Plänen ab. In Tunesien zwar als Flüchtlinge anerkannt, wird den Flüchtlingen der Anspruch auf ein Resettlement-Verfahren verwehrt, das ihnen ein Aufenthaltsrecht in einem sicheren Drittstaat zugesteht. Von UN-Seite verlautete die Begründung, die Zeitspanne zur Einleitung des Verfahrens sei überschritten worden. In dem Camp wohnen hauptsächlich Menschen aus Eritrea, Somalia, dem Tschad oder Nigeria – sie haben u.a. wegen ihrer Hautfarbe mit schweren rassistischen Anfeindungen in den Maghreb-Staaten zu kämpfen.

Zusammengestellt von Redaktion Globales

Der nüchtern-selbstbewusste Blick nach vorne

Wie erfolgreich sind wir eigentlich?

Ein Jahr nach den Aktionstagen M29/M31 gilt es, die spanische und europäische Generalstreikbewegung zu entmystifizieren. Gerade hierauf aber gründet sich die kämpferische Perspektive von Mitgliedern der CNT Galaica, die die Situation in Spanien rückblickend analysieren.



Quelle: Libertinus

Der Traum vom echten Generalstreik: nicht arbeiten - nichts kaufen

Über ein Jahr sind nun sowohl der erste Generalstreik in Spanien 2012 – genannt M29, da er auf den 29. März fiel – wie auch der so genannte „Aktionstag gegen Kapitalismus" M31, da auf den 31. März gelegt, Geschichte. Bilanz wurde jedoch bisher kaum gezogen, obwohl doch beide Ereignisse jeweils als Auftakt kämpferischer Bewegungen interpretiert wurden. Allerdings waren sowohl M29 als auch M31, wie durch die Bezeichnungen schon deutlich wird, als Kampagnen aufgezogen worden, die in den jeweiligen Tagen gipfelten; mithin waren sie so angelegt, nach den Höhepunkten in offene Prozesse zu münden. Somit sind Bewertungen ihrer Wirkungen schwer leistbar. M31 wurde vorerst und unmittelbar sowohl durch innerlinke Debatten wie auch durch die Aktionen des Bündnisses aus linksradikalen, „globalisierungskritischen" und sozialdemokratisch-sozialpartnerschaftlichen Gruppen „Blockupy" gestaltet. Ein tatsächlicher Auftakt zu einer staatskritischen und antikapitalistischen Bewegung, zumal einer europäischen, war M31 jedoch sicherlich nicht.

Aufgrund der vielfältigen Kleingruppen, die zudem oftmals einen klandestinen Charakter aufweisen, die sich rund um M31 engagierten, ist es auch schwer einzuschätzen, in welchem Umfang tragfähige Bündnisse oder arbeitsfähige Netzwerke in Deutschland und Europa daraus entstanden sind; einige solcher Prozesse sind jedoch mit Sicherheit angestoßen worden. Allgemein bleibt durchaus festzuhalten, dass es eine derart beachtete und auch medienwirksame, von staatstragenden Parteien, Gewerkschaften oder funktionärsgesteuerten NGO's unabhängige Mobilisierung lange nicht gegeben hat.

Vielfalt ohne Plan

Jenseits der wohl unvermeidbaren anschließenden ideologischen Grabenkämpfe sowie der notorischen Gewaltdebatte erscheint als eigentliche Lehre, dass staatskritischer Antikapitalismus auf eine ungemein breitere Organisationsbasis gehoben werden muss. M31 war für die letztendlich doch dünnen Strukturen ein Mammutprojekt, das unweigerlich Verschleißerscheinungen mit sich brachte. Natürlich wollte M31 auch genau dies anstoßen – eine verbesserte Organisationskultur innerhalb der undogmatischen und libertären antikapitalistischen Bewegungen – und doch muss dieses Anliegen noch eingelöst werden. Über einen Mangel an inhaltlicher Vielfalt, Aktionsbereitschaft und theoretischem Wissen muss sich innerhalb dieser Bewegungen nicht beklagt werden, und aktuell sind die Ideen und Ansätze allemal. Verbindliche horizontale Organisation ist die Forderung, die als nachklingendes Echo von M31 bestehen bleibt.

Generalstreik als Etappenziel europäischer Bewegungen?

Ein weiteres datumsbezogenes Label war der sogenannte „europäische Generalstreik" am 14. November des letzten Jahres, genannt N14. Neben eintägigen landesweiten und branchenübergreifenden Streiks in Portugal, Spanien, Zypern und Malta gab es vereinzelte, von Spartengewerkschaften oder kämpferischen kleineren Gewerkschaften bzw. Betriebsgruppen getragene Streikaktionen in Italien, Griechenland, Belgien, Frankreich und Großbritannien. Linke Gruppen – von libertär über kommunistisch bis sozialdemokratisch – griffen zudem in jedem EU-Land diesen Tag bei Demonstrationen und Kundgebungen auf. So deutlich wurde die Perspektive eines koordinierten, solidarischen und massenhaften Handelns, welches in seiner Konsequenz sogar zu tatsächlicher Gegenmacht führen könnte, bis dato noch nie seit Beginn der so genannten „Krise" aufgezeigt. Ein großer Schritt nach vorne? Die Einheits- und Kampfesrhetorik, die sowohl GewerkschaftsfunktionärInnen, einige Parteien und eben auch linksradikale Gruppen erfasste, scheint dies zu suggerieren. Der fade Beigeschmack des rein Symbolischen kann jedoch kaum durch süße Revoltenromantik übertüncht werden.

Es erscheint als direkt widersinnig, dass Mittel des „Generalstreiks", hinzu sogar eines europäischen, auf einen einzigen Tag zu begrenzen, wird Unternehmen, Kapital und Staaten doch somit gleichsam die Verlässlichkeit der Ware Arbeitskraft versichert. Nicht Stärke, Kampfeswillen und schon gar kein zielgerichteter Plan in einer politisch-ökonomischen Auseinandersetzung der Gegenseite ihre Position streitig zu machen, schienen in diesem „Generalstreik" durch, sondern die totale Kontrolle der Gewerkschaftsspitzen und Parteien über die kritische Masse der Beschäftigten, aber auch der Arbeitslosen, Schülerinnen und Schüler, der Studierenden und der Ausgeschlossenen und Unzufriedenen, mithin des Gefährdungspotentials für die europäische Machtstruktur. Dies dürfte das deutlichste Zeichen gewesen sein, das sowohl der spanische Generalstreik M29 wie auch der so genannte „europäische" Generalstreik N14 aussandte. Doch dieses Zeichen kann eben auch antagonistisch gedeutet werden: Als deutlicher Fingerzeig, welchen Hebel es umzulegen gilt. Gemäß einer solchen Lesart hieße es, sich von vereinnahmenden Interpretationen solcher großer Aktionen als „Erfolg", der lediglich auf die Anzahl der partizipierenden Menschen zielt, zu emanzipieren und diesen angeblichen Erfolg als das eigentliche Problem zu betrachten.

Die Zeichen der Zeit

In Spanien nehmen sich horizontal organisierte Gruppen, die sich oft kontextbezogen konstituieren und undogmatische antikapitalistische und staatskritische Organisationen genau diesem Problem nun an. Dies war die übergeordnete Botschaft, die von einer Rundreise von Mitgliedern der CNT Galaica, ein Zusammenschluss der CNT-Basisgewerkschaften in der spanischen Provinz Galicien, durch mehrere deutsche Städte ausging. Der von der deutschen Linken und auch dem direkten Umfeld der FAU oftmals heroisierte und romantisierte Charakter von Streiks in Spanien wurde von den Referierenden aufgegriffen und auf sein wirkliches Antlitz zurückgeschraubt: Auch in Spanien sind Streiks, und gerade auch die vergangenen Generalstreiks, im Kern Folklore. Bislang war es sogar üblich, dass sich sogenannte „Streiks" auf eine Demonstration der beiden staatstragenden Gewerkschaften, CCOO (Confederación Sindical de Comisiones Obreras) und UGT (Unión General de Trabajadores), am Vormittag beschränkten und am Nachmittag wieder gearbeitet wurde. Zu M29 mussten diese beiden für die Tarifverhandlungen in Spanien als Leitgewerkschaften fungierenden Organisationen richtiggehend genötigt werden, ging die Kampagne doch von lokalen Initiativen und Betriebsgruppen aus. Doch von einer solchen Appellpolitik gegenüber selbsternannt „zuständigen Stellen" wird sich nun abgewandt. Offizielle Streiks arten immer mehr in wilde Streiks aus und der tradierten Begrenzung eines „Generalstreik" auf einen Vormittag wurde sich bei N14 erstmals massiv widersetzt. In Madrid und Barcelona folgten dem Aufruf der CNT sowohl bei M29 wie auch N14 zu einem eigenen kritischen Block jeweils über 100.000 Menschen – so etwas hatte es seit den 70'er Jahren nicht gegeben. Die mittlerweile in jedem Ort verankerten Basisorganisationen – von Arbeitsloseninitiativen über Zusammenhänge zur Verhinderung von Zwangsräumungen bis hin zu Frauenselbsthilfegruppen – sehen sich nicht mehr in bloßer Opposition zur konservativen Regierung, die es durch eine neue zu ersetzten gelte, sondern eben auch im Widerspruch zum Funktionärswesen der Parteien und Gewerkschaften ganz allgemein. Die horizontale Organisation hat in den verschiedenen Bereichen bereits über zwei Millionen Menschen erfasst. Somit sind UGT und CCOO, die zusammen ebenfalls auf etwa zwei Millionen Mitglieder kommen, keine unschlagbarer Gegner mehr. Auch auf die soziale Basis der CNT selbst wirkt sich dieser Trend aus: In den letzten neun Monaten stieg die Mitgliederzahl allein der CNT Santiago de Compostela, die ebenfalls in der CNT Galaica organisiert ist, um mehr als das Dreifache von 30 auf über hundert Mitglieder an.

Wie unmittelbar die CNT in dem Prozess der horizontalen Massenorganisation eingebunden ist, haben die Demonstrationen anlässlich von M29 und N14 eindrucksvoll bewiesen; sind spanienweit einige Tausend in der CNT direkt organisiert, konnte sie, wie bereits erwähnt, mehrere hunderttausend Menschen in vielen spanischen Städten in Opposition zu den großen Gewerkschaften, Parteien und Staat mobilisieren und wurde somit innerhalb der diffusen „Generalstreikbewegung" zu einem der wichtigsten Akteure überhaupt. Doch die CNT erhebt keinen Führungsanspruch innerhalb der voranschreitenden Selbstorganisation und stellt sich auch nicht die Aufgabe, dem kurzzeitig aufblitzenden gewaltigen Mobilisierungspotential in Sachen Mitgliederzahlen auch nur annährend zu entsprechen. Sie erfüllt vielmehr eine integrale Funktion für die Herausbildung tatsächlicher Gegenmacht durch basisdemokratische Selbstorganisation. Solidarität wird dabei auf ein verbindliches Niveau gehoben und die Arbeit auf möglichst viele Schultern verteilt. Somit aktualisiert dieser Prozess jene Aufforderungen, die von M31 an staatskritische, antikapitalistische Selbstorganisation gerade auch in Deutschland ausgehen sollte.

Marcus Munzlinger

Bummel-Zyprer und Mafia-Kohle

Die Zypernkrise und die sozialen Kämpfe

Ende März war die Zypernkrise in Deutschland das große Thema in den Medien. Die Insel, die bisher vor allem als Urlaubsziel für deutsche TouristInnen bekannt war, nahm im populistischen Krisendiskurs die Rolle Griechenlands ein. Nach dem Gerede von den Pleitegriechen folgte nun die russische Mafia, die angeblich den zypriotischen Bankensektor übernommen hätte. Dabei wird nur einmal mehr deutlich, wie schnell im herrschenden Diskurs kapitalistisches Handeln national aufgeladen wird und umstandslos aus dem allseits hochgelobten unternehmerischen Handeln eine Mafia und kriminelle Seilschaft werden kann.

Wie im populistischen Diskurs üblich, muss man sich um Fakten und Argumente nicht kümmern. Sonst müsste man zuerst feststellen, dass in erster Linie das Diktat der EU-Troika gegenüber Griechenland Zypern in die Krise gestürzt hat. Diese Entwicklung war angesichts der großen wirtschaftlichen Verflechtungen zwischen Griechenland und dem griechischen Teil Zyperns, um den es hier geht, nicht überraschend. Die enge wirtschaftliche Verflechtung mit Griechenland war für die zypriotische Wirtschaft wesentlich wichtiger als die russischen Bankengeschäfte. Auch das Gerede vom aufgeblähten zypriotischen Bankensektor wird von Winfried Wolf hinterfragt.

„Im übrigen ist der Finanzsektor in Zypern nicht wesentlich größer als derjenige in der Schweiz. Er ist bereits kleiner als derjenige in Malta. Er wird von demjenigen in Luxemburg um ein Vielfaches übertroffen", schreibt der der Linkspartei nahestehende Publizist in der Zeitschrift Lunapark.

Wer hat über die Verhältnisse gelebt?

Besonders häufig liest und hört man, dass Zypern über seine Verhältnisse gelebt habe. Mit solchen reaktionären Ideologemen wird suggeriert, dass die gesamte zypriotische Bevölkerung vom Bankensektor profitiert hat und jetzt bloß nicht auch noch auf die Idee kommen soll zu protestieren, wenn sie den Gürtel enger schnallen muss. Solche sozialchauvinistischen Töne, die auch schon im Fall von Griechenland zu hören waren, werden auch von Lohnabhängigen in Deutschland verwendet und dann noch gerne mit dem Hinweis garniert, welche großen Opfer man selbst für den Standort Deutschland bringt und wie wenig Verständnis man daher aufbringt, wenn jetzt an der europäischen Peripherie protestiert und womöglich auch noch gestreikt wird.

Zypriotisch lernen

Tatsächlich könnten die deutschen Lohnabhängigen von den zypriotischen KollegInnen lernen. Denn dort existierte eine kämpferische Gewerkschaftsbewegung mit einem hohen Organisationsgrad, deren Mitglieder in der Lage waren, erfolgreiche Arbeitskämpfe zu führen. Ihre Wurzeln liegen in den Kupferminen der britischen Kolonie Zypern, als sich die Beschäftigten vor nunmehr fast 80 Jahren gegen die miesen und gesundheitsschädlichen Arbeitsbedingungen mit langen Streiks wehrten. Aber auch nach der Unabhängigkeit des Landes blieben die zypriotischen Gewerkschaften ein Machtfaktor und setzten in den 70er Jahren eine automatische Angleichung der Löhne an die Inflationsrate durch, wie er in Italien als „Scala mobile" bekannt geworden war. Diese Erfolge einer kämpferischen Gewerkschaftspolitik werden mit dem dümmlichen Satz, die Zyprioten hätten über ihre Verhältnisse gelebt, denunziert.

Obwohl die EU-Pläne für Zypern zur Entlassung von tausenden Beschäftigten im Bankensektor führte, findet man kaum deutsche Übersetzungen von Erklärungen der Gewerkschaft der Bankangestellten auf Zypern.

Quelle: Sebastian Fuss



Zuerst wird nun bei der Infrastruktur gespart

Dabei sollte eine linke Antwort auf den deutschen Euronationalismus statt in ethnisierenden und hohlen Parolen a la „Solidarität mit Griechenland" oder „Solidarität mit Zypern" in der Unterstützung der Kolleginnen und Kollegen bestehen, die sich gegen die Verschlechterung ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen durch die EU-Politik wehren. Lediglich die FAU Frankfurt/Main hat im Rahmen des M31-Bündnisses einen solchen Vorschlag gemacht, der in einem Großteil auch der außerparlamentarischen Linken ignoriert wird.

Peter Nowak

Gewerkschaftslandschaft in Zypern

Im griechischen Teil Zyperns gibt es zwei große Gewerkschaftsbünde, die PEO (Gesamtzyprischer Gewerkschaftsbund) und die SEK (Zyprischer Gewerkschaftsbund) sowie einen kleineren Gewerkschaftsbund, die DEOK (Demokratische Arbeiterföderation).
Wichtige Einzelgewerkschaften sind darüber hinaus die der ArbeitnehmerInnen im öffentlichen Dienst, der Bankangestellten und LehrerInnen. In ihren Gründungsgeschichten beziehen sich die Gewerkschaften auf die britische Kolonialgeschichte Zyperns und somit auf die Repression und die Verbote der Gewerkschaften.
Die beiden großen Gewerkschaftsbünde sind ähnlich groß. Laut offiziellen Angaben hat die PEO 81.500 und die SEK 71.600 Mitglieder. Die PEO wurde ursprünglich 1941 gegründet, änderte jedoch ihren Namen im Jahr 1946, als die damalige britische Kolonialregierung die Organisation für illegal erklärte und verbot. Sie ist nach wie vor im linken politischen Spektrum angesiedelt. Die 1943 gegründete SEK steht den Parteien der politischen Rechten und der Mitte näher. Der dritte Gewerkschaftsbund (DEOK) mit 8.800 Mitgliedern hat Verbindungen zur sozialdemokratischen Partei. Gewerkschaften, die keinem Gewerkschaftsbund angeschlossen sind, sind vor allem die Gewerkschaft für den öffentlichen Dienst PASYDY mit 16.400 Mitgliedern, die Gewerkschaft für Bankangestellte ETYK mit 9.700 Mitgliedern, die Gewerkschaft für Sekundarschullehrer OELMEK mit 4.600 Mitgliedern und POED, eine weitere Lehrergewerkschaft mit 4.500 Mitgliedern.

Eiserne Privatisierung – auch ohne Lady

Angestellte und Studierende in Brighton wehren sich

Die Besetzung gegen die Privatisierung an der University of Sussex dauerte ganze 55 Tage an. Am 2. April 2013 wurde das besetzte Konferenzzentrum der größten Universität von Brighton in Südengland schließlich durch mehrere GerichtsvollzieherInnen, ein Großaufgebot der Polizei und zahlreiche private Securities gewaltsam geräumt. Zu diesem Zeitpunkt befanden sich noch 25 UnterstützerInnen von Occupy Sussex in den besetzten Räumen; vier von ihnen wurden vor Ort festgenommen.

Im Kampf gegen den Sozialstaat, der - wie Margaret Thatcher es einst formulierte - Faulheit fördere und Selbstverantwortung untergrabe, hat die Regierung von James Cameron auf alt Bewährtes zurückgegriffen: Privatisierung und Outsourcing.

Am 7. Februar hatten Studierende das Konferenzzentrum auf dem Campusgelände besetzt, um gegen die geplante Privatisierung von 235 Service-Stellen der University of Sussex zu protestieren. Im Rahmen von internen Sparmaßnahmen hatte die Universitätsleitung beschlossen einen großen Teil der Dienstleistungsjobs auf dem Campus der Universität zu kündigen und an externe Unternehmen auszulagern. Bereits Ende 2012 wurden zahlreiche kleinere Protestaktionen dagegen durchgeführt, von denen sich die Geschäftsleitung der Universität allerdings unbeeindruckt zeigte. Die Forderung der betroffenen Angestellten und der solidarischen Studierenden um einen Dialog blieb von Vizekanzler Michael Farthing und Leitung unbeantwortet.

Die Liste der gefährdeten Jobs ist lang: von der Betreuung der Studierendenunterkünfte über Reinigungskräfte und Mensa-Angestellte bis hin zur Abfallbeseitigung und diversen Sicherheitseinrichtungen auf dem Campus. Die gegenwärtigen Pläne der Geschäftsleitung stehen in einer Reihe mit bereits durchgeführten Teil-Privatisierungen von Einrichtungen der Universität und zukünftig geplanten weiteren Umstrukturierungen nach den Bedürfnissen des Marktes. Davon wird langfristig auch die Qualität von Lehre und Studium betroffen sein. Ein Großteil der Studierenden sprach sich in einer Umfrage bereits gegen die Outsourcingpläne der Uni aus. 70 % der 800 Befragten befanden sie für falsch.

Angestellte und Studierende der University of Sussex wehren sich gemeinsam: neben der spektakulären zweimonatigen Besetzung gab es mehrere temporäre Besetzungen von Hörsälen und zahlreiche Demonstrationen. Die größte mit über 1000 Teilnehmenden fand am 25. März statt. Bei dieser Gelegenheit wurde auch eine eigens für die Belange der 235 betroffenen Beschäftigten gegründete Campus-Gewerkschaft, eine sogenannte „Pop-Up Union", ins Leben gerufen. Vergleichbar mit Basisgewerkschaften handelt es sich dabei um eine selbstorganisierte Vertretung der Angestellten des Campus, die sich bis dahin von keiner anderen Gewerkschaft wirklich vertreten fühlten.

Der zunehmend repressive Umgang der Universitätsleitung mit den Protesten hat zu einer breiten Solidarisierung mit den AktivistInnen und der 325-Kampage weit über die Universität hinaus geführt. Internationale Solidaritätserklärungen erreichen täglich die Universität und die neu gegründete Initiative gegen Privatisierung. Neben Noam Chomsky zeigte sich auch der griechische Linkspolitiker Alexis Tsipras solidarisch mit dem Protest.

Nach der Räumung kündigte die Initiative gegen Privatisierung an, dass das Ende der Besetzung nicht das Ende der Proteste bedeute und weitere Aktionen folgen werden.

„Mit den spontanen Besetzungen zeigen wir den Investoren, dass sie hier auf dem Campus nicht willkommen sind. Alle Investoren, die Interesse daran haben hier Verträge abzuschließen, sollten unsere Aktionen als Warnschuss betrachten", kommentiert ein Aktivist die Proteste an der Universität.

Mittlerweile haben auch die bürgerlichen Gewerkschaften von der Brisanz des Konfliktes erfahren und denken offen über einen Streik an der Universität nach. Den AktivistInnen auf dem Campus geht dieses Geplänkel nicht weit genug. Sie setzen weiterhin auf direkte Aktionen.

Joe Faraway

Meldungen aus der IAA

CNT (Spanien)
Allgemeines:
Vergangenen Monat legte die CNT eine Anklageschrift gegen den von Franco begangenen Massenmord vor. Damit schließt sie sich der Anklage argentinischer und anderer Organisationen an, deren Ziel es ist die Täter aus der Zeit von 1936-1977 zur Verantwortung zu ziehen. Außerdem möchte die CNT die Repression ans Tageslicht bringen, welche die libertäre Bewegung in Spanien in dieser Zeit erleiden musste. 40 Jahre Franco bedeuten nach Schätzungen 50.000 Tote durch Erschießungskommandos, 73.000 Ermordete im Hinterland, 30.000 Vertreibungen, 500.000 Gefangene in Konzentrationslagern, von denen 10.000 starben, 300.000 Menschen in Gefängnissen und eine unschätzbare Anzahl an Vergewaltigungen, Entführungen und Zwangsabtreibungen.

Caceres und Vall d'Albaida:
Zwei neue Syndikate der CNT wurden gegründet, eines bei IT-Firma Soluciones Infytel in Caceres (Extremadura) und ein weiteres bei La Costera in Vall d'Albaida (Valencia), einem Unternehmen für ambulante Betreuung. In beiden Fällen haben die Gewerkschaften den Unternehmen ihre Forderungen bereits vorgelegt. La Costera willigte auf die Forderungen ein.

Madrid:
Die sozialpartnerschaftlichen Gewerkschaften CCOO, UGT und USO unterzeichneten ein gemeinsames Papier mit Spaniens größter Fluglinie Iberia, die momentan in Einzelteile zerschlagen und dann an British Airways verkauft wird. Damit hintergeht sie die aktuellen Mobilisierungen, Streiks und Proteste. Dem Abkommen nach werden nun 666 weniger ArbeiterInnen entlassen als zuvor, d.h. es werden jetzt 3.141 ArbeiterInnen entlassen und der Rest der Belegschaft hat mit Gehaltskürzungen im Bereich von 7 %-14 % zu rechnen. Zu den Gewerkschaften, die den Vertrag nicht unterzeichneten, gehören CNT, CGT, CTA und CESHA.

Sevilla:
Der Arbeitskampf bei der Restaurantkette Telepizza geht weiter. Im Januar entließ das Unternehmen drei Mitglieder der CNT, welche die Einhaltung des Tarifvertrages und andere Rechte eingefordert hatten. Seit dieser Zeit gab es Protestposten und Demonstrationen in ganz Spanien, aber auch in anderen Ländern, in denen die IAA mit einer Sektion vertreten ist.

Massenstreik, (Links-)Partei und Gewerkschaften

Manchmal kommen sie wieder: Zur Kontinuität der Massenstreikdebatte

Aufrufe zum Generalstreik in Spanien am 14.11.2012

Quelle: generalstrike.org

Vielleicht erst mal die erfreulichen Nachrichten: Das Streikaufkommen in Deutschland hat sich im Jahr 2012 deutlich erhöht: es haben sechs Mal so viele Menschen an Streiks teilgenommen wie 2011 und die Zahl der ausgefallenen Arbeitstage hat sich verdoppelt. Das ist durchaus mehr als nur ein Zufall, weil entsprechende Tarifrunden anstanden: Entsprechend hohe Streikzahlen konnten die Gewerkschaften hierzulande seit 2008 nicht mehr vorweisen, vorweggegangen war eine kleine „Streikwelle" seit 2006, aus der vor allem der einjährige Konflikt beim Düsseldorfer Flughafen-Caterer „Gate Gourmet" in Erinnerung ist.

Dass der Streik wieder im Aufwind ist, scheint auch im globalen Kontext deutlich: Steven Colatrella machte 2011 in der *Wildcat* darauf aufmerksam, dass wir uns in einer globalen Streikwelle befinden,[1] die Rebellionen in Ägypten und Tunesien wurden durch mächtige (wenn auch erst mal gescheiterte) Streikbewegungen im Textil- bzw. Bergbausektor angestoßen. Und spätestens nach dem grenzüberschreitenden Generalstreik am 14. November 2012 scheinen alle Dämme gebrochen: Der Generalstreik steht offenbar wieder auf der Tagesordnung und er könnte, so die allgemeine Hoffnung, systemverändernd wirken.

Das Ende der Generalstreiks

Allerdings sind die Generalstreiks in Südeuropa durchaus nicht als kraftvolles Zeichen zu bewerten, sondern tatsächlich sind sie eher ein wütendes Symbol der Ohnmacht. Das Forschungsteam von Kerstin Hamann, Alison Johnston und John Kelly hat die Generalstreiks in Europa seit den 1980er Jahren untersucht.[2] Dabei stellen sie fest, dass die Generalstreiks der letzten zwei Jahre allein in Griechenland eine höhere Anzahl erreichen als die Generalstreiks in ganz Europa während der 1980er Jahre. Aber: Die ca. 20 Generalstreiks der 1980er Jahre waren allesamt in ihren Forderungen erfolgreich, während die aktuellen Generalstreiks in Südeuropa bislang keinerlei Veränderungen der Politik zur Folge haben. Hamann u.a. bemerken, dass es einen Trend weg von „ökonomischen" Streiks hin zu politischen Warnstreiks auch deswegen gibt, weil die klassischen Streiks zunehmend bei den Unternehmen auf Granit beißen – das ist weniger zu vergleichen mit einer Massen- oder Generalstreikbewegung wie etwa in Russland 1905, als eher in den Bestrebungen der Callcenter-Gewerkschaft DPV-Kom (im Deutschen Beamten-Bund), für Callcenter-AgentInnen mehr Lohn in Form eines Antrags auf Mindestlohn nach dem Mindestarbeitsbedingungengesetz zu erbitten, weil aufgrund der schwachen Organisierung (auf Unternehmens- wie auf Arbeiterseite) ein Arbeitskampf aussichtslos erscheint. Die südeuropäischen Generalstreiks sind also erstens ein Ausweichmanöver aufgrund mangelnder Arbeitermacht, zweitens größtenteils erfolglos und drittens sind sie in ihrer Form weniger tatsächliche Streiks als eher Demonstrationen eines Generalstreikswillens – vergleichbar einem Warnstreik, dem auch nur selten ein längerer Streik folgt. Die *Wildcat* machte kürzlich darauf aufmerksam, dass in den griechischen Generalstreiks „nur wenige wirklich gestreikt" haben und der „Zyklus der Generalstreiks in Griechenland" vorbei sei.[3]

Aber auch wenn die Generalstreiks in ihrer Wirkung massiv überschätzt oder nach einem Mythos bewertet werden, haben sie gemeinsam mit dem globalen Streik eine bestimmte Wirkung entfaltet, die durchaus nicht zu unterschätzen ist: Die Debatte über Streiks ist stark politisiert. In den vergangenen Monaten fanden diverse Tagungen zum Thema „Streik" statt, die Rosa-Luxemburg-Stiftung und ver.di haben in Stuttgart mit nahezu 500 Beteiligten, zumeist StreikaktivistInnen, die „Erneuerung des Streiks" diskutiert,[4] das Sächsische Industriemuseum in Chemnitz debattierte im April über Streiks in der DDR und in Westdeutschland im Vergleich.[5] Der Tagung „Erneuerung durch Streik" sollen entsprechende Regionaltagungen folgen und die DGB-nahe Hans-Böckler-Stiftung lädt im Juni in Hamburg zu einer Streiktagung, auf der der internationale Aspekt diskutiert werden soll.[6] Ein Wiesbadener Linksparteiler initiiert eine Kampagne für die „Legalisierung" des politischen Streiks,[7] in Publikationen werden in diesem jubiläumsreichen Jahr der Generalstreik vom 17. Juni 1953, die Metallerstreiks des Jahres 1963 und die migrantisch geprägten „wilden" Streiks der Jahre 1972 und 1973 thematisiert. Auch wenn das Streikgeschehen in Deutschland trotz steigender Zahlen immer noch marginal ist – der Streikdiskurs feiert fröhliche Urstände: Wir befinden uns mitten in einer neuen Massenstreikdebatte.

Ein Blick zurück

Obwohl tatsächlich eher von Generalstreiks als von Massenstreiks die Rede ist, scheint der Begriff der „Massenstreikdebatte" eher zu passen. Denn der historische Aspekt eines sozialen Generalstreiks, einer generellen Arbeitsniederlegung als revolutionärem Mittel also, taucht in den aktuellen Debatten kaum auf. Vielmehr handelt es sich tatsächlich um eine Diskussion zwischen sozialdemokratischen Richtungen, die, wie in der historischen Massenstreikdebatte, über die Möglichkeiten, durch Streik die Politik zu beeinflussen, diskutieren. Daher könnte es sich lohnen, mal wieder einen Blick in die klassischen Texte dieser Debatte zu werfen, und zwar aus verschiedenen Gründen vorrangig in Rosa Luxemburgs *Massenstreik, Partei und Gewerkschaften*.[8] Auch wenn es eine Vielzahl lesenswerter zeitgenössischer anarchistischer und syndikalistischer Beiträge zur Generalstreiksdiskussion gibt, so ist Luxemburgs Beitrag aufgrund des Fokus, den sie setzt, für die aktuelle Diskussion noch einmal besonders heranzuziehen: Die anarchistischen KlassikerInnen erläutern zumeist die Generalstreikstrategien und beweisen sich dabei manchmal als wissenschaftlich sehr modern, wenn man z.B. bedenkt, dass sie mit einer Idee vom Generalstreik an strategischen Punkten (z.B. bei der Eisenbahn) den Gedanken einer veränderbaren Klassenzusammensetzung sowie die wesentlichen Punkte einer Arbeitermacht (Transport und Kommunikation) vorwegnehmen.[9] Aber sie berufen sich dabei auf eine Situation, in der die Bereitschaft für einen Generalstreik bereits vorhanden ist und weniger darauf, wie sich diese herstellt. AnarchistInnen, wie die für den Massenstreik votierenden SozialdemokratInnen, die Rosa Luxemburg kritisiert, halten eine solche Situation für von außen herstellbar. Die klassischen anarchistischen Beiträge argumentieren, dabei durchaus Luxemburg nicht unähnlich, dass man eben keine alle ArbeiterInnen umfassende Massenorganisation brauche, um einen Generalstreik durchzuführen – das war noch die Meinung, die Marx gegenüber Bakunin vertreten hatte. Arnold Roller z.B. hält dem entgegen, dass mit einem solchen durchorganisierten Proletariat der Generalstreik gar nicht mehr nötig wäre.

Es sind aber letztlich drei Aspekte, die gerade das Luxemburgsche Denken für die heutige Situation besonders fruchtbar machen: Zum einen unterscheidet Rosa Luxemburg im Massenstreik den Demonstrations- vom Kampfstreik. Damit wendet sie sich gegen jene sozialdemokratische Tendenz, die den Massenstreik ausrufen will, um z.B. das Wahlrecht durchzusetzen oder aber auch einen künftigen Weltkrieg zu verhindern – unnötig, 99 Jahre nach Ausbruch des Ersten Weltkriegs darauf hinzuweisen, dass diese Debatte offenbar kaum etwas anderes war als ein theoretisches Spielchen (auch wenn dies für Rosa Luxemburg selber natürlich nicht gilt). Sollte eine Parteiführung in einem solchen Fall zu einem Streik aufrufen, so sei dies letztlich nur eine Demonstration der politisch organisierten ArbeiterInnen. Diese Situation finden wir vorrangig bei den ein- oder zweitägigen Generalstreiks in Südeuropa vor. Es scheint weniger um den eigentlichen Kern des Streiks – die Arbeitsniederlegung mit dem Ziel ökonomischen Schaden anzurichten – zu gehen, als vielmehr darum, den Protest in der Öffentlichkeit zu zeigen.

Mit dieser Kritik einher geht Rosa Luxemburgs theoretische Weigerung, den wirtschaftlichen und den politischen Streik als zwei getrennte Kategorien zu sehen. In einer tatsächlich revolutionären (oder auch nur rebellischen) Situation wechseln sich wirtschaftlicher und politischer Charakter eines Streiks ab. Was begonnen hat als Kampf für eine kürzere Arbeitszeit oder mehr Lohn kann umschwenken in politische Forderungen – und andersherum. Letztlich geht es aber in Streiks immer um die Verbesserung der eigenen kollektiven Lage – die Frage ist lediglich, wie weit das Kollektiv gefasst wird. Auch hier kann die Parallele zu heute ohne Weiteres gezogen werden: Der Aufruf zu einem Generalstreik aus Solidarität wird keinen Widerhall finden, wenn kein Erfahrungsaustausch stattfindet und damit das Wissen über eine gemeinsame Situation nicht zirkuliert.

Und nicht zuletzt, das scheint mir der wesentliche Punkt in der Argumentation Rosa Luxemburgs zu sein: Ob man streikt oder nicht, ist erst zu allerletzt eine politische Abwägung. Hand auf's Herz, liebe LeserInnen: Wer von euch hat schon mal gestreikt und wie oft? Und wenn ja, dann warum?

„Die Arbeiterklasse hat gestreikt, als es ihre Theoretiker für unmöglich hielten, und oft nicht gestreikt, als die Theoretiker von der Notwendigkeit eines Streiks überzeugt waren" konstatiert Edgar Weick bereits 1971[10] – und nichts anderes will auch Rosa Luxemburg sagen. Den besagten „Theoretikern" fehlt lediglich ein sozialpsychologischer Aspekt in ihren theoretischen Überlegungen, der eigentlich sehr simpel ist. Letztlich wird ein Streik nicht auf einer Betriebsvollversammlung oder in einer Urabstimmung entschieden, sondern zu Hause am Küchentisch, im familiären Verband, der WG oder der Kommune. Dass ein Streik immer erst mal einen ökonomischen Verzicht bedeutet, und zwar erst recht, wenn es sich um einen nicht von der Gewerkschaft unterstützen, also einen sogenannten „wilden" Streik handelt, kommt in den meisten strategischen Erwägungen schlicht nicht vor.

Mythos Politischer Streik

Zumindest bezüglich des letzten Aspekts scheint die Initiative des „demokratischen Sozialisten" Veit Wilhelmy aus Wiesbaden erst mal Sinn zu machen: Wenn „politische" Streiks von den DGB-Gewerkschaften mitgetragen werden, damit auch Streikgeld gezahlt würde, könnte die Streikbereitschaft aus ganz profanen Gründen steigen. Wir müssen uns aber mal vergegenwärtigen, was das bedeuten würde: Der politische Streik würde dann stattfinden, wenn eine Gewerkschaft dazu aufrufen würde. In Einzelfällen kann das sinnvoll sein, wenn es um arbeitsrechtliche Fragen oder um soziale Standards geht, für die sich Gewerkschaften traditionell einsetzen und für die bislang nur deswegen nicht gestreikt wird, weil sie nicht Thema von Tarifverhandlungen sind. Angesichts der momentanen Politik der Gewerkschaften im DGB wird man aber keinen Solidaritätsstreik mit den ArbeiterInnen Südeuropas erwarten dürfen. Am 14. November 2013 gab sich der DGB nur unter Zugzwang für Solidaritätskundgebungen her, da der EGB (Europäischer Gewerkschaftsbund) dazu aufgerufen hatte. Dieser Solidaritätsaufruf war ebenfalls nur deswegen zustande gekommen, weil die südeuropäischen Gewerkschaften mit einem eigenen Konkurrenz-Dachverband gedroht hatten.

Und, um ganz polemisch zu werden: Die vollständige Legalisierung des politischen Streiks bei gleichzeitigem Streikmonopol der DGB-Gewerkschaften könnte auch Streiks für mehr Rüstungsindustrie, eine Verlängerung der Atomkraftnutzung oder den nächsten Auslandseinsatz der Bundeswehr bedeuten. Ein „politischer Streik" ist nicht per se ein politisch sinnvoller Streik. In jedem Fall wären solche politischen Streiks, wie sie Wilhelmy

Anmerkungen

[1] Stephen Colatrella: In unseren Händen liegt eine Macht. Eine weltweite Streikwelle, Sparprogramme und die politische Krise der Global Governance. In: *Wildcat* 90/ Sommer 2011. S.53 – 60.
[2] Vgl. u. a. Kerstin Hamann, Alison Johnston, John Kelly: *Unions against Governments: Explaining General Strikes in Western Europe, 1980 – 2006*. papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=1900035
[3] Griechenland: Kämpfe in der Krise. In: *Wildcat* 94, Frühjahr 2013. S.24 – 27.
[4] Siehe www.rosalux.de/documentation/46538/erneuerung-durch-streik.html
[5] Siehe www.saechsisches-industriemuseum.de/_html/infothek/flyer_tagung_ab.pdf
[6] Siehe www.boeckler.de/34402_42583.htm
[7] Siehe politischer-streik.de, vgl. auch Peter Nowak: In der Defensive. In *DA* 215, Januar/Februar 2013.
[8] Rosa Luxemburg: Massenstreik, Partei und Gewerkschaften. [1906]. In: Dies.: *Schriften zur Theorie der Spontaneität*. Reinbek 1970. S.89 – 161.
[9] Etwa: Roller, Arnold: *Der soziale Generalstreik*. Berlin 1904.
[10] Edgar Weick: Theorien des Streiks. S.98. in: Schneider, Dieter: *Zur Theorie und Praxis des Streiks*. Frankfurt a.M. 1971. S.97 – 154.

und seinen MitstreiterInnen vorschweben, lediglich Demonstrationsstreiks im Luxemburgschen Sinne.

Das Wiesbadener Vorpreschen in dieser Frage ist dementsprechend durchaus umstritten. Insbesondere aus der IG Metall kommt die Kritik, dass die Frage des politischen Streiks keine juristische, sondern eine praktische ist. Das politische Streikrecht könne man nicht vom Staat erbitten, sondern der Staat werde es irgendwann gewähren müssen, wenn es zu politischen Streiks im größeren Ausmaße kommt. Das klingt zwar einerseits durchaus vernünftig, muss aber andererseits auch verstanden werden als Ablehnung des politischen Streiks – denn selbstverständlich ist den FunktionärInnen der IG Metall ganz klar, dass es zu dieser Situation so schnell nicht kommen wird.

Eine harschere Kritik, die ernst zu nehmen ist, äußert der Arbeitsrechtler Rolf Geffken:[11] Denn so eindeutig, wie der „Wiesbadener Appell" es impliziert, ist ein vermeintliches Verbot des politischen Streiks gar nicht – vielmehr gibt es quasi keine Regelung. Eine Kampagne, die ein Verbot behaupte, wo es doch lediglich um Rechtsauslegungen ginge, sei insofern bedenklich, als dass es dazu beitragen könne, dass die Rechtsprechung der Auffassung, politische Streiks seien verboten, folgt.

Das ist vor allem dann fatal, wenn wir uns auch hier erneut auf die Luxemburgsche Differenzierung besinnen: Streiks sind nicht einfach mal „politisch" und mal „ökonomisch", sondern immer beides und schwanken auch innerhalb eines Streiks zwischen beiden Polen. Die Bedrohung, die Rolf Geffken sieht, ist also nicht nur, wie in der IG Metall-Position, auf zukünftige „politische" Streiks gerichtet, sondern auf den Streik als Ganzen, der juristisch zu einem politischen erklärt und dann verboten werden könnte – „nur der Streik (hilft) das Streikrecht zu sichern" ist das Fazit Rolf Geffkens.

Veit Wilhelmy ist nicht der einzige, der ein entsprechend zu kurz greifendes Verständnis des „politischen Streiks" hat: Lucy Redler hat 2004 ihre Diplomarbeit zum Thema „Politischer Streik in Deutschland nach 1945" geschrieben und diese Arbeit 2007 im Neuen ISP-Verlag veröffentlicht. Ihr letztes Beispiel für einen „politischen Streik" ist dabei die symbolische fünfminütige Arbeitsniederlegung gegen Aufrüstung im Jahr 1983.[12]

Bedenkt man den Luxemburgschen Hinweis, findet man auch in Deutschland weitaus mehr Streiks mit politischem Charakter, unter ihnen sogar Streiks, die den Begriff „Generalstreik" durchaus verdienen: Das ist zum einen der bizonale Generalstreik am 12. November 1948, der als Hungerprotest auch ein Protest gegen „politische Preise" war und in seinen Sozialisierungs- und teilweise Entnazifizierungsforderungen politischen Charakter annahm[13] und zum anderen das ostdeutsche Pendant, der Arbeiteraufstand am 17. Juni 1953, der sich deutlicher als jeder andere Streik nach 1945 in Deutschland als ein Streik gegen kapitalistische Rationalisierungslogik (Normerhöhung) und gegen den Staat wendete.[14] Aber auch jenseits dieser zwei „großen Generalstreiks" waren Streiks immer wieder politisch: Der Metallarbeiterstreik in Baden-Württemberg des Jahres 1963 wendete sich nicht nur gegen die „Maßhalten"-Parolen Ludwig Erhardts (dem erklärten Vorbild Sarah Wagenknechts), sondern war ebenfalls früher Protest gegen die geplante Notstandsgesetzgebung und damit Vorläufer der 1968er-Bewegung.[15] Nicht zuletzt ist der Streik gegen die geplante EU-Hafenrichtlinie „Port Package II" im Jahr 2006 zu nennen: Obwohl kaum öffentlich bekannt, war dieser Streik eine europäisch koordinierte Aktion und damit Vorläufer des Generalstreiks vom 14. November 2013, als Streik gegen eine geplante Gesetzgebung trug er eindeutig politischen Charakter und die Repression war marginal – zugegebenermaßen auch deswegen, weil nicht gegen die Unternehmen gestreikt wurde, sondern diese im Gegenteil Proteste gegen die EU-Richtlinie begrüßten.

Mythos Generalstreik

Die Generalstreikwelle, die über Südeuropa rollt, feuert diese Debatten über ein politisches Streikrecht in Deutschland an. Dabei werden hier mindestens Äpfel mit Birnen verglichen, wenn nicht sogar wesentlich Unvergleichbareres. Es ist ein Unterschied ums Ganze, ob Krisenbetroffene – in Griechenland z.B. vor allem Beamte, Angestellte des Öffentlichen Dienstes und prekär beschäftigte AkademikerInnen – einen Generalstreik organisieren oder ob z.B. FacharbeiterInnen für oder gegen irgendein Gesetz streiken: Weder



Quelle: RSB

Soliaktion mit dem europäischen Generalstreik

kann man die Generalstreiks mit dem „politischen Streik" in eins setzen, noch können sie als Beispiel für einen politischen Streik in diesem Sinne herhalten. Politische Streiks sind sie vielmehr in dem Sinne, dass die Thematisierung der eigenen wirtschaftlichen und sozialen Situation auch politisch ist und politisch gestaltet (bzw. mißgestaltet) wird. Wenn sich einige Strömungen des „demokratischen Sozialismus" aus diesem Generalstreikgeschehen eine höhere „politische" Streikbereitschaft auch in Deutschland erhoffen, dann liegen sie weit daneben.

Die sich heute in der Linkspartei entsprechend äußernden Parteimitglieder müssen sich die Vorwürfe anhören, die in der „Massenstreikdebatte" den AnarchistInnen vorbehalten waren: Sie mythologisieren den Generalstreik, machen aus ihm einen Kampfmythos, wie George Sorel ihn beschrieben hat[16] – obgleich es sich doch lediglich um recht steife Rituale handelt.

Auf Deutschland ist das nicht übertragbar: Und zwar nicht deswegen, weil es hier keine entsprechende Tradition des Generalstreiks gäbe, sondern weil diese Tradition erstens eine andere ist – sowohl 1948 wie auch 1953 orientieren sich eher an dem Generalstreik gegen den Kapp-Putsch als an eine südeuropäische Tradition – und zum zweiten auch, weil diese Tradition dennoch verschüttet ist – der 1948er Streik kommt in der Geschichtsschreibung nicht vor, der 1953er Streik wurde vom westdeutschen Staat radikal uminterpretiert zu einem Volksaufstand, der bis 1990 als „Tag der deutschen Einheit" herhalten musste. „(N)icht ohne Grund ist der Arbeiteraufstand in der DDR vom 17. Juni kein Feiertag mehr: Dieser Tag war während des Kalten Krieges ein ideales Instrument der westdeutschen Oberschichten, eine Legitimations-Krücke, mit der sich das postfaschistische Staatsfragment über seine braunen Flecken hinwegsetzen und höhere demokratische Weihen verleihen konnte. Nach 1989 wollte man diesen gefährlichen, weil andere Motive in sich bergenden Feiertag loswerden (...)" kommentiert Gregor Kritidis.[17] Die Geschichtsschreibung des Generalstreiks in Deutschland wurde von oben getilgt, denn, anders als die südeuropäischen Gewerkschaften, kannten die ArbeiterInnen hier den Generalstreik nur als Kampfstreik, nicht als Demonstrationsstreik.

Trotz alledem ist es selbstverständlich sinnvoll und wichtig, auch die Generalstreiks in Südeuropa solidarisch zu begleiten. Das ist und bleibt aber ein symbolischer Akt, der keinem einzigen Griechen, Spanier, Portugiesen oder Zyprioten tatsächlich hilft. Er ist schon deswegen notwendig, weil man sich – trotz Ablehnung des Nationalstaatsprinzips – „seiner" oder „ihrer" Regierung dermaßen schämt, dass man auch selber das Bedürfnis hat, zu zeigen „Wir sind hier im Norden nicht alle so!" Die deutsche EU-Politik wird das aber nicht ändern.

Die „wirkliche Bewegung"

Aber die reine Übertragung südeuropäischer Generalstreiks auf mittel- und nordeuropäische Verhältnisse ist nicht die einzige Option, die in Protesten und deren Reflexion bleibt. Die erfreuliche Initiative der Rosa-Luxemburg-Stiftung und von ver.di Stuttgart zu der Konferenz „Erneuerung durch Streik" Anfang März 2013 zeigt, dass es ein erheblich gestiegenes Interesse am Streikgeschehen gibt. Die Streikkonferenz in Stuttgart zeichnete sich dadurch aus, dass sich die StreikforscherInnen größtenteils angenehm zurückhielten und das Wort den StreikaktivistInnen überließen, die zahlreich angereist waren. Insofern war die Konferenz weniger eine wissenschaftliche Debatte über das Phänomen Streik als vielmehr ein Erfahrungsaustausch, vor allem unter StreikaktivistInnen, aber auch zwischen diesen und kritischen WissenschaftlerInnen. Von „politischen Streiks" war hier nun nicht mehr die Rede, wohl aber von der „Politisierung" von Streiks – das ist aber etwas ganz anderes, nämlich die sinnvolle Strategie, Arbeitskämpfe zum Politikum zu machen und die entsprechenden Themenfelder zu besetzen. Auch das weist darauf hin, dass die Warnung Rolf Geffkens sehr angebracht ist. Eine Streikbewegung kann nicht abstrakt von oben diktiert werden, dann wird sie zu einem Streikritual, das sich von den alljährlichen Tarifritualen nicht mehr unterscheidet.

Werfen wir einen Blick zurück auf die Kämpfe der letzten Jahre, so werden wir feststellen, dass es in den spektakuläreren Arbeitskämpfen – Opel Bochum, Gate Gourmet, AEG, Bosch-Siemens-Haushaltsgeräte – fast immer um Betriebsschließungen, Betriebsübergänge, Entlassungen und Kürzungen ging – fast ausnahmslos um defensive Kämpfe. Hier findet eine wirkliche Bewegung statt, die Menschen, aus denen eine Bewegung nun mal immer besteht, sind bereit, auch etwas zu riskieren. Die Kämpfe mögen defensiv sein, aber eine Streikerfahrung – und dann noch eine, in der man vielleicht etwas erreicht – führt meist zu mehr Engagement, mehr Bereitschaft zu kämpfen, wenn man so möchte, zu mehr „Klassenbewußtsein".

Der zweite Aspekt einer solchen „wirklichen Bewegung" sind die sogenannten „Spartengewerkschaften", die oftmals als vermeintlich unsolidarisch oder branchenegoistisch in der Kritik stehen. Das mag tendenziell sogar zutreffen, nichtsdestotrotz kommt den Kämpfen der LokführerInnen, PilotInnen etc. eine Vorbildfunktion zu: Der Transportsektor bleibt der Punkt, an dem das Kapital wesentlich angreifbar bleibt, und diese Situation wird sich noch drastisch verschärfen.[18] Ganz davon abgesehen, dass auch die Chuzpe, mit der vergleichsweise hohe Forderungen gestellt werden, auf die Gewerkschaften des DGB abfärben könnten.

Vielleicht haben sie das sogar schon getan: Die Forderungen von ver.di im Sicherheitsgewerbe von bis zu 22,8 Prozent und Ergebnissen immerhin zwischen 15 und 18 Prozent zeigen, dass man gerade in prekären Sektoren ruhig hohe Forderungen stellen darf und damit sogar erfolgreich sein kann.[19] Denn der dritte Aspekt, der zu bedenken ist, wenn man eine allgemeine Streikfähigkeit – und das wäre die zu erreichende Grundlage für einen Generalstreik – erreichen möchte, sind die prekären Kämpfe, die auch am ehesten einen Zusammenhang mit der Krise erkennbar werden lassen. Nicht umsonst war derjenige, der den meisten Applaus auf der Streiktagung in Stuttgart erhielt, weder der Wissenschaftler Klaus Dörre noch der Parteivorsitzende Bernd Riexinger, sondern der Betriebsratsvorsitzende von Neupack, Murat Günes, der momentan gegen den Betrieb und gegen die IG BCE ankämpfen muss.[20] Auch der erste Tarifstreik im CallCenter und die wachsende Unzufriedenheit in der Leiharbeit – vor allem auch mit der diesbezüglichen DGB-Politik – weisen hier ein Potential auf.

Bevor man sich also den Kopf darüber zerbricht, wie man – quasi aus dem Nichts – eine politische Streikbewegung gegen die Krise aufbaut, sollte man ein genaues Auge auf diese real existierenden Kämpfe werfen. Denn man kann sich sicher sein: Ein Generalstreik, der abstrakt die europäische Krisenpolitik thematisiert, wird nicht anders sein als jede beliebige Latschdemo, die keinerlei wirtschaftlichen Schaden – und das ist nun mal das Kernelement des Streiks – anrichtet.

Es ist nicht gerade neu, dass die beste Solidarität der „Kampf im Herzen der Bestie" ist. Die primäre Frage, die zu stellen ist, lautet daher: Wo finden sowieso schon Kämpfe statt, die bereits einen – evtl. bisher nicht thematisierten – Zusammenhang mit der Krise haben? Der Streik bei Neupack wäre ein Beispiel dafür, die Beben, die aktuell die Autoindustrie erschüttern, weisen darauf hin, wo es weitergehen wird. An den Staat zu plädieren, ein politisches Streikrecht zu gewähren oder auch in einer letztlich doch passiven Solidaritätsbekundung mit den Generalstreiks in Südeuropa zu verharren, das sind letztlich Formen von Politik, die „die da oben" ansprechen. Viel spannender ist aber, was hier unten abläuft, selbst dann, wenn es nur schwache Ansätze sind.

Für Streiks gilt letztlich ebenso wie für Demonstrationen: Wenn man schon vorher weiß, wann man wieder nach Hause kommt, kann man auch gleich zu Hause bleiben.

Torsten Bewernitz

[11] Rolf Geffken: Initiative „Politischer Streik" Unsinn - 10 Thesen für eine überfällige Debatte. www.drgeffken.de/index.php?id=aktuelleinfos&no_cache=1&tx_ttnews[tt_news]=133&tx_ttnews[backPid]=17&tx_ttnews[pS]=1360412467.

[12] Lucy Redler: *Politischer Streik in Deutschland nach 1945*. Köln/Karlsruhe 2007. S.84 – 89.

[13] Vgl. dazu den Abschnitt „Deutschland 1946 – 1948" in Holger Marcks, Matthias Seiffert (Hg.): *Die großen Streiks. Episoden aus dem Klassenkampf*. Münster 2008.

[14] Vgl. Renate Hürtgen: Niedergang und Neuanfang einer autonomen Arbeiterbewegung in der DDR. In: *Durch Nacht zum Licht? Geschichte der Arbeiterbewegung 1863 – 2013* (Ausstellungskatalog). Mannheim 2013. S.287 – 306.

[15] Für weitere Beispiele vgl. Peter Nowak: In der Defensive. In *DA* 215, Januar/Februar 2013.

[16] Georg Sorel: *Über die Gewalt*. Frankfurt a.M. 1969 [Original: 1908].

[17] Gregor Kritidis: What Heimat? Plädoyer für mögliche andere Welten jenseits eines „Patriotismus", der sich für klug hält. www.sopos.org/aufsaetze/45b404d6e8aaa/1.html. – In Ostdeutschland dagegen wurde der 17. Juni verschwörungstheoretisch in einen vom Westen gesteuerten „faschistischen Putsch" umgedeutet, eine Interpretation, die überraschenderweise immer noch nicht ganz ausgestorben ist.

[18] Siehe dazu das Dossier „Kapitalismus und Verkehr" in der *Wildcat* 94, Frühjahr 2013, S.31 – 62

[19] Vgl. „Wir wollen auch raus!" Paukenschlag – Streik der Sicherheitsbeschäftigten am Flughafen. In *express. Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit*. Nr. 1-2 2013. S.1 – 3.

[20] Zum Neupack-Streik vgl. das Dossier auf labournet: www.labournet.de/branchen/sonstige/verpackungen/neupack

Patriarchales Erbe

Ein Streik ist kein Sparbuch

Wer in Deutschland im Laufe seines Erwerbslebens mehr als dreimal gestreikt hat, dem wird entweder das Etikett „Exot" oder „Querulant" verpasst, dermaßen hat sich die Idee vom Streik als legitimes Mittel um Interessen durchzusetzen und Veränderungen herbeizuführen aus den Köpfen der BürgerInnen verflüchtigt. Dass trotz der Erfahrung mit einer Diktatur der politische Streik im Nachkriegsdeutschland verboten wurde, hat nicht nur dazu geführt, dass die jährlichen streikbedingten Ausfallzeiten eines Arbeitnehmers im Promillebereich liegen, sondern auch, dass Streik mittlerweile irgendetwas ist, das erst ausdrücklich genehmigt werden muss, bevor es als Handlungsoption in Betracht gezogen wird.

Bei den Streiks von LokführerInnen und Flughafenpersonal lässt sich regelmäßig beobachten, dass Streiks von vielen nur noch als das egomane Interesse von einzelnen Berufsgruppen bewertet wird: Fallen die Züge aus, schimpft die Mehrheit der vergeblich wartenden Fahrgäste auf die Streikenden, die keine Rücksicht auf die Belange der BerufspendlerInnen nehmen. Dumpf wird gemeckert, anstatt sich um Fahrgemeinschaften zu kümmern und den Streikenden ein wenig Beifall zu klatschen. Verkehrte Welt, wenn sich der Streikwillige und nicht mehr der Streikbrecher rechtfertigen muss. Bezeichnend war für mich auch eine Äußerung einer Erzieherin, als 2012 in Süddeutschland Kindertagesstätten bestreikt wurden: Weil sie kein Gewerkschaftsmitglied sei, habe sie nun einen Tag Verdienstausfall, ob sie wolle oder nicht. Auf Nachfragen gab sie aber zu, dass auch sie sich über Lohnerhöhungen und Verbesserung der Arbeitsbedingungen freuen würde. Anscheinend ist es kein kollektives Wissen mehr, dass Emanzipation und sozialer Fortschritt nicht umsonst zu haben sind, aber umso schneller erreicht werden können, wenn dies von möglichst vielen eingefordert wird. Dabei hätte dies Lieschen Müller schon lange wahrnehmen können, dass die Wohltätigkeiten des Kapitalismus nicht aus Menschenliebe, sondern nur nach positiver Kostennutzenrechnung verteilt werden. Von Jahr zu Jahr werden die Werbegeschenke dürftiger, aber Lieschen trägt immer noch brav ihr Erspartes am Weltspartag zur Bank, anstatt endlich ihre Konten aufzulösen.

Redaktion Kultur

Emanzipation & Solidarität

Zwei Buchbesprechungen

Im vergangenen Jahr sind zwei Bücher zur Geschichte der radikalen Linken erschienen, die auch für LeserInnen der DA *von Interesse sein dürften.*

Danyluk
Befreiung und soziale Emanzipation

Da wäre zum einen der Streifzug durch die Geschichte linksradikaler Klassenbewegungen von Roman Danyluk, der unter dem Titel *Befreiung und soziale Emanzipation* sich mit den drei wichtigsten Strömungen der Arbeiterbewegung abseits der etablierten Sozialdemokratie bzw. des Parteikommunismus beschäftigt: der Rätebewegung, dem Operaismus und dem Syndikalismus. Danyluk handelt die drei Bewegungen nacheinander ab, er zeichnet ihre theoretischen Grundzüge ebenso nach, wie ihre Praxis, legt ihre Schwächen bloß und verweist auf bewahrenswerte bzw. weiterzuentwickelnde Tendenzen in diesen Strömungen.

Herausgekommen ist ein flüssig zu lesendes Einführungsbuch, das sich vorrangig an junge Aktive richtet, die sich einen Überblick über die Wurzeln heutiger Gruppen und Strömungen der Klassenlinken verschaffen wollen. Er verzichtet daher weitgehend auf Quellenhinweise, was sicher der Lesbarkeit dient, es aber auch denjenigen schwer macht, die sich tiefer mit der Materie auseinandersetzen wollen.

Was die Lektüre angenehm macht, ist das Fehlen jeglicher Polemik oder Besserwisserei. Dem Autor ist seine Sympathie für die behandelten Strömungen anzumerken, was ihn aber auch nicht blind macht für deren Schwächen. Mitunter wird die Bedeutung der einzelnen Bewegungen überzeichnet – so sind beinahe alle erwähnten Gruppen und Ereignisse als „äußerst bemerkenswert" dargestellt worden. Das mag im Vergleich zu ihren politischen Ahnen heutzutage sicher oft der Fall sein, maßgeblichen Einfluss in der Arbeiterbewegung konnten sie nur in wenigen Ländern und meist nur für kurze Zeit erlangen. Am Schluss des Buches stellt und diskutiert Danyluk vor allem Fragen, deren Beantwortung er für die Entwicklung neuer Perspektiven für wichtig hält und die sich um das Verhältnis von Produktivkraftentwicklung und sozialer Emanzipation, von Arbeit und Arbeiterklasse sowie um Organisationsformen des Klassenkampfes drehen.

Rübner
Die Solidarität organisieren!

Ein ähnliches politisches Spektrum deckt die Forschungsarbeit Hartmut Rübners ab. In seinem Buch *Die Solidarität organisieren* hat er aber weniger die *Konzepte, Praxis und Resonanz linker Bewegung in Westdeutschland nach 1968* – so der Untertitel des Werkes – nachgezeichnet, sondern hauptsächlich die Solidaritätsarbeit linker Gruppen mit denjenigen, die ins Räderwerk staatlicher Repression geraten waren. Im Vordergrund stehen die Soli-Organisationen, angefangen von den verschiedenen Fraktionen der „Roten Hilfe", die sich im Verlaufe der 1970er Jahre formierten, über die diversen, meist kurzlebigen Soli-Komitees bis hin zur libertären „Schwarze Hilfe".

Rübner gelingt es, Licht in das Organisationsdickicht der radikalen Linken der 1970er Jahre zu bringen. Teilweise minutiös zeichnet er die Entstehung, die zahlreichen Spaltungen und den Niedergang der kommunistisch-maoistischen wie auch der Sponti-Gruppen aus den Zerfallsprodukten der APO nach.

Während sich die diversen linksradikalen Organisationen untereinander z.T. sehr heftige Auseinandersetzungen lieferten, versuchten die Soli-Gruppen noch lange Zeit Bündnisse bis hinein ins linksbürgerliche Lager im Interesse der Gefangenen zu schmieden. Und das durchaus erfolgreich – so konnten z.B. im Juni 1976 für den „Antirepressionskongress" in Frankfurt/Main 20.000 Menschen mobilisiert werden.

Der Schwerpunkt der Soliarbeit lag naturgemäß bei der Unterstützung der inhaftierten GenossInnen. Dabei standen nicht selten die Gefangenen der verschiedenen bewaffneten Gruppen im Zentrum der Soli-Kampagnen, deren Vorgehen aber immer umstritten blieb. Aber auch – und das scheint heute weitgehend aus dem Blick geraten zu sein – galten zumindest auf dem antiautoritären Flügel die „sozialen Gefangenen" als unterstützungswürdig, wurde in ihnen doch in erster Linie Opfer des kapitalistischen Systems gesehen, die sich individuell (statt kollektiv) gegen die Zumutungen des „Schweinesystems" wehrten. Generell waren die sogenannten „Randgruppen" in den „Problemvierteln" der Großstädte eine wichtige Zielgruppe linksradikaler Basisarbeit – ein Feld, das heutzutage meist den Nazis überlassen wird. Hier können wir vermutlich am ehesten von der Praxis der damaligen Militanten lernen, auch wenn deren Verhältnis zum „Milieu" nicht ungetrübt war. Spätestens Ende der 1970er Jahre war es damit dann vorbei. Die immer weniger werdenden Militanten beschränkten sich auf die Solidarität mit ihren Genossen, die „Außenwelt" geriet zunehmend aus dem Blickfeld.

Erinnerungswert und beispielgebend für heutige Aktive bleibt vor allem die zumindest in der Frühzeit ebenso selbstverständliche wie auch richtungsübergreifende Solidarität innerhalb der Linken, ihre ausgeprägte Orientierung auf kollektive Selbsthilfe wie ihr Bemühen, die engen Grenzen des linksradikalen Milieus zu überwinden.

Anders als Danyluk ist Rübner Wissenschaftler, was man dem Buch auch anmerkt. Akribisch hat er vermutlich den Großteil alles verfügbaren Quellenmaterials zusammengetragen und ausgewertet. Es gibt einen ausführlichen bibliografischen Anhang (u.a. ein Verzeichnis sämtlicher auffindbarer Broschüren der Solidaritätsinitiativen sowie einen Personen- und Organisations-Index). Schade nur, dass der Verlag diese Genauigkeit bei der Beschriftung der zahlreichen Illustrationen vermissen lassen hat.

Während Danyluks Buch vor allem eine so bisher nicht vorliegende Einführung in die drei wichtigsten „Neben"-Strömungen der Arbeiterbewegung gibt, erschließt Rübner erstmalig ein wichtiges Feld linkradikaler Praxis nach 1968 für die Forschung – beiden kann man nur viele LeserInnen wünschen.

Ludwig Unruh

Danyluk, Roman:
Befreiung und soziale Emanzipation. Rätebewegung, Arbeiterautonomie und Syndikalismus.
Edition AV 2012. 348 Seiten, 18,00 EUR.
Rübner, Hartmut:
Die Solidarität organisieren. Konzepte, Praxis, Resonanz linker Bewegung in Westdeutschland nach 1968.
Plättners Verlag 2012. 304 Seiten, 16,80 EUR.

Annäherungen an Franz Jung

Gespräch mit Lutz Schulenburg aus Anlass der Neu-Herausgabe von Jungs *Das Trottelbuch*



Franz Jung

„Franz Jung ist ein von Herzen abenteuerlicher und vom Typus her avantgardistischer Literat. Für mich als Leser war er ein ganz besonderer Literat: zugleich umtriebig und Getriebener, Zeitgenosse und natürlich Opfer der gesellschaftlichen Verhältnisse. Aber er war jemand, der seine Zeit sehr genau wahrgenommen hat und immer an Orten war, an denen sich etwas entschieden hat", antwortet Edition-Nautilus-Verleger Lutz Schulenburg auf die Frage nach dem Faszinierenden an der Person Franz Jung.

Franz Jung war nicht nur Verfasser expressionistischer und dadaistischer Texte und Mitglied im Berliner Club Dada zusammen mit Richard Huelsenbeck, Johannes Baader, Raoul Hausmann, Wieland Herzfelde, John Heartfield, George Grosz und Walter Mehring. Als Wirtschaftsanalytiker und Börsenkorrespondent schlug er sich durch, zugleich betätigte er sich als Agitator und nahm aktiv teil an allerdings gescheiterten Aufständen wie z.B. in Mitteldeutschland an der Seite von Max Hölz. Franz Jung zählte zu den Mitbegründern der rätekommunistischen KAPD. In deren Auftrag war er beteiligt an der spektakulären Schiffsentführung, um auf dem Seewege von Cuxhaven nach Russland zu gelangen. Dort wurde jedoch erfolglos mit Lenin über den Beitritt der KAPD in die III. Internationale verhandelt.

1912 verkehrte der 1888 in Neiße/Schlesien geborene Franz Jung in Berliner Boheme-Kreisen. „Damals veröffentlichte er *Das Trottelbuch*, ein noch ganz in der Epoche des Expressionismus angesiedeltes Buch. Jung hat zu der Zeit bereits seine typische Schreibweise und Entdeckungsfreudigkeit vorgezeigt und seine besondere Wahrnehmungsintensität bis an sein Lebensende praktiziert." Franz Jung, erzählt Lutz Schulenburg, sei zum Studium nach Berlin, München und Leipzig gekommen. Den größten Teil seiner Studien habe er mit dem Lernen des Trinkens verbracht. „Er konnte sehr viel vertragen. Das haben alle gesagt, die ihn kannten. Später hat er plötzlich gar nichts mehr getrunken. Sein Quantum hatte er wohl erfüllt. Vielleicht rührt daraus sein leicht ironischer Wesenszug. Das ist aber nur ein Aspekt seines Boheme-Lebens, der nicht zu stark betont werden sollte. Franz Jung war auch Mitglied einer schlagenden Verbindung und ist dann in literarische Kreise um Franz Pfemferts Zeitschrift *Die Aktion* hineingeraten."

Franz Jung wollte Dynamik zeigen

Als Reminiszenz an die 1912 erfolgte Veröffentlichung und als Erinnerung an den vor 50 Jahren Verstorbenen kann die Neu-Herausgabe von Jungs Schrift *Das Trottelbuch* verstanden werden. „Daher haben wir diesen Band aus unserer gesammelten Werkausgabe herausgenommen und in einer Extrapublikation veröffentlicht als Musterbeispiel eines neuen, modernen und zeitgenössischen Geistes." Bei seiner Erstveröffentlichung hatte das Buch heftige Reaktionen ausgelöst, die Lutz Schulenburg so beschreibt: „Jung hat ja immer gesagt, wir stellen die Erlebnisintensität und Erlebnisspitzen in den Vordergrund und lassen den ganzen Romanquatsch weg. Zum Beispiel durch Verkürzungen. Handlungsstränge wurden von ihm nicht ausgepinselt. Er wollte Dynamik zeigen und Konflikte zum Ausdruck bringen."

Franz Jung wird von Lutz Schulenburg begriffen „als Teil einer geistigen literarischen



Lutz Schulenburg

Strömung, deren Mitglieder ein anderes Verhältnis zur Wirklichkeit, zum Schreiben und zur Kunst suchten und die mit ihren Themen und ihrem Auftreten natürlich die etablierte Ordnung, das wilhelminische Kaiserreich und den deutschen Imperialismus, vehement in Frage stellten". Im *Trottelbuch* hat Franz Jung Spannungsszenerien zwischen Frauen und Männern sehr intensiv ausgemalt. Und Lutz Schulenburg fährt fort: „Diese sich im Expressionismus ausdrückende Geisteshaltung, die Darstellung der Konflikte um die Rolle der Geschlechter hat besonders nachhaltig einen Teil der rebellischen Jugendbewegung um 1968 inspiriert."

„Ich schreibe nur aus *mir* selbst heraus"

Franz Jung beginnt seine programmatischen Einleitung im *Trottelbuch*: „Um einen Tisch des Café du Dôme saßen mehrere Herren. Eine Frau schritt draußen am Fenster vorbei. Sie hatten sie alle gekannt, und einige kannten sie noch. Einer las vor: Zwei junge Burschen stolpern aus einer Vorstadtkneipe in die Nacht. Blutjunge Burschen und sehr betrunken. Sie schlagen das Pflaster mit ihren Stöcken, sie johlen, krümmen sich vor Lachen, und sie schleppen die schwer gewordenen Füße hinter sich her, dass sie von fern wie hinkende Greise erscheinen. Eine Katze huscht über den Weg.

Die Betrunkenen bleiben stehen, die Lässigkeit ist aus ihren Gliedern gewichen, ein Rausch ballt sich zusammen. Sie jagen dem Tier nach, verstellen den Weg, sie schlagen mit ihren Stöcken – als ob das Tier schuld wäre an ihrer Jugend und ihrer Betrunkenheit, so schlagen sie."

1959 schrieb er an seine Gefährtin Cläre: „Ich gehöre nicht zu den Schriftstellern, die schreiben, was geschrieben werden soll, damals ebenso wie heute. Ich schreibe nicht aus einer Idee, einer Theorie und aus einer ‚Gemeinschaft' heraus, sondern nur aus mir selbst heraus, nur für mich, und in meinem Falle meistens gegen mich." Und dieses *gegen* ist letztendlich ein wahrhaftiges *für*. Daraus resultiert noch heute die eruptive und manchmal verstörende Kraft seiner Werke, die es wieder und neu zu entdecken gilt.

KP Flügel



Jung, Franz: *Das Trottelbuch*.
Edition Nautilus, 9. Januar 2013, 96 Seiten, ISBN-10: 3894017732, 14,00 EUR



Internal Autonomy

Ein Gespräch mit Al & Nix von der walisischen Anarcho-Punkband

Die erste Welle von Anarcho-Punkbands war gerade verebbt, da gründeten Al & Nix Internal Autonomy. Textlich stark von Crass beeinflusst, gingen sie musikalisch einen anderen Weg. Internal Autonomy spielten dunklen, experimentellen Post-Punk, der an Siouxsie & The Banshees, Killing Joke, Rubella Ballett, Blood And Roses und Joy Division erinnert, mal klingt die Stimme von Nix nach Siouxsie Sioux, mal nach Eva O. von den Superheroines. Den ursprünglichen Namen Neither Slaves Nor Masters indes legten sie schon bald ab, „viel zu offensichtlich, zu klischeehaft, zu blöd, zu großkotzig". 2010 erschien bei Front Cover Production eine Doppel-CD mit ihren alten Veröffentlichungen aus den 80er und 90er Jahren.

Aber warum zurückblicken? Ein Jahr nach der Werkschau begannen Al und Nix wieder zusammenzuarbeiten, nachdem sie sich zwölf Jahre lang aus den Augen verloren hatten.

IA habe niemals wie eine typische Band funktioniert, so Al, sondern sei immer ein Kollektiv gewesen, eine Ansammlung von kreativen Menschen, die zusammen Musik machten. Da sie beide die einzige Konstante gewesen seien, sei es ihnen natürlich erschienen, den Namen Internal Autonomy weiter zu verwenden.

Die Band aus Wales hat immer noch etwas, das manch anderen im Laufe der Jahre abhanden gekommen ist: Leidenschaft und eine kämpferische Einstellung. Leidenschaft für ihre Musik und für die Themen, die sie behandeln, eine kämpferische Einstellung in den Texten und in der Art und Weise, wie sie von der Sängerin Nix vorgetragen werden.

„Selbstverständlich bin ich Anarchistin", meint Nix, „nichts anderes passt. Ich erzähle mal, wie für mich alles begann: Ich war 17 und saß mit meinem Freund auf dem Bett, auf dem Plattenspieler drehte sich *Penis Envy* von Crass, daneben ein Stapel schwarzweiß gestalteter LPs und EPs, als potentielle Kunststudentin hat mich das Artwork angesprochen, ich las durch, was auf den Covern stand und es traf mich wie ein Blitz – da waren Leute, die so dachten wie ich. Wenn



Internal Autonomy / Nix (Nikki)

Emma Goldman sagt, dass sie zu ihrer Revolution tanzen will, dann kann ich das nachvollziehen, wenn Proudhon sagt, dass Eigentum Diebstahl sei, dann verstehe ich das, ich teile Wollstonecrafts Ansichten über die freie Liebe, ich erinnere an die Frauen in Spanien, die im Bürgerkrieg Seite an Seite mit den Männern kämpfen wollten ... ich könnte ewig so weitermachen." Das seien allerdings andere Zeiten gewesen, heute sei es wichtig, sein Leben selbstbestimmt zu leben und sich vor allem nicht in eine Opferrolle drängen zu lassen. „Ich bin kein Opfer meines Geschlechts, meiner Hautfarbe oder meiner Sexualität", verkündet Nix mit Nachdruck.

Ja, er sei auch Anarchist, so Al, aber die Leute könnten sich nennen, wie auch immer sie wollten, der Name dafür sei nicht wichtig. „In meinen Augen ist der Staat eine parasitäre und unnötige Einrichtung", fügt er hinzu, „die von einigen Menschen mit schwerwiegenden Persönlichkeitsstörungen geleitet wird und das sie als Instrument für ihren Hunger nach Macht und Kontrolle benutzen. Dasselbe gilt für organisierte Religion, für Finanzsysteme und für den Besitz und die Kontrolle von Land im Allgemeinen. Die meisten unserer Probleme lassen sich davon ableiten und ohne sie ist Anarchie und vollkommene Freiheit möglich. Ich ziehe dabei praktisch durchführbare Möglichkeiten starren und doktrinären Lösungen vor. Die Anarchisten, die mein Denken am meisten beeinflussten sind William Godwin und einige der Post-Linken wie Feral Faun und ursprünglich auch Crass und die Sex Pistols, ob man die dazu zählen will oder nicht, sie haben mich auf jeden Fall beeinflusst." Auch die Vertriebswege entsprechen ihrem anarchistischen Selbstverständnis: Ihre alten Platten veröffentlichten Internal Autonomy auf Profane Existence und dem Subhumans-Label Bluurg, ihr neues Album *Ferox* wird Ende April/ Anfang Mai auf dem eigenen Label Vanity Records erscheinen. Yoggy, einer der alten „Autonomistas" unterstützte sie kurzzeitig und steuerte einige Gitarrenparts bei, zwei neue „Autonomistas" – Jenn und Azia – sind dazugekommen. Alles ist im Fluss, wie schon immer, mit Nix und Al als Konstanten. Strictly DIY. Finanziert wird das Ganze durch eine Crowfunding Kampagne auf Indiegogo. Wobei Al darauf hinweist, dass es gerade was Musik betrifft, seit den 80ern eine deutliche Veränderung zum Schlechteren hin gegeben hat. „In den 80ern gab es eine starke Untergrundbewegung", sagt Al, „wo die Menschen sich gegenseitig in ihrer Kreativität durch Kauf, Verkauf und Austausch unterstützten, das funktionierte ausgezeichnet und brachte eine sehr lebendige Szene hervor. Heute dagegen soll alles umsonst sein. In einer anarchistischen Gesellschaft, wo Geld keine Rolle mehr spielt, mag das eine akzeptable Erwartung sein, aber in einer Gesellschaft, wo Instrumente, Computer, Reisen, Studiozeit und das Pressen einer CD Geld kosten, ist das verdammt unvernünftig! Heute zo-



Internal Autonomy / Al

cken Punks freudestrahlend Punkbands ab, was nicht nur ungerecht, sondern auch gierig und kurzsichtig ist." Ungeachtet dessen werden Al und Nix weitermachen, sowohl ihr Idealismus als auch ihre Kreativität sind ungebrochen. Alles sei möglich, so Nix, die Sängerin, Fanzines, Kunst, Romane, musikalisch allerdings würde es freilich einen Neubeginn geben. „*Ferox* ist unser Sprungbrett in die Zukunft", ergänzt Al, „und für unsere zukünftige Kreativität. Wir werden uns danach als Band Ferox nennen, so dass man sagen kann: *Ferox* ein Album von Internal Autonomy oder „Internal Autonomy' ein Album von Ferox, alles ist im Wandel, wir fangen von vorne an. Außerdem lässt es viel Platz für Interpretationen, was mir sehr gut gefällt."

Karin Hoog

internalautonomy.moonfruit.com

Kenia, Bombay, Mexiko

Drei Reportagen

Diese Reportagen können als inhaltliche Ergänzung zu den in der *DA* 214 besprochenen Romanen[1] gelesen werden. Dazu sind es sehr unterschiedliche Formen von Reportage: eine klassische Großreportage, eine verschachtelt-subjektivistische Erzählung und ein Stück Anti-Medienarbeit.

Die Britin Michela Wrong ist langjährige Afrika-Korrespondentin der BBC, der *Financial Times* etc., eine Links-Liberale.[2] Hier geht es um den Journalisten und NGO-Mitarbeiter John Ghitongo, der nach dem Amtsantritt von Präsident Kibali im Jahr 2002 zu einer Art Sonder-Minister für Korruptionsbekämpfung gemacht wurde. Die Erwartungen an Kibalis Präsidentschaft waren groß, insbesondere was ein Ende von Korruption und Klientelpolitik entlang ethnischer Grenzen anging, die die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse Kenias seit Jahrzehnten geprägt hatten. Ghitongo muss aber bald erkennen, dass zwar die Nutznießer wechseln, nicht aber das System. Wrong folgt Ghitongos Erkenntnisprozess, gelegentlich durchbrochen durch Vorblenden, die Spannung schaffen und Rückblenden und Exkursen, die die Darstellung mit Hintergrundwissen unterfüttern, so z.B., wie die Briten während der Kolonialzeit an der Ausformung eben jener ethnischer Grenzen kräftig mitwirkten. Eine umfangreiche, in sich geschlossene Reportage, gestützt auf Dokumente, Interviews und eigene Anschauung, ergänzt um sozialwissenschaftliche Analyse und etwas literarische Verdichtung - in Zeiten der Informationsschnipselei ist das was, auch wenn politisch gewisse Abstriche gemacht werden müssen, siehe oben. Negativ anzumerken ist auch, dass der Fokus stark auf der Oberschicht liegt, aus der Ghitongo selbst auch stammt.

Wrong ist Journalistin, die auch literarische Mittel verwendet, Suketu Mehta ein Dichter, der auch Journalismus macht.[3] Auf knapp 800 Seiten versucht er, die Mega-City Bombay zu fassen zu kriegen. Das Buch besteht aus einer Anzahl lose miteinander verknüpfter Einzelreportagen, die in drei Abschnitte sortiert sind: Macht, Vergnügen, Passagen. Es geht um Konflikte zwischen Hindu-Nationalisten und Muslimen, Gangsterorganisationen, die Polizei, die kaum verhüllt Folter und Todesschwadronen einsetzt, die Kuriositäten von Bollywood, das Rotlicht-Milieu und mehr. Der Abschnitt „Passagen" zeigt dramatische biographische Wandlungen: Diamantenhändler werden zu Bettelmönchen, eine Familie zieht aus dem Slum in ein Mittelschichtviertel, ein Junge reißt aus, um Dichter zu werden – und Mehtas eigene „Passagen". Er stammt aus der weiteren Oberschicht, zog als 14-jähriger mit seinen Eltern von Bombay nach New York, 20 Jahre später kehrt er zurück. Aber das ist schwierig: er ist ein Outsider, überall, nur nicht in einer ganz schmalen Schicht von Leuten, die wie er selbst eben wohlhabend, intellektuell, liberal und sozusagen globalisiert sind. Für die LeserInnen ist sein fremder Blick ein Vorteil, weil sie mit ihm verblüfft werden, wenn er die Stadt erkundet. Das ist sehr gut erzählt und vor allem im Kleinen interessant: Wie wohnen die Leute, wie arbeitet der Kartoffelbällchen-Frittierer, und wie sortieren sich die Leute im überfüllten Vorortzug, damit sie an der richtigen Station aussteigen können? So ziemlich alles kommt vor, aber Mehtas Interesse gilt etwas zu sehr dem besonderen Wahnsinn und weniger dem alltäglichen. Die berühmte Bartänzerin, die aber ein Mann ist, und zwar ein heterosexueller, der mal so in den Job reingerutscht ist, das ist eine irre Story, aber macht das wirklich die Maximum City aus? Mehta macht an sich keinen unsympathischen Eindruck (abgesehen von ein paar wirtschafts-liberalen Äußerungen), und sein Subjektivismus macht das Buch stark, aber es ist doch der Subjektivismus eines Privilegierten.

John Gibler ist linker Journalist und Aktivist und sein schmales Buch bietet viel: Zum einen eine plausible Analyse der Drogen-Ökonomie und der damit verbundenen sozialen und politischen Verhältnisse. Seine Hauptthese: Der Drogenkrieg findet nicht zwischen den Kartellen auf der einen und dem Staat auf der anderen Seite statt, sondern zwischen etablierten und seit Jahrzehnten mit dem Staatsapparat verknüpften Kartellen einerseits und der seit den 80er Jahren neu entstandenen Konkurrenz andererseits. Und zweitens geht es bei diesem Buch um die verschiedenen Medienstrategien, die eben das verschleiern sollen, die aber auch von Bedeutung sind, indem sie ein Klima der Angst und der Straflosigkeit fördern. Zu den zigtausend Ermordeten gehören neben tatsächlich Beteiligten auch eine Vielzahl Unbeteiligter, diese werden als Geste der Macht getötet, oft noch als Leiche grausam inszeniert und so in eine Botschaft verwandelt, die sich an die Gegner, aber auch an die Bevölkerung richtet: Wir haben die Macht. Laut Gibler ist es dieses Klima (vermeintlich) unbeschränkter Machtausübung bei zumeist tatsächlicher Straflosigkeit von Seiten des Staates, das die gesamte Gesellschaft in Mexiko vergiftet und den Rahmen dafür bietet, Rechnungen aller Art gewaltsam zu begleichen, worunter nicht zuletzt die sozialen Bewegungen leiden. Die Straflosigkeit setzt aber die Anonymisierung und Diffamierung der Opfer voraus, und die Einschüchterung die Produktion und Verbreitung der Botschaften. Hier setzen Gibler und Andere an: Den Opfern sollen Name und Biographie gegeben werden, die Angehörigen müssen zu Wort kommen, die Schuldigen benannt werden. Zweitens versucht er den Botschaften die Unmittelbarkeit zu nehmen: die Konstruktion von Fotos und YouTube-Videos wird deutlich gemacht, und hierfür erweist sich die distanzierende Funktion der Sprache und die Veröffentlichung in Buchform als sinnvolles Mittel. Nur ein Mosaiksteinchen, aber immerhin.[4]

Zum Schluss ein Hinweis: Seltsam, dass in Mexiko die Dealer mit Blaulicht durch die Stadt brausen, mit eigenen Nummernschildern, auf denen die Abkürzung ihres Kartells steht. Oder der Polizeioffizier in Bombay, der im Beisein von Journalisten Verdächtige foltert. Oder ein Staat, der sein eigenes Geld fälscht.[5] In der anarchistischen Staatskritik scheinen derartige Phänomene bislang nur wenig Aufmerksamkeit gefunden zu haben. Jedenfalls sind entsprechende Texte schwer zu finden.[6]

Heiko Schmidt, Berlin

[1] Indra Sinha: *Menschentier.* Büchergilde Gutenberg 2011. / Roberto Bolaño: *2666*. Hanser 2009. / Ngugi wa Thiong'o: *Herr der Krähen.* A1 Verlag oder Büchergilde Gutenberg 2012.
[2] Lesenswert ist auch: Michela Wrong: *Auf den Spuren von Mr. Kurtz. Mobutus Aufstieg und Kongos Fall.* Edition TIAMAT, 2002. 334 S.
[3] Eine Gegenüberstellung, die so nicht ganz richtig ist - ein Notbehelf...
[4] Gibler schreibt aber selbst, dass eine grundsätzliche Lösung die Reduzierung der enormen Gewinnmargen des Drogenhandels voraussetze, sprich die Legalisierung.
[5] Dieses schöne Beispiel ist aus Wrongs Mobutu-Buch.
[6] Noam Chomskys Buch mit dem in diesem Zusammenhang viel versprechenden Titel *Der gescheiterte Staat* (2006) befasst sich v.a. mit den USA. Hinweise finden sich aber z.B. in Interviews in *Von Jakarta bis Johannesburg. Anarchismus weltweit*, hg. von Sebastian Kalicha und Gabriel Kuhn (Unrast, 2010).

Was will die FAU-IAA?

Wir Anarcho-SyndikalistInnen haben die herrschaftslose, ausbeutungsfreie, auf Selbstverwaltung begründete Gesellschaft zum Ziel.

Die Selbstbestimmung in allen Lebensbereichen ist die grundlegende Idee des Anarcho-Syndikalismus.

Daher lehnen wir die Organisation unserer Interessen in zentralistisch aufgebauten Organisationen ab, da diese stets Machtkonzentration und Hierarchie bedeuten. Weder soll, noch kann mensch mit StellvertreterInnen-Politik wie sie z.B. von reformistischen Gewerkschaften, Parteien und Kirchen betrieben wird, unsere Interessen durchsetzen.



Dagegen sind wir direkt und indirekt lohnabhängigen Menschen für Selbstorganisation in unabhängigen Betriebs-, Branchen- und Ortsgruppen. Diese sind bundesweit (in der FAU) und international (in der IAA) zusammengeschlossen.

Zur Durchsetzung unserer Ziele und Forderungen dienen uns sämtliche Mittel der Direkten Aktion, wie z.B. Besetzungen, Boykotts, Streiks etc. Im Gegensatz dazu lehnen wir die parlamentarische Tätigkeit in jeglicher Form ab. Mit dieser Art von Organisation verbinden wir die Möglichkeit, Vereinzelung und Perspektivlosigkeit aufzuheben und so für eine revolutionäre Veränderung auf freiheitlicher Grundlage zu kämpfen.

Da die Macht und die Stärke des kapitalistischen Systems in der privaten bzw. staatlichen Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel und in der tagtäglichen Ausbeutung der arbeitenden Klasse begründet sind, ist der ökonomische Bereich der Hauptansatzpunkt für den antikapitalistischen Kampf.

Revolutionäre Arbeit in den Betrieben trifft den Kapitalismus nicht nur in seinen Erscheinungsformen, sondern an seiner Wurzel. Diese Arbeit kann nur erfolgreich sein, wenn in allen gesellschaftlichen Bereichen gleichzeitig revolutionäre Arbeit geleistet wird, da alle Kämpfe in einer Wechselbeziehung zueinander stehen.

Alle Menschen, die in diesem Sinne mit uns zusammenarbeiten wollen, sind uns willkommen.

Selbstverwaltet in die Krise

Des letzten Rätsels Lösung: die geschlossene Firma „Vio.Me" in Griechenland hat unter Kontrolle der ArbeiterInnen die Produktion wieder aufgenommen

Die sozialen Zustände in Griechenland verschlechtern sich stetig und ein Ende dessen ist nicht abzusehen. Und seit es begann, gibt es letztlich ohnmächtigen Protest dagegen, Streiks und Demonstrationen. Die ArbeiterInnen der geschlossenen Firma Vio. Me haben es nicht dabei belassen und den direkten Weg gewählt ihre Lebensumstände zu verbessern: sie beanspruchen ihren geschlossenen Betrieb für sich und haben am 12. Februar 2013 die Produktion in Selbstverwaltung wieder aufgenommen.

Nachdem sich die in Thessaloniki ansässige Firma für chemische Baustoffe durch ein Darlehen an eine andere Firma der Unternehmensgruppe verschuldet hat, verließ das Management das sinkende Schiff. Über Nacht wurde die Produktion eingestellt und es wurden keine Löhne mehr gezahlt. Nachdem der Weg über die staatlichen Stellen zu keiner Lösung für die ArbeiterInnen geführt hatte, wurden die Überlegungen immer konkreter selbst dafür zu sorgen, dass wieder genug zum Leben ausgezahlt wird. Die Fabrik und das Lager wurden durchgehend von den ArbeiterInnen bewacht, damit weder die gut gewarteten Maschinen noch Waren oder Rohstoffe aus dem gefüllten Lager entwendet werden.

Im September 2012 lief das Arbeitslosengeld aus. Es wurde ein Fond gegründet, in den alle einzahlten und woraus die, die es am nötigsten hatten mit dem Notwendigen versorgt wurden. Die Vollversammlung wurde schon vorher schnell das entscheidende Gremium der Belegschaft, der Gewerkschaftsrat wurde abgeschafft. In der Vollversammlung wurde auch gemeinsam die Fortführung der Fabrik in Selbstverwaltung diskutiert und beschlossen ohne etwas zu überstürzen. Es wurde sich mit anarchistischen und linksradikalen Gruppen vernetzt. Dadurch konnte im Voraus eine große Öffentlichkeit hergestellt werden. Durch Solipartys und Konzerte wurde Geld organisiert, sowohl um die ArbeiterInnen ohne Einkommen zu versorgen als auch für den Prozess der Wiederaufnahme der Produktion.

Die Erinnerungen an die Wirtschaftskrise in Argentinien 2001 werden wach, wo viele Betriebe pleite gingen und schließen mussten, die Belegschaften in zahlreichen Fällen die Produktion in Selbstverwaltung weiterführten und so die Folgen der Krise abmildern konnten. Ein Beteiligter dieser argentinischen Bewegung war auch bei Vio.Me zu Gast um über seine Erfahrungen zu berichten. So herrscht auch ein Problembewusstsein dafür, welche Probleme auf einen selbstverwalteten Betrieb zukommen können, denn auch dieser bewegt sich im kapitalistischen Markt. Die Hoffnung ist jedoch, dass andere Belegschaften es ihnen gleich tun und so andere Formen der Verteilung ausprobiert werden können.

Noch ist die eigentliche Produktion nicht angelaufen. Es werden alte Lagerbestände verkauft um Geld zusammenzubekommen. Auch selbstverwaltete Produktion ist im Kapitalismus auf eine Anschubfinanzierung angewiesen. Ohne G kein W kein G'.

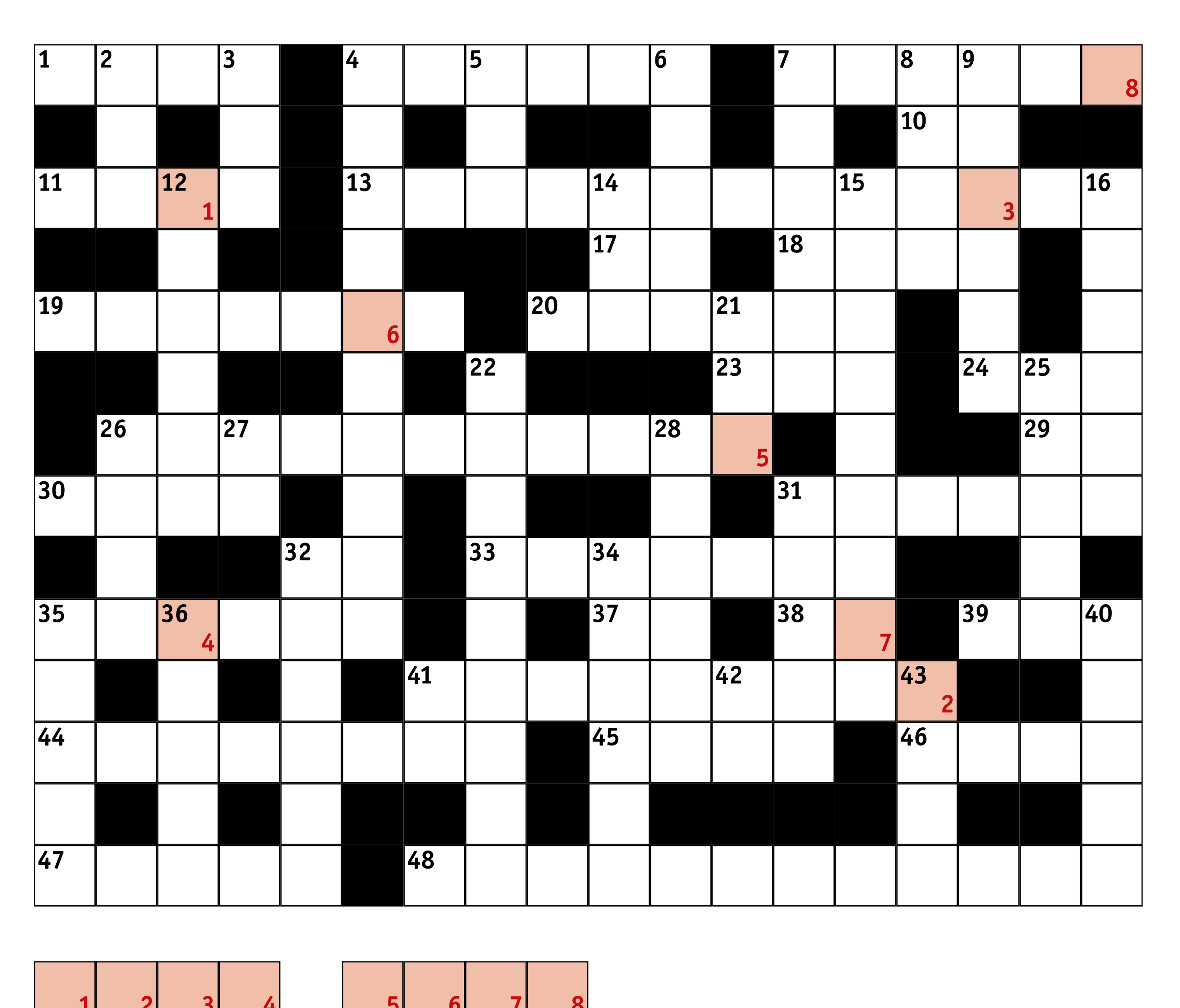
Die griechische Gesellschaft steht wie es scheint am Scheideweg. Der Rassismus sowohl von staatlicher Seite als auch aus der Gesellschaft grassiert und auch die Linke zückt wesentlich die etatistische und nationale Karte. Umso erfreulicher ist diese Selbstermächtigung der durch die Krise ausgeschlossenen ArbeiterInnen. Denn wenn die Häuser leer stehen, weil keiner die Miete zahlen kann und die Fabriken still stehen, obwohl es weder an Nachfrage noch an Material fehlt, muss man das halt anders angehen als bisher üblich.

„Hoffentlich entstehen viele solcher Inseln wie unsere, die zu einer Halbinsel werden. Die Halbinsel soll sich entwickeln, kontinental werden und sich vergrößern. Wir erklären: Wir wollen die ganze Welt." - Ein Arbeiter von Vio.Me

Frank Bischoff

Weitere Infos gibt es unter vimeo.org.

Sozialrevolutionäres Kreuzworträtsel Nr. 82



Hinweis zum Rätsel: Umlaute (ä, ö, ü) bleiben, das ß wird (falls vorhanden) als „ss" geschrieben.

Waagerecht

1. Gebirge in der Westschweiz und anarch. Föderation im 19. Jh., die hauptsächlich aus UhrenarbeiterInnen bestand 4. führende Wirtschaftsauskunftei, deren Negativeintragungen viele Menschen weiter in die Armutsfalle führen <Kurzwort> 7. internationale Protestbewegung seit 2011, die v.a. Finanzplätze besetzt 10. urspr. engl. Abk. in der Blogosphäre, um jemands Beitrag zu würdigen (vgl. „Hut ab") 11. Frage-und-Antwort-Spiel 13. umstrittene These, dass der Nationalsozialismus ein Abfall von der abendländischen Kultur und Tradition war <Um-die-Ecke-Wort!> 17. Begriff in der Psychoanalyse für die elementaren Triebe, die dem Bewusstsein weitgehend entzogen sind (im Unterschied zum Ich und Über-Ich) 18. Kopf <niederdt.> 19. Aphorismus von Paul Lafargue: „Das ~ ist Gott" 20. fahrbares technisches Gerät, mit dem Funk- und Fernsehsendungen aufgezeichnet od. übertragen werden <Kurzwort> 23. unsterbliche, waldbewohnende Wesen in J.R.R. Tolkiens Romanen 24. Vorläuferwährung des Euros für unbare Zahlungsvorgänge (1979-98) 26. tosendes Durcheinander, z.B. in einem Fußballstadion 29. lat. Abk. für den Ehrendoktortitel 30. Person, die bei Demos und Aktionen erste Hilde leistet 31. bedingungslos: auf ~ und Verderb 32. Gruß <engl.> 33. ausladen (ein Schiff, eine Ladung) 35. Überschrift auf klassischen Steckbriefen in den USA 37. Kfz-Kennzeichen für Bad Kreuznach 38. Datenträger <Abk.> 39. asiatisches Hochgebirgsrind 41. Drogeriekette, die 2012 Insolvenz anmeldete und unter Verlust von über 10.000 Arbeitsplätzen (v.a. von Frauen) zerschlagen wurde 44. Wir wollen kein größeres Stück vom Kuchen, sondern die ganze ~! 45. trinkfertige Mischung aus Limonade und Alkohol: ~pop 46. Hauptfigur eines Gesellschaftsromans von Theodor Fontane: ~ Briest 47. Modewelle, die ältere Traditionen und Merkmale wieder aufgreift 48. Realitätssinn

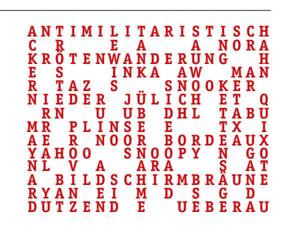
Senkrecht

2. Eule mit auffälligen Federohren 3. Abfluss aus dem Chiemsee 4. Kampfbegriff der Herrschenden, mit dem jegliches Aufbegehren von unten gegen ihr Reichtum und ihre Privilegien diffamiert werden sollen 5. Menschen mit dieser Viruserkrankung werden stark diskriminiert 6. weiblicher Vorname 7. Weissagung, Zukunftsdeutung 8. Träger einer elektron. Miniaturschaltung 9. Schilderung eines (meist idealen) künftigen gesellschaftlichen Zustandes 12. indoktrinieren <medizin. Metapher> 14. Vorname des Anarchisten Tolstoi 15. Schaltung zum Herausfiltern hoher od. tiefer Töne bei der Wiedergabe in Lautsprechern 16. siehe waagerecht 13 <Um-die-Ecke-Wort!> 21. passt gut ins Haar eines „Lackaffen" 22. italienisches Partisanenlied <Namensteile zusammengeschrieben> 25. die Zahl der WanderarbeiterInnen in diesem Land übersteigt deutlich die Bevölkerung Deutschlands 26. Ausruf des Triumphes od. der Schadenfreude 27. römisch elf 28. vorderster Teil des Penis od. der Klitoris 31. tropische Eidechse mit Haftzehen 32. eine sexuelle Orientierung <Kurzwort> 34. Leibeigener, Untertan 35. Berufsgruppe, die in der frühen Industriezeit wiederholt gegen das Elend aufstand, z.B. 1844 in Schlesien <männl. Form> 36. Roman von Bruno Apitz über den Überlebenskampf im KZ Buchenwald: „~ unter Wölfen" 40. Dauerzustand im Kapitalismus (durch Waffengewalt oder krasse Ausbeutungsverhältnisse) 41. Landeskürzel für Schweden 42. Digraph, das kennzeichnet, dass das Vokal vor [k] kurz ausgesprochen wird 43. Rohr, Schilf, auch als Dachbedeckung

Wieder gibt es ein DA-Abo (sechs Ausgaben) zu gewinnen. Wenn ihr bereits ein Abo habt, wird es einfach um sechs Ausgaben verlängert. Das Lösungswort könnt ihr der DA-Abo-verwaltung schicken, entweder per E-Mail <da-abo@fau.org> oder per Post (DA-Abo-verwaltung, c/o FAU München, Schwanthaler Str. 139 Rgb, 80339 München).

Gewinner#216: Lena S. aus Berlin

Auflösung # 81





anarchosyndikalistische Zeitung der Freien ArbeiterInnen Union (FAU-IAA)

Direkte Aktion
c/o FAU München
Schwanthaler Str. 139 Rgb
80339 München

ISSN 0949-1872

Redaktionsanschriften:
BuG: da-bug@fau.org
Globales: da-globales@fau.org
Hintergrund: da-hintergrund@fau.org
Kultur: da-kultur@fau.org
Zeitlupe: da-zeitlupe@fau.org
Schlussredaktion: da-schlussredaktion@fau.org
Anzeigen: da-anzeigen@fau.org

Verleger: Direkte Aktion e.V., c/o DFG-VK, Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt/M.

ViSdP: Patrick Lohner

Druck: Union Druck Berlin

Redaktionsschluss DA 218: 14. Juni 2013